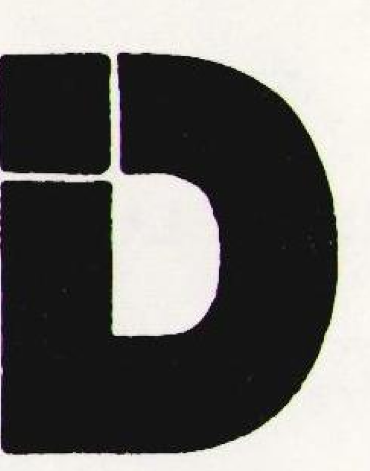
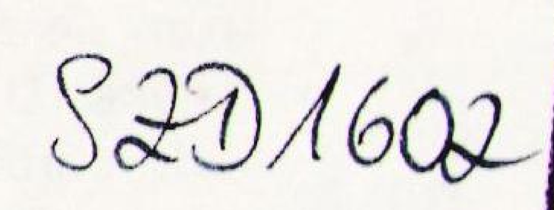
Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 167 5. MÄRZ 1977

D 1870 CX



seite 1: *4000 unterschriften für die einstellung des verfahrens / akw-luft schnuppern in biblis düsseldorfer prozeßtermine / info „innere (un)sicherheit und Russell-dokumentation erschien / vorbereitung des alternativ-zeitungstreffens / „mehr demokratie überhaupt"-broschüre*

INTERNATIONALES

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 koln
der andere buchladen
zulpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tubingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 munchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

4000 UNTERSCHRIFTEN FÜR DIE EINSTELLUNG DES VERFAHRENS

AALEN 1.März Die 14 beschuldigten Drucker aus Aalen und Ellwangen haben innerhalb von drei Wochen 4081 Solidaritätsunterschriften aus Betrieben, Schulungsheimen der Gewerkschaft, Arbeitskreisen, Organisationen und Einzelpersonen erhalten. Der Schwabenverlag in Ellwangen erhielt 11 Protestschreiben. Das macht Mut. Nach wie vor sind Geldspenden notwendig:

Spendenkonto IG Druck und Papier Aalen;Gerd Holtgrefe Nr. 70188 Kreissparkasse Aalen.

AKW-LUFT SCHNUPPERN IN BIBLIS

BIBLIS 3.März Einmal im Monat, jeweils am zweiten Sonntag, diesmal also am 13.März, treffen sich die Wanderlustigen unter den AKW-Gegnern zu einem Spaziergang um das Kernkraftwerk in Biblis. Beim letzten Wandern waren etwa 200 Leute dabei.

Treffpunkt ist der Ort **Wattenheim**, liegt hinter Biblis in Richtung Worms, an der **Weschnitzbrücke um 14.00** pünktlich.

DÜSSELDORFER PROZESSTERMINE

DÜSSELDORF 3.März Im Prozeß wegen des Überfalls auf die deutsche Botschaft in Stockholm (siehe ID 133) stehen einige wichtige Verhandlungstage an: Am 11.März wird im Gericht ein Video-Film von dem Überfall gezeigt. Am 14./15.März soll der BKA-Mann Pohl, der in Stockholm dabei war, aussagen und für den 17./18. 3. versucht die Verteidigung,eine Aussagegenehmigung für BKA-Chef Herold zu erwirken.

INFO "INNERE (UN)SICHERHEIT" UND RUSSEL-DOKUMENTATION

BOCHUM 20. Februar In Bochum erschien im Februar die zweite Ausgabe des Infos des Bochumer Komitees „Innere Sicherheit". Inhalt: 10 Seiten Chronik Januar; Sind wir alle irre — Versuch der Psychiatrisierung von Ray Recke; „Mord in Raten — Mord am Stück" — zur Todesstrafendiskussion; Erklärungen zu : Siegrfried Haag u.a.; Waltraud Boock; Terror in der JVA Werl; „Es rettet uns kein höh'res Wesen..." — vier Seiten gegen ein Russel-Tribunal. Das Info soll monatlich erscheinen. Das Komitee hat außerdem eine Dokumentation zusammengestellt: "Anti-Terrorismus-Konvention — Das Los Europas? ". Inhalt: Einschätzung: Jagd ohne Grenzen; Text der Konvention (Auszüge); Auslieferungs- und Asylrecht; Resolution französicher Richter; Gerard Soulier: Welches Europa zeichnet sich ab? (Übersetzung aus Le Monde Diplomatique); G. Soulier: Das Ende der politischen Straftat? (Übersetzung aus Le Monde, Auszüge).

Im Augenblick haben wir eine Dokumentation zum Russel-Tribunal in der Mache, die voraussichtlich am 25.2. erscheinen wird. Inhalt u.a. : Auszüge aus den Erklärungen zum 1., 2., 3. Tribunal (um Selbstverständnis und Möglichkeiten der Foundation darzulegen); Verlauf der Diskussion über ein Russel-Tribunal über die BRD (soweit nicht der Schleier der Geheimniskrämerei darüber liegt); Einschätzung: Warum wir finden, daß ein Russel-Tribunal ungeeignet ist.
Jedes Ding kostet 0.50 DM + 0.50 DM (aufwärts) für Porto. Zu bestellen bei: Redaktion Info „Innere Sicherheit", c/o Politische Buchhandlung, Postfach 1942, 463 Bochum

VORBEREITUNG DES ALTERNATIV-ZEITUNGSTREFFENS

FRANKFURT 3.März Auf dem letzten Treffen der Alternativzeitungen in Hannover wurde ein offener Brief an die Redaktionen von Kölner Volksblatt, Klenkes, Wat Löppt, Hagener Volksblatt und Ruhrvolksblatt verfaßt, in dem sie gefragt wurden, warum sie zum Treffen in Hannover nicht erschienen sind. (siehe ID Nr. 162). Es wurde außerdem ein Treffen am 26.Februar vorgeschlagen, auf dem Vertreter der Volksblattredaktionen und eine Abordnung aus Hannover gemeinsam diskutieren sollten.

Dieses Treffen fand am 26.2. in der Redaktion des Kölner Volksblattes statt. Zentrales Ergebnis des Treffens: es gab keine Absprache zwischen den Volksblättern über das Erscheinen/Nichterscheinen in Hannover. Eine prinzipielle Ablehnung des Treffens wurde nicht formuliert.

Auf dem Kölner Treffen wurde das allgemeine Bedürfnis nach einer besseren Vorbereitung des nächsten Alternativ-Zeitungstreffens in Frankfurt (22.-24.April) betont. Praktisch heißt das: Alle Redaktionen, die sich am Frankfurter Treffen beteiligen wollen, sind aufgefordert, Themenvorschläge an den ID zu senden. Dort werden sie gesammelt und in zwei bis drei Wochen veröffentlicht.

Vom Hannoveraner Treffen ist auch noch was übriggeblieben: die Kosten, welche von den Zeitungen gemeinsam zu bestreiten sind; das Hannoveraner ‚Fragezeichen' fordert drum alle, die es noch nicht gemacht haben, auf, so um die 50,- DM zu überweisen.
Buchladen - Postscheck-Kto.Nr.30 39 98 - 307 ‚Zeitungstreff'

UND NOCH EIN AUFRUF AUS SIEGEN:

„Für ein Seminar ‚Alternativpresse' benötigen wir möglichst viele verschiedene Exemplare von Alternativen Zeitungen. Das Seminar steht im Zusammehang mit unserer politischen Arbeit vor Ort, also: in der Provinz.

Ebenso benötigen wir für den Aufbau einer Zeitung Erfahrungen, die gemacht worden sind, Konzeptionsentwürfe, Satzungen, Rechtsformen.

Sozialistische Basisgruppe c/o ‚Bücherkiste' Weidenauer Straße 243, 5900 Siegen

"MEHR DEMOKRATIE ÜBERHAUPT" - BROSCHÜRE

FRANKFURT 1. März Im Eigenverlag (heißt: 1.- DM statt 6.- DM) ist jetzt eine Flugschrift von Rudolf zur Lippe erschienen, in der er versucht, dem Erfahrungsgehalt, den inneren Prozessen und Potentialien, die sich in Bürgerinitiativen herausbilden nachzugehen. Die Broschüre trägt den Titel:„...mehr Demokratie überhaupt", und in ihr sind drei Themenschwerpunkte angerissen:
„ein Bericht von den Bürgerinitiativen um Wyhl (von den Ansässigen gutgeheißen), Überlegungen zum ‚zweiten Wyhl' in Brokdorf zur gegenwärtigen Lage und wie wir weiterarbeiten müssen".
Bestellungen an : Rudolf zur Lippe, 2872 Hude i/o Gutshaus für 10 Exemplare bitte vorher 10.- DM einsenden.

WEGEN MALZBIERFLASCHEN VERHAFTET

BREMEN
24. Februar

In der Nacht vom 17. auf den 18. Februar — also unmittelbar vor der Brokdorf-Demonstration — wurden durch einen „Hinweis aus der Bevölkerung" in einem Bremer Keller mehrere mit Öl gefüllte Malzbierflaschen gefunden. Von der Polizei. Zwei der vier Festgenommenen sitzen jetzt in Untersuchungshaft, die Brüder Bernhard und Werner. Die Bremer Zeitungen berichteten in ihrer Eigenschaft als Hilfsorgane der Polizei über „Verbindungen zu K-Gruppen". Dies diente dann für einen Haftbefehl. Tatvorwurf: Herstellung eines Molotov-Coktails.

Postadresse: Bernhard und Werner Neubauer, 2800 Bremen, Jugendstraftanstalt Blockland, Carl-Krohne-Str. 31 (getrennt adressieren!)

Zur Freilassung von Bernd und Werner lief in Bremen jetzt eine Kampagne an. In einem Flugblatt heißt es:

„In der Nacht vom 17. zum 18. Februar sind die Zwillingsbrüder Bernd und Werner Neubauer verhaftet worden. Sie sitzen in Untersuchungshaft. Nach den Angaben der Polizei sollen sie Molotowcocktails für Brokdorf hergestellt haben. Wir wissen nicht, ob das zutrifft. Wir wissen, daß sie engagierte AKW-Gegner waren, und deshalb gehört ihnen unsere Solidarität.
Ihre Verhaftung war bestellt. Sie wurde gebraucht für das Demonstrationsverbot des Verwaltungsgerichts Schleswig für Brokdorf. Sie diente dazu, die Anti-AKW-Bewegung zu schwächen und zu spalten.
Bernd und Werner sind die ersten von vielen, die noch für den Kampf gegen AKWs in den Knast gehen werden. Jeder von uns, der bei Aktionen in Brokdorf, Grohnde oder anderswo dabei war, könnte an ihrer Stelle sitzen — unabhängig davon, ob er Gewalt gegen Sachen befürwortet oder nicht.
Wir wehren uns gegen den Versuch, unsere starke Anti-AKW-Bewegung zu spalten und zu kriminalisieren, und drücken Bernd und Werner unsere Solidarität aus."

Seit dem 2.März sind die beiden Genossen wieder frei. Sie wurden nach dem Haftprüfungstermin entlassen.

9 FESTNAHMEN AM MORGEN DES 19.2.

FLENSBURG
1. März

Als am 19.2.77 um ca. 5.30 Uhr einige Leute (Alter: zwischen 17 und 23 Jahren), von denen ein paar zur Demonstration nach Brokdorf wollten, Plastiktüten mit Decken, Verpflegung etc. in einen VW-Bus trugen, wurden sie von einer Polizeistreife angehalten und nach ihrem Tun befragt. Der Bus wurde durchsucht, dabei wurden verschiedene Werkzeuge gefunden. Daraufhin wurde Verstärkung angefordert (zeitweise 20-25 Beamte in Uniform und Zivil). Es wurden Ausweiskontrollen vorgenommen, die Beamten waren ihrerseits trotz ständiger Aufforderung nicht bereit, sich auszuweisen, wozu sie laut Gesetz verpflichtet sind (Dienstausweisnummer angeblich 4711!). *(Anmerkung: Auch der von MEK-Bullen Verhafteten in Wilster wurde am Abend des 19.2. diese wohlduftende Zahl als Dienstnummer angegeben. Ist das der uniformierte Bullenhumor oder was?)*

Ein größerer Teil der Beamten rückte ab, als mehrere Passanten dazukamen. Auf unsere Frage hin, ob die Aktion nun beendet wäre, wurde auf den Einsatzleiter verwiesen, der von den Beamten erwartet wurde. Als dieser mit einer größeren Eskorte auf tauchte, wurde eine junge Frau aufgefordert, erneut den Wagenschlüssen zu holen. Beim Verlassen der Wohnung wurden sie von 3 Bematen, die vorher schon mehrmals versucht hatten, ohne Hausdurchsuchungsbefehl und ohne Begründung in die Wohnung einzudringen, mit auf den Rücken gedrehten Armen festgehalten und ins Gesicht geschlagen. Auf ihre Hilferufe hin, wollten zwei Leute, die sich auch in der Wohnung befanden, die Wohnung verlassen, um ihr zu helfen. Doch die Tür wurde von draußen zugehalten, da Zeugen anscheinend nicht gebraucht wurden! Nachdem die junge Frau verhaftet und abgeführt worden war, rissen die Beamten die Tür auf, und knüppelten auf den ersten, der ihnen widerstandslos entgegenkam, ein. Auch der zweite, der keinen Widerstand leistete, wurde unter Knüppelschlägen auf Hinterkopf und Rücken aus der Wohnung gezerrt. Die beiden wurden sofort verhaftet und in bereitstehende Autos verfrachtet.

Daraufhin wurden auch die übrigen sechs Leute, die auf der Straße standen, verhaftet, und alle zum 1. Polizeirevier in Flensburg gebracht. Unter den üblichen Pöbeleien („mit solchen Leuten wie dir haben wir früher kurzen Prozeß gemacht") wurden alle zur Vernehmung geführt. Auf der Wache wurden nochmals 2 Leute geschlagen (Faustschläge und Fußtritte in Magen und Gesicht), die passiven Widerstand leisteten. Ein junger Mann wur de mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen!

2 Leute wurden erkennungsdienstlich „mißhandelt" und angezeigt wegen Körperverletzung und Widerstand gegen die Staats gewalt Keinem der Verhafteten wurde erlaubt, einen Anwalt anzurufen. Alle wurden vernommen, durchsucht, machten aber keine Angabe zur Sache. 2 der Verhafteten wurden in Arrestzellen gesteckt. Dem Wohnungsinhaber wurde eine weitere Hausdurchsuchung angekündigt mit der Begründung„dies und das, sie wissen schon, wir werden schon was finden!" Er verlangte, der angekündigten Hausdurchsuchung beizuwohnen, für die zu keinem Zeitpunkt ein Hausdurchsuchungsbefehl vorlag oder vorliegt. In der Wohnung traf er bereits 4 Beamte an,die sich scohn gewaltsam Zutritt zur Wohnung verschafft hatten,; es wurde nichts gefunden! Der Wohnungsinhaber wurde wieder Polizeigewahrsam gebracht. Nachdem ein Anwalt von den ersten Freigelassenen eingeschaltet worden war, wurden auch die übrigen nach und nach entlassen.

PRIVATJUSTIZ GEGEN AKW-GEGNER

HAMBURG
24. Februar

Bild-Zeitung, Schulbehörden, AKW-Betreiber und nicht zuletzt die unabhängigen Gerichte haben eine heilige Allianz gegen den Hamburger Hauptschullehrer und Wissenschaftler Dr. Fritz Storim gebildet. Er bekommt für alle Zeit verboten:
1) zur „Besetzung" des AKW Brokdorf „aufzurufen"
2) An „Aktionen zur Besetzung" des Geländes „mitzuwirken'
3) „Solche Aktionen zu unterstützen".
Ein Verstoß gegen diese Anordnungen wird mit einem Ordnungsgeld bis zu 500 000 Tausend Westmark, ersatzweise Haft bis zu 2 Jahren belegt werden.

Dies hat das Landgericht Hamburg im Eilverfahren, einen Tag vor dem 19.2. entschieden. Es hat sich — neben Flugblättern, für die Fritz presserechtlich verantwortlich zeichnet und in denen die Beschlüsse des Bundeskongresses vom 13.2. wiedergegeben sind — im wesentlichen gestützt auf die eidesstattlichen Versicherungen dreier leitender Angestellter der NWK und HEW (AKW-Betreiber) und auf ein Pamphlet der Bild-Zeitung. Gemeinsam diffamierten sie Storim, stellvertretend für alle engagierten AKW-Gegner, als Führer der „militanten" Atomkraftwerksgegner, die den Bauplatz „mit jedem Mittel" wie, so der Beschluß „Einsetzen von Raketen gegen Polizeihubschrauber" stürmen wollten.

Dieses zeitlich wie inhaltlich unbegrenzte Urteil gibt nun den AKW-Betreibern die Möglichkeit, Storim jeder Zeit mit einer immensen Strafe zu belegen. Sei es, daß er nur ein Flugblatt verteilt, das eine Besetzung für ein legitimes Mittel hält. Seine wirtschaftliche und berufliche Existenz wäre dadurch vernichtet. Eine Präventivbestrafung, vielfach wirksamer als jedes Strafgericht. Eine weitere Folge der Bild-Verhetzung war — neben Drohbriefen aufgehetzter Leser — eine Vorladung zur Schulbehörde, von derStorim erst kurz zuvor in der WELT erfahren konnte. Laut Schulsenator Abel soll geprüft werden, „ob der Mann als Lehrkraft noch tragbar ist".

Diese konzentrierte Aktion richtete sich gegen einen AKW-Gegner, der — z.B. als Gutachter in Erörterungsterminen und im Prozeß vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig — die Gefahren der Atomanlagen wissenschaftlich belegt und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Diese Argumente, die diese Menschen zu der Protestbewegung hingeführt haben, können auf der wissenschaftlichen Ebene nicht von NKW und HEW widerlegt werden. Jetzt versuchen sie durch massiven Einsatz ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht, Fritz STorim und damit die ganze Bewegung mundtot zu machen. Einige tausend haben sich inzwischen mit Fritz Storim solidarisch erklärt und die Gerichtsentscheidung und die Pressionen scharf verurteilt. Für die bisher anfallenden Gerichtskosten und die eines Widerspruchsverfahrens ist ein Spendenkonto eingerichtet:

Rechtshilfe Stichwort Storim, Westbank Hamburg, 200 - 30 000 Kto, 11/ 18 413

NOCHMAL ZUM MEK—ÜBERFALL

WILSTER 1. März *Im letzten ID brachten wir Augenzeugenberichte zu den MEK—Überfällen nach der Brokdorf-Demo. Hier noch ein Nachtrag von einem der Betroffenen, der einige neue Aspekte dieser Staats-Gewalt-Tat berücksichtigt.*

Daß die Demo vor Brokdorf (bzw. Wilster) friedlich verlaufen war, paßte der Polizei (Staatsmacht) scheinbar nicht ins Konzept. Es hätte ja unbedingt Krawalle, Schlachten, Chaos und Verletzte geben sollen, wie es schon seit Wochen in Zeitung, Hörfunk und Fernsehen vorhergesagt wurde. Anders jedenfalls kann ich den brutalen Einsatz der Polizei am Ende der Demo nicht verstehen. Hundertschaften riegelten die Ortschaft Wilster ab und drangen in den Ort ein. Die Lage war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu überblicken. Man hörte von ersten Verhaftungen — Panik.

Die Art und Weise, wie die Festnahme von uns (9 Leute in einem VW-Bus) stattfand, kann man eigentlich nur noch mit Mafiaüberfällen vergleichen. Wir wurden von einem weißen Mercedes überholt und geschnitten, schwerbewaffnete Gestalten sprangen heraus, rissen unsere Türen auf und zogen uns aus dem Auto. Sie schrien dabei hysterisch: 'Raus, Raus! aber schnell! In den Graben legen!' Unser Fahrer lag mit dem Bauch flach auf der Erde, ihm wurde sofort seine Jacke über das Gesicht gezogen. Die anderen landeten im Straßengraben, einer halb in einem mit Wasser gefüllten Graben. Noch mehr 'Gestalten' tauchten auf; insgesamt 19 Mann. Uns wurden unter vorgehaltenen Pistolen Handfesseln angelegt. Dann verfrachtete man uns ziemlich unsanft in Autos (6 Mercedes und unser Bus). Einige wurden während der Fahrt nach Itzehoe geschlagen.

Hergang im Polizeigebäude: Als erstes wurde ich einem Typen vorgeführt, der kurz einige Personalien aufnahm, und auch gleich mal fotografiert. Dann wurde ich 2 Beamten zur Vernehmung übergeben. Ich verbrachte die ganze Zeit im Polizeigebäude in Socken - man hatte mir bei der Festnahme keine Zeit gelassen Schuhe anzuziehen und machte auch später trotz mehrmaliger Anfragen keine Anstalten, mir welche zu beschaffen. Nachdem ich die Aussage zur Sache verweigerte, versuchte man mich mit Einschüchterungen zum Sprechen zu bringen. Man erklärte mir, daß das Auswirkungen auf mein Studium haben könnte. Dann versuchte man es wieder mit Zuckerbrot: 'Wir wollen Ihnen doch nur helfen, wir sind doch keine Unmenschen usw. . . ' Nachdem ich weiterhin die Aussage verweigerte, griffen sie zu anderen Mitteln (Psychoterror). Die Beamten warfen sich gegenseitig vielsagende Blicke zu. 'Das ist ja eine schwere Sache. Ja mein lieber Herr . . .,Sie wissen wohl nicht,was ein Molli ist, was? Man hat nämlich in Ihrem Auto einen gefunden, das reicht wohl aus, oder? Ja, mitgefangen, mitgehangen. Und Sie wollen immer noch nichts sagen? Danach genaue Leibesvisitation. Als sie in einer Tasche 50.— Mark fanden, unterstellte man mir, daß ich dieses von irgendeiner Organisation für die Teilnahme an der Demo erhalten hätte. Meine Arme wurden nach Einstichen untersucht, die fanden sie zwar nicht, dafür aber Telefonnummern am Unterarm. Ich sollte sie vorlesen, konnte es aber nicht mehr entziffern, da sie schon verwischt waren. Das wurde mir so ausgelegt, als ob ich die Nummern verweigern wollte. (Hätte ich die Nummern auswendig gewußt, hätte ich sie ja nicht aufgeschrieben). 'Wenn Sie uns die Nummern verheimlichen wollen, schneiden wir sie Ihnen eben aus der Haut heraus und geben sie ins Labor. Die kriegen sie dann schon heraus. Man packte mich am Arm und zerrte mich in Unterwäsche durch das Haus in ein anderes Zimmer. Dort fragte man einen Typen, ob er nicht ein Mittelchen hätte, das die Nummern sichtbar machen würde. Als ich ihnen sagte, daß man die Nummern auch aus dem Telefonbuch kriegen könnte, gaben sie sich schließlich zufrieden. Man sagte mir dann, daß ich dann gleich mit dem nächsten Trupp nach Neumünster oder Kiel käme (in U—Haft). Dann ging alles seinen formellen Lauf. Meine Sachen kamen in eine Plastiktüte, ich mußte es auf einem Schriftstück bestätigen. Man fragte mich, ob ich noch schnell meine Eltern benachrichtigen wolle. Als ich sie nicht telefonisch erreichte, setzten sie ein Schreiben auf. Ein Arzt oder so etwas ähnliches kam und bestätigte meine Haftfähigkeit. Dann wurde ich nochmal in ein anderes Zimmer geführt (vorher hatte man auch schon ein ED-Verfahren gemacht und es lief auch sonst noch viel Scheiß und Psychoterror ab). Als ich dann wieder nach oben kam, erklärte man mir plötzlich, daß sich einiges anders ergeben hätte. Man müßte noch einiges koordinieren. Das Schreiben an meine Eltern wurde zerrissen, ich bekam meine Sachen wieder zurück und man begleitete mich zur Ausgangstür. Dort angekommen, sagte man mir, ich könnte noch nicht gehen, nur mit den Socken könnte ich mir ja was holen. Auf einmal!!! Ich mußte warten bis einer von uns mit seiner Vernehmung fertig war und mich huckepack aus dem Polizeigebäude trug.

STELLUNGNAHMEN ZU BROKDORF

Wir beginnen hier mit dem Abdruck von Stellungnahmen und Nachüberlegungen zu Brokdorf/Itzehoe und so weiter, wie wir im letzten ID angekündigt hatten. Die Sparte ist offen für alle Bürgerinitiativen, Undogmatische und für das ganze Umwelt-Feld. Hier erst einmal Beiträge aus Frankfurt und Hamburg.

Ein Frankfurter-Brokdorfer:

Ich bin heilfroh über das, was am 19.2. in Brokdorf gelaufen ist. Die sehr junge Bewegung der KKW-Gegner und Lebensfreude hat es geschafft, ihre politische Handlungsfähigkeit konzentriert unter Beweis zu stellen, hat es geschafft, einer beispiellosen Counter-Propaganda von oben eine unerwartete starke und intakte Eigenständigkeit von unten entgegenzusetzen.

Der Aufwind, der dem 19.2. folgt, liegt einfach in der Tatsache, daß sich die Bewegung allen Vorhersagen, Denunziationen, Gerüchten und einfältigen Interpretationen entzieht und in der Lage ist, ihr Handeln nach den eigenen Diskussionen und inhaltlichen Erfordernissen flexibel zu organisieren.

Die resignative Erwartungshaltung der Linken verkraftet es mittlerweile, daß großartig angekündigte und großangelegte Initiativen kläglich eingehen. Aber wann hat es das schon einmal gegeben, daß bei dem „größten Polizeieinsatz in der Nachkriegsgeschichte der BRD" ((Stoltenbergs Innenheini Titzck) die breite Protestbewegung immer noch in der Offensive ist? Diese Qualität, daß es der Staat mit all seinen Registern nicht geschafft hat, die Leute kleinzukriegen und zu demoralisieren, ist schon ein dickes Ding.

Man muß sich das Unglaubliche noch einmal vor Augen halten: Vor dem 19.2. dröhnte uns aus allen Ohren ein Terrorgeschrei ohnegleichen entgegen. Das geballte Trommelfeuer der Presse und Fernseh-

berichte, denen zu Folge nur noch eine Handvoll sterbenssüchtiger Rotarmisten in Brokdorf erscheinen werden, um sengend und mordend den „Sturm auf die Bastille" (BILD) zu wagen, dann die 92 Verhaftungen vor dem Samstag, planvolle Bullenüberfälle auf allen deutschen Autobahnen, usw. Die Bonzen der psychologischen Kriegsführung haben hoch gepokert – und sind voll auf dem Bauch gelandet. Die mindestens 30 000 Brokdorf-Leute haben da mit ihrem Engagement einen dicken Strich durch sämtliche Rechnungen gemacht.
1) Sie haben trotz Verbot und Behinderungen aller Art dort demonstriert, wo einzig über das KKW mit allen Mitteln massenhaften Protests entschieden wird – am Bauplatz.
2) Sie haben so demonstriert, wie es dem Stand und der Stärke der Bewegung zu diesem Zeitpunkt entsprochen hat. Sie haben den Kamikazeflug einer Besetzung vermieden. Das von den Bullen und ihren Propagandisten heraufbeschworene „Stalingrad" der Bewegung ist nicht eingetreten. Ätsch.
3) Sie haben dafür gesorgt, daß die Differenzen innerhalb der gesamten Bewegung, die für den 19. zu einer Spaltung der Vorgehensweise geführt hatten, nicht zu einer dauerhaften Trennung herhalten können. Für die Diskussion innerhalb der Bewegung haben sich damit viele strittige Punkte erübrigt. Die hirnrissige Zweiteilung, nach der die „Gewalttätigen" gegen die „Gemäßigten" ausgespielt werden sollten, taugt nichts mehr – es sei den es gibt bei uns 30 000 Terroristen

Dieser Punkt ist für die oft von Ratlosigkeit gezeichneten Brokdorfdiskussionen außerhalb Hamburgs besonders wichtig. Gerade in den Städten mit ausgeprägter linksradikaler Tradition, in Frankfurt und Berlin, schien es in den Auseinandersetzungen vor dem 19.2. oft, als habe die Propagandamaschine gegen die Bewegung mehr Wirkung auf die Genossen gehabt, als das Bewußtsein der eigenen Stärke, als die Frage nach dem eigenen Standpunkt in einer zerfließenden Diskussion. Ein reduziertes (Miß)verständnis des Begriffs „Bürgerprotest" fiel weit hinter das zurück, was die Bewegung vor Ort an Dynamik und an Radikalität tatsächlich bereits entwickelt hatte. Aus rückschauenden Vergleichen mit eigenen politischen Erfahrungen – wie Häuserkampf oder Straßenbahnkampagnen – wurde der unzulässige Schluß gezogen, die Anti KKW-Bewegung könne gar nicht so stabil sein, daß sie diese Zerreißprobe übersteht. So kam es, daß viele Genossen glaubten, die Sache sei längst gegen uns entschieden, und ließen außer acht, daß erst durch unser eigenes Verhalten entschieden wird, ob der Kampf gegen uns sein Ziel erreicht oder nicht. Zu einem einmütigen Verhalten sich durchzuringen, fiel jedoch hier besonders schwer. Man wußte nicht mehr, ob man nur in einem großen Schachspiel hin- und hergesetzt wird, man übernahm die hypotetischsten Vermutungen und traute sich selbst eigentlich überhaupt nichts mehr zu. Aber glücklicherweise ist der Schaden gering; die riesige Brokdorf-Demo spricht für sich selbst und ermöglicht Lernprozesse über die reale Stärke der Bewegung, die Fehleinschätzungen künftig vermeiden können.

Es geht hier nicht um Rechthaberei, denn die Sache stand am 19.2. durchaus auf der Kippe und die Zweifel gingen auch quer durch die Leute, die nach Brokdorf fuhren. Aber ich denke, die Tatsache, daß 30 000 Individuen für sich das ganz persönliche Wagnis eingegangen sind, in Brokdorf dabei zu sein, hat der Bewegung die bestmöglichen Bedingungen zum Weitermachen geschaffen. Zu jedem Brokdorf-Demonstranten vom 19.2. kann man ohne Übertreibung zwei Leute dazurechnen, die sich diesmal von verwirrenden Spekulationen und schiefen, spekulativen Diskussionen abhalten ließen mitzukommen. Die allem Hickhack und Propagandadruck zum Trotz wahnsinnig hohe Zahl der Brokdorf Männer und Frauen, sowie ihr eindeutiges und klares Verhalten auf der Demo, haben das ins Wanken geratene Vertrauen in die Bewegung wieder hergestellt. Es ermöglicht für die nächste Aktion, daß sowohl die Daheimgebliebenen als auch die wesentlichen Teile der Itzehoer wieder zusammen dabei sein werden. Das heißt, dann kommen 100 000!

Wem es vorher nicht klar war, der bekommt es durch die jetzige Pressepolitik vor Augen geführt: an die Itzehoer Demo knüpfen unsere freiheitlich-demokratischen-Grundordner den verzweifelten Versuch, einen Teil der Bewegung an die parlamentarisch-legalistische Brust zu nehmen, um mit diesem erschlichenen Faustpfand den anderen Teil in die Pfanne zu hauen. Die durchaus konkrete Frage: für oder gegen Atomkraftwerke soll mit einem Hebel in Itzehoe auf die demagogische Alternative: für oder gegen den Rechtsstaat, für oder gegen Gewalt umgebogen werden. Die Bezeichnung der Brokdorfer 30 000 wird für die Propagandakünstler jetzt natürlich viel schwieriger. Das Raster paßt nicht mehr so ganz. „Radikal" heißt es, seien die einen, während in jedem Satz wo Itzehoe vorkommt, mit mechanischer Sicherheit die Begriffe „friedlich" und „gemäßigt" folgen. In Brokdorf gab es dazu Plaketten mit einer treffenden Antwort: „Ich bin RADIKAL gegen Atomkraftwerke" – radikal riesengroß geschrieben.

Diese radikale politische Identität als ganz entscheidender Faktor in dieser Bewegung steht nach dem 19.2. für alle sichtbar fest. Für die Diskussionen danach ist dies von großer Bedeutung. Zum anderen ist der internen Abgrenzung von den „Chaoten" der Wind aus den Segeln genommen. Mag die Presse auch noch so jaulen, wir seien zumindest geistig lauter Krawallbrüder. Wenn der blose Augenschein das Gegenteil vermittelt, wird auch die Propaganda stumpf. Und die Itzehoer, die gedrängt wurden, sich von den Brokdorfern zu distanzieren, können jetzt ganz hautnah überprüfen, daß so die Fronten nicht verlaufen.

Polemik gegen den Itzehoer Teil der Bewegung ist völlig fehl am Platz – sie gehören dazu, so wie sie sind. Und gerade, daß bei ihnen Teile der bürgerlichen Parteien auftauchen, zeigt ja gerade auf welcher Flächenbreite der Protest Fuß gefaßt hat. Auch das ist ein Erfolg und kein Manko. Und die Einbrüche, die das Atomprogramm derzeit erfährt, sind es auch.

Nur ist es klar der Verdienst der Zigtausend Brokdorfer, daß die Bewegung sich nicht auf die Funktion eines „parlamentarischen Denkanstosses" reduzieren läßt, daß sie sich nicht mit Zuckerbrotpeitschen zu einem Loyalitätsbekenntnis gegenüber dem Rechtsstaat verramschen läßt, daß sie die Wahl der Mittel auf die von unten entwickelte eigene Politik gründet und nicht auf die machtklirrenden „Entscheidungshilfen" der Papierdemokraten. Für mich steht nach den Erfahrungen der letzten zwei Wochen fest, wie sich der Begriff Brügerinitiative im Hinblick auf diese Bewegung entschlüsselt: In Itzehoe haben viele Bürger demonstriert – aber die Initiative lag und liegt in Brokdorf.

Anmerkung zu den K-Gruppen: Viele Auswärts-Spontis haben sich davon abhalten lassen nach Brokdorf zu fahren, weil ihnen die einmütig offensive Brokdorf Mobilisierung der K-Gruppen suspekt erschien. Wenn die so groß das Maul aufreißen, dann kann ja nichts dahinter sein. Diese Einschätzung ist völlig richtig: Da ist auch nichts dahinter. Nur hat man über den gewohnten Clinch mit den gewohnten Sprücheklopfern den Blick auf das vergessen, was tatsächlich die Bewegung in Bewegung gebracht hat. Und das hat mit den K-Gruppen herzlich wenig zu tun. Das K-Gruppen Weltmeister im Besteigen fahrender Züge sind, diese Erkenntnis haut keinen mehr vom Sockel. Nur soll man sich daran nicht festbeißen. Die Auseinandersetzung mit den Teilen der Bewegung, die außerhalb der herkömmlichen linken Grenzzäune zum Protest gekommen sind, ist wesentlich produktiver. Und die werden sich streng verbitten, daß man sie als Marionetten des KB oder sonstwas liegen läßt.

Es ist klar, vor allem die Diskussionen mit dem KB kann sich jetzt nicht auf eine reine Manöverkritik beschränken. Da ist einiges nachzuholen und dafür gilt es, die interne Infrastruktur durch unser eigenes Engagement gegen alle möglichen Überrumpelungen abzusichern.

Stadtteilgruppe St. Pauli – Fischmarkt:
Fiete Volkszorn – in Brokdorf auf den Hund gekommen.
1. Seit dem 13.11. war allen Stadtteilgruppen der BUU Hamburg klar, daß für den 19.2. trotz Spaltung und Baustop die Besetzung vorbereitet werden muß – weil die Zäune immer noch stehen, die Strafverfolgungen nicht eingestellt waren und teilweise weitergebaut wurde. Die Entschlossenheit war so groß, daß auch die K-Gruppen sich diesem Ziel zumindest verbal anschließen mußten.

Am 6.2. beschloss die Landeskonferenz in Wilster, daß für den 19.2. eine Demonstrationsleitung aus den Leuten gebildet wurde, die sich auch aktiv auf eine Bauplatzbesetzung vorbereiten. Die entgültige Entscheidung – Besetzungsversuch ja oder nein – sollte erst vor der ersten wirklichen Polizeisperre getroffen werden. Wir haben auf diese Beschlüsse vertraut. Für uns und einige Leute aus anderen Stadtteilgruppen war klar, daß wir uns jetzt hauptsächlich in die technische Vorbereitung stürzen.

Das hatte erstmals zur Folge, daß wir die Bestimmung der politischen Inhalte der Demonstration der K-Gruppen (speziell KB) überlassen haben, zweitens, daß die Zweifel und Ängste vieler (auch unsere eigenen natürlich) von uns nicht mehr wahrgenommen werden konnten, eine Diskussion darüber nicht stattfand.

So gab es nur noch die Möglichkeit, unsere Angst zu kompensieren, Wir haben total rigide uns 25 Stunden am Tag in die techni sche Vorbereitung gestürzt; die anderen nahmen erleichtert das abwieglerische Umlenken der Ziele der Demonstration (statt Besetzung jetzt nur noch Durchbrechen des Demonstrationsverbots) durch den KB auf.

1. Am 18.2., also einen Tag vorher, gaben auch die Gruppen, die sich technisch vorbereitet hatten, ihr Vorhaben auf: sie beschlossen, sämtliches Material von vornherein zu Hause zu lassen. Damit wurde dem KB entgültig das Feld überlassen. Die Entscheidung, die eigentlich erst an der ersten Straßensperre fallen sollte, wurde vorweggenommen. Auch die vorbereiteten Gruppen hatten sich damit praktisch der Linie des KB unterworfen. Für die Unentschlossenen gab es keine Alternative mehr.

So wurde es äußerlich zu einer einheitlichen Demonstration gegen das Demonstrationsverbot. Auch wenn durch die zwar technisch gute, aber politisch unzureichende Vorbereitung eine Bauplatzbesetzung vielleicht nicht mehr möglich gewesen wäre, hätte die Demonstration zumindest den Willen dazu bekunden müssen.

2. Die Entscheidung, das Material nicht mitzunehmen, kam am Fischmarkt nicht an. Das hatte zur Folge, daß wir als einzige ausgerüstete Gruppe Buhmann der Demonstration und Zielscheibe für die Bullen wurden. Das ging schon frühmorgens los. Kurz vor der Abfahrt wurde unser Kommunikationszentrum von Bullen mit Hunden (8 Mannschaftswagen) umstellt, Autos aufgebrochen und durchsucht und drei Leute festgenommen. Als einige Leute von uns noch während der Razzia diese Information über den Lautsprecherwagen auf dem Heiligen Geistfeld bekannt geben wollten, wurde das durch KB-Leute so verzögert, daß eine Unterstützung der Fischmarkt-Stadtteilgruppe nicht mehr möglich war. Auch jetzt noch wurde uns der Beschluß, das Material zu Hause zu lassen, nicht mitgeteilt.

Als wir endlich auf dem Heiligen Geistfeld ankamen, wurde uns von Leuten aus KB-Bussen der Schlüssel unseres LKW geklaut und die Fahrertür eingetreten. KB-Leute sind über den Platz gelaufen, haben Demonstranten aufgefordert, uns unser Material wegzunehmen, da wir „faschistische Provokateure" wären. In der ganzen Hektik haben wir uns das nicht klargemacht, daß wir die einzige technisch vorbereitete Gruppe waren. Sonst hätten wir natürlich unser MAterial zu Hause gelassen. Unsere Zweifel wurden auch dadruch ausgeräumt, daß der KB-Kontaktmann aus unserer Stadtteilgruppe uns vorlog, der KB wäre immer noch auf eine Platzbesetzung vorbereitet. Gleichzeitig filzten KBler ihre Busse nach Knüppeln u.ä. und schmissen gut ausgerüstete Leute raus. Dieses straff organisierte, geplante und organisierte Vorgehen des KB gegen uns, läßt die Frage aufkommen, ob der KB sich tatsächlich erst am Vorabend gegen einen Besetzungsversuch entschieden hat.

Auf der ganzen Fahrt hatten die Bullen uns bzw. unseren LKW auf dem Kieker. Als Vorwand für die Jagd auf uns diente das Märchen, wir hätten mit dem LKW eine Polizeisperre durchbrochen und wir hätten auf dem LKW Sprengstoff und Mollis geladen. Das hatten wir nicht dabei; die „Polizeisperre" bestand aus einem Streifenwagen, dem wir die Personalienüberprüfung verweigerten, woraufhin dieser ohne weitere Diskussionen abfuhr. Diese „kriminelle Handlung" wurde dann zum Vorwand genommen, in Horst einen bewaffneten Überfall auf uns zu machen. Von Bullen und MEK mit MPs und Knarren wurden einige von uns festgenommen. Durch die Masse von Demonstranten wurden Leute von uns verfolgt, ohne daß selbst einzelne Bullen aufgehalten wurden. Nach dem Vorfall wurden dann wieder wir, nicht die Überfälle der Bullen, von umstehenden Demonstranten kritisiert. All diese Vorfälle und die Kundgebung in Wilster machten uns endlich klar, daß wir von allen anderen isoliert waren, mit unseren Schildern und Knüppeln exotische Schaustücke einer Demonstration zur Durchsetzung der demokratischen Grundrechte. Ein böses Erwachen. Wir sind keine Kamikaze-Militanten, wir haben daraufhin unsere gesamte Ausrüstung in den Autos gelassen und sind mit dem Demonstrationszug mitgetrottelt.

Angekommen auf einer sumpfigen Wiese in der Dämmerung war uns natürlich auch klar, daß zu diesem Zeitpunkt eine Besetzung unmöglich gemacht worden war. Das späte Ankommen in Brokdorf ist natürlich aber auch darauf zurückzuführen, daß außer uns es kaum jemand eilig hatte, zum Bauplatz zu kommen.

Auf dem Rückweg ging die Bullenhatz gegen uns weiter. Eine organisierte und vorbereitete Aktion der MEK lief an, als wir in Wilster zu unseren Autos kamen. Wir wurden von als Demonstranten verkleideten MEKlern überfallen (Halstücher, Helme, KKW-Nee-Plaketen usw.). Sie waren mit dicken Holzknüppeln, MPs und Knarren bewaffnet – die hier Verhafteten wurden reichlich brutal behandelt.

Auf der Autobahn kurz vor Hamburg und selbst noch nachts in Hamburg griffen sie dann wieder gezielt die Fischmarkt-Autos raus. Wieder MPs. Unsere Leute wurden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

3. Der KB und viele andere werten diese Demonstration nun als einen großen Erfolg, weil so viele Menschen da waren, weil die Spaltung angeblich aufgehoben sei. Klar war das für uns alle ein schönes Gefühl, daß trotz der so massiven Bullenhetze so viele Menschen nach Brokdorf gekommen sind (auch viele, die sich von Itzehoe aus uns angeschlossen haben). Das hatten wir nicht so erwartet. Wir wissen aber doch auch, daß gerade unsere entschlossene Militanz am 30.10 und 13.11. die Bewegung so stark gemacht hat, daß ein inhaltsloser Aufmarsch von noch so vielen Leuten letztlich ein Rückschritt ist, der die Bewegung aufweichen, nicht stärken wird, wenn wir so weitermachen.

Wir haben eine große Chance verpasst, mit vielen, vielen Leuten gemeinsam das AKW Brokdorf zu verhindern. Wir haben damit unseren eigenen Erfahrungen und Einschätzungen entgegengehandelt. Dieser Aufweichungsprozeß – weg von dem Ziel Platzbesetzung – darf jetzt nicht manifestiert werden durch Erfolgshymnen auf den 19.2. – im Gegenteil – der Fehler muß benannt und die Konsequenzen daraus gezogen werden.

Eine erste Erscheinungsform, daß sich der Aufweichungsprozeß in der linken scene auch nach dem 19.2. fortsetzt, ist die Gerüchteküche, die zur Zeit bezüglich des Fischmarktes abläuft: Mollis, Militanz, Massenfremdheit wird uns vorgeworfen, die Isolierungsversuche der Bullen klappen. Fallt doch nicht ihr auch noch rein auf dieses Bullenmanöver, das uns nur ablenken soll von unserem eigentlichen Ziel! Unsere Militanz ist die Militanz, die wir für den 19.2. für notwendig hielten, um eine Bauplatzbesetzung durchzuführen. Wenn ihr euch distanziert von unserer „Militanz", dann distanziert ihr euch von dem Ziel, das AKW in Brokdorf praktisch zu verhindern.

Ob dies in Zukunft durch eine Bauplatzbesetzung oder durch andere Aktionen erreicht werden kann – das müssen wir jetzt alle gemeinsam oder ausführlich diskutieren.
Aber: KEIN PIPAPO IN ITZEHOE –
UND WILSTER MACHT UNS AUCH NICHT FROH!
Der Bauplatz soll nämlich endlich, endlich wirklich mal zur Wiese werden!
Stadtteilgruppe St. Pauli Fischmarkt

Hannoveraner Bürgerinitiative (Ausschnitt aus einem Flugblatt):

Am 19.2.77 sind weit über 50 000 Menschen gegen Kernkraftwerke und gegen das Demonstrationsverbot in Brokdorf auf die Straße gegangen. Sie haben die Strategie der Parteien und der Polizei, politische Fragen militärisch zu beantworten, erfolgreich hintergangen.

Daß es am 19.2. zu keiner „Entscheidungsschlacht" (Polizei-Jargon) gekommen ist, ist allein den Demonstranten zu verdanken. Denn die Parteien und die Polizei haben alles getan, um den Bürgern ihr Demonstrationsrecht in Brokdorf zu nehmen – letzten Endes sogar auch in Itzehoe, nachdem sich gezeigt hatte, daß es nicht die intendierte Gegenveranstaltung zu den „Chaoten" in Brokdorf werden würde.

Jedoch: das Ziel, die Bewegung in zwei Lager zu spalten, und einen Teil in einen Bürgerkrieg zu verwickeln, ist fehlgeschlagen: Die angeblichen „Chaoten" haben weder einen Angriff auf die Polizeiketten geplant noch haben sie ihn durchgeführt. Sie haben bewußt die Polizeistrategie einer militärischen Schlacht umgangen, da es ihnen um ihre politischen Rechte und nicht um gewaltsame Auseinandersetzungen geht. Bauplatzbesetzungen haben immer nur stattgefunden, um diese politischen Rechte und Interessen gegen einen übermächtigen Parteien- und Verwaltungsapparat durchzusetzen. Die Anti-KKW-Bewegung hat keine Lobby in Bonn. Sie ist deshalb darauf angewiesen, die Öffentlichkeit durch praktische Aktionen auf ihre Probleme und Interessen aufmerksam zu machen. Eine bundesweite Diskussion über Kernenergie hätte es ohne die Bauplatzbesetzung in Wyhl und Brokdorf nie gegeben! Daß an diesem Wochenende trotz des friedlichen Charakters aller Demonstrationen mindestens 65 Leute festgenommen wurden, hat allein seinen Grund darin, daß die Polizei ihren militärischen Aufwand nachträglich legitimieren muß.

Wenn man 10 000 Beamte von Polizei und Bundesgrenzschutz zum Schutz der Kernindustrie einsetzt, dann muß man mindestens

ein paar dutzend Sündenböcke finden. Nur so kann man beweisen, daß sich der Aufwand gelohnt hat.

ITZEHOE

Die von Parteien, Presse und Gewerkschaften als Treffpunkt der „ehrlichen Kernkraftwerkgegner" angekündigte Kundgebung in Itzehoe, an der schließlich 8 - 15 000 Menschen (laut BUU) teilgenommen haben, unterstützte die Demonstration in Brokdorf.

Auf Plakaten, in Redebeiträgen und Sprechchören wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die Bewegung sich nicht spalten lassen dürfe und in der Zukunft „die Gemeinsamkeit der Aktionen im Vordergrund stehen wird." In diesem Sinne mußte sich sogar der Vorsitzende des Bundesverbands der Bürgerinitiativen Umweltschutz, Wüstenhagen, der alles daran gesetzt hatte, die Bewegung zu spalten, äußern: weitere gemeinsame Bauplatzbesetzungen sind nicht ausge schlossen.

Viele Teilnehmer der Itzehoer Kundgebung schlossen sich entgegen anderslautenden Meldungen den Brokdorfer Demonstranten an; Entgegen allen Versuchen von Presse und Polizei, Brokdorf zum Angelpunkt der KKW-Bewegung zu machen, zeigte sich an diesem Wochenende, daß die Anti-KKW-Bewegung sich nicht die Orte ihrere Aktionen vorschreiben läßt.

ZEITUNGS-GO-IN WEGEN BROKDORF-BERICHTERSTATTUNG

HAGEN
2. März

Die „Westfälische Rundschau" und die „Westfalenpost" haben mit ihrer Brokdorf-Berichterstattung in dieselbe Terroristenkerbe gehauen, wie andere Zeitungen auch. Nur ließen sich das die Bürgerinitiativen dieses Raumes nicht einfach gefallen. Sie machten ein Go-In bei den Redaktionen und überreichten eine Presseerklärung, die von den außerordentlichen Landesdelegiertenkonferenz von Umweltschutz BI's aus Hagen, Bochum, Essen, Dortmund, Münster, Gelsenkirchen, Köln, Moers, Wuppertal und Warendorf verfaßt wurde. Zur selben Zeit wurde der Text als Flugblatt in hoher Auflage verteilt. Dazu heißt es:

„Um von vornherein auszuschließen, daß unsere Stellungnahme heimlich in den Papierkörben verschwindet, haben wir den Weg über die Öffentlichkeit gewählt. Was nun mit unserer Erklärung geschieht, können Sie morgen lesen — oder nicht. Für den Fall, daß eine Richtigstellung der Verfälschung verweigert wird, haben wir nachfolgend den Text der Erklärung abgedruckt. Damit nicht der Eindruck entsteht, die Polizei müsse gegen uns zu Hilfe gerufen werden, haben wir die „Ordnungshüter" vorsorglich kurzfristig selbst über diese Aktion informiert.

Die Erklärung verurteilt die Presseberichterstattung und hält ihr entgegen:

1. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) hat in ihrer Mehrheit zu der Demonstration am 19.2. in Brokdorf aufgerufen. Durch die einseitige und tendenziöse Berichterstattung wurde bundesweit der Eindruck erweckt, das diese Mehrheit der BUU nur aus Chaoten und Extremisten besteht.
2. Die unterschiedlichen Auffassungen der Bürgerinitiative über die Form des Protestes benutzen die Befürworter der Atomkraftwerke gezielt zu Spaltungsversuchen. Diese Versuche wurden intensiv von Vertretern der drei großen Parteien, wie auch von Gewerkschafts- und DKP-Vertretern betrieben.

Allen Spaltungsmanövern zum Trotz ließen sich alle überzeugten AKW-Gegner — egal ob sie in Brokdorf oder Itzehoe demonstrierten — nicht von ihrer erklärten Forderung abbringen: KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO!

3. Trotz des Demonstrationsverbots, der Spaltungsvesuche, der Diffamierung und Kriminalisierung vieler Demonstranten und dem Bürgerkriegseinsatz von Polizei und Bundesgrenzschutz demonstrierten rund 35.000 AKW-Gegner (lt. Polizeifunk vom 19.2. gegen 19.30 Uhr) vor Brokdorf!

Fazit: Der Rechtsstaat konnte unter Anwendung aller seiner Machtmittel die friedliche Demonstration in Brokdorf nicht verhindern!

Nicht der Einsatz von Polizei und BGS aus dem gesamten Bundesgebiet hat den gewaltfreien Verlauf der Demonstration in Brokdorf ermöglicht, sondern Besonnenheit der überwiegenden Mehrheit der Demonstranten! Die Geschlossenheit aller AKW-Gegner hat mit den Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe einen wichtigen Erfolg im Kampf gegen die Atomkraftwerke erzielt!



Spandauer Volksblatt, 20. Februar, 1977 s.13

Brokdorf-Plakat auf dem Funkturm

Auf ungewöhnliche Weise demonstrierten Unbekannte gestern nachmittag gegen das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf an der Unterelbe. Nach Angaben der Polizei befestigten sie an der obersten Plattform des Funkturms ein 8x2,50 Meter großes Transparent mit der Aufschrift „Kein Atomkraftwerk in Brokdorf". Das Transparent wurde inzwischen von der Polizei entfernt.

ÖTV-PROTEST GEGEN ENERGIEPROGRAMM

HANNOVER
1. März

Wie erst jetzt bekannt wurde, protestierten über 300 ÖTV-Mitglieder der Abteilung Sozialarbeit im ÖTV-Kreis Hannover und anderer Abteilungen gegen das Vorgehen der Staatsgewalt in der Auseinandersetzung um das Kernkraftwerk Brokdorf und die Art der Behandlung des Themas Kerkraftwerke in der Diskussion innerhalb der ÖTV. Gleichzeitig fordern die Unterzeichner eine offene Diskussion in den ÖTV zu diesem Thema.

In der Resolution heißt es unter anderem:

„Das Energieprogramm der Bundesregierung und die friedlich-atomare Aufrüstung wird immer wieder mit dem Argument begründet, dadurch würden Arbeitsplätze geschaffen. Gerade das Gegenteil aber ist der Fall. Die geplante Energielawine aus den KKW's muß

notwendigerweise zu einer weiteren Rationalisierung des Produktionsprozesses führen, also zum Verlust von Arbeitsplätzen. Sie führt weiterhin zu einer vermehrten Stillegung von Kohlezechen (und macht damit Energiereserven für hunderte von Jahren kaputt), führt also zum Verlust von Arbeitsplätzen in den Kohlerevieren. Sie führt zur Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen der von KKW's und Wiederaufbereitungsanlagen betroffenen Fischer, Bauern und Winzer. Das alles nehmen wir in Kauf mit dem Risiko unseres Lebens. Dabei ist durchaus miteinkalkuliert, daß die Energiekosten für die Haushalte des kleinen Mannes nicht sinken, sondern steigen werden. Atomstrom ist, rechnet man die Kosten für Forschung, Wiederaufbereitung und Endlagerung mit ein, teurer als die konventionellen Energiequellen und die möglichen alternativen Energiequellen.

Mit Erstaunen mußten wir davon Kenntnis nehmen, daß unter dem Namen der ÖTV am 5.11.76 eine Demonstration der westdeutschen Kraftwerke AG in Brokdorf unterstützt wurde und der Kollege Schwalbach als Kieler Funktionär der ÖTV von einer „Maschinenstürmerei zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung" spricht. Wir konstatieren, daß sich hier die Interessen des Aufsichtsratsmitglieds der NWK, das Schwalbach eben auch ist, artikuliert – und nicht ohne die Meinung der ÖTV-Mitglieder."

POLIZEISCHÜSSE GEGEN ANTI–KKW THEATER

MÜNCHEN 24. Februar

In etlichen Städten fanden Solidaritätsaktionen statt, die dem gleichen aufgeheizten Polizeiterror ausgesetzt waren. Zum Beispiel München:

Im englischen Garten wurde durch Theaterspiel und ein spontanes Happening auf die Bedrohung durch Atomkraftwerke auch in München aufmerksam gemacht. Es begann mit Wein, Tanz, Gesang, mit der Kreation einer Hundeausführmaschine, mit Kleinkunst und Theater. Der Höhepunkt: die symbolische Errichtung eines Atomkraftwerkes München-Mitte.

Dies ist geschehen:

Aus der Menge derer, die an der Aktion teilnahmen oder zuschauten, stachen bald zwei Personen hervor, die durch systematisches Fotografieren und Abschreiten der versammelten Gruppe auffielen. Diese-wie sich später herausstellte - Angehörige der politischen Polizei (PoPo) hatten es offensichtlich auf Provokation angelegt. Sie fühlten sich weder genötigt sich als Polizisten auszuweisen, noch waren sie bereit ihre Materialsammlung einzustellen.

Eine Frau, die nun versuchte, ihrerseits die PoPo's zu fotografieren wurde von einem der beiden tätlich angegriffen. Andere Teilnehmer, die der Frau zu Hilfe eilten, wurden durch zwei *Warnschüsse* und die auf sie gerichteten Waffen in Schach gehalten. Im Nu kamen zwei Streifenwagen über die Wiese, wie üblich sollten einzelne Leute herausgegriffen werden. Das konnte jedoch durch Kettenbildung verhindert werden.

Unter dem lautstarken Protest der Teilnehmer sprangen die PoPo's ängstlich in die Polizeiautos und zogen sich vorläufig zurück.

Nach dem Verlassen des Parks wurden in einem handstreichartigen Überfall von Knüppelbullen mehrere Personen festgenommen. Der Grund: Der von den PoPo's provozierte Zwischenfall.

Die Festgenommenen haben nun wegen angeblicher Körperverletzung, Beleidigung und Sachbeschädigung mit einem Prozeß zu rechnen.

AUGENZEUGENBERICHT

„Um den Monopteros (Freak-Tempel im Englischen Garten) herum gab es viele Bullenautos, die meisten nicht sichtbar. Sie waren aus verschiedenen Richtungen gekommen und für einen Blitzeinsatz bereit. Ich war maskiert am Monopteros.

Ein Typ schrie, daß da unten eine Auseinandersetzung wäre. Zwei bis drei Typen gingen auf einen Bullen los. Der bekam aber keine schwerwiegenden Schläge ab, weil er nicht scharf getroffen wurde und gleich weglief. Dann hörte ich zwei Schüsse, alle blieben wie erstarrt stehen : Ein Bulle hat zwei Warnschüsse abgegeben, dann die Knarre auf die Menge gerichtet. Unten bildeten sich Ketten und in 20 - 30 Sekunden, in unheimlich kurzer Zeit, waren Bullenautos da, die die Spitzel geschützt haben. Wir gingen vom Monopteros runter aus Angst vor Einkesselung. Es kam eine – total defensive – Stimmung gegen die mit sechs Knarren total überlegenen Bullen auf. Die Aggression drückte sich in Rufen aus: Scheißbullen. Die Bullen zogen sich etwas zurück und luden die zwei Zivilbullen in zwei Bullenwagen ein.

Dann wurde gemeinsam aufgeräumt (Abfälle). Wir schlossen uns vorsichtshalber zusammen, weil wir an den Ausgängen des Parks Bullen-Greifkommandos erwarteten. Wir zogen in einem geschlossenen Zug von etwa 200 Leuten aus dem Englischen Garten .

Außerhalb des Englischen Gartens warteten Verfassungsschutz-Leute und Bullenwagen, hauptsächlich private BMW's. Die Kleidung der Bullen ging Richtung Rocker: Fliegerjacken, dunkelblau mit Reißverschluß, Jeans, sehr junge Kerle (25 -28 Jahre alt). Aus einem durchfahrenden weißen BMW wurde fotografiert.

Später an einer Straßenkreuzung standen 30 bis 40 Bullen in Hausecken. Ich selbst war etwa 20 m von einer Hausecke entfernt. Plötzlich gab es einen Überfall: in fünf Sekunden waren 3 - 4 Bullenautos da. Wir waren völlig überrascht, und fingen das Laufen an und zerstreuten uns total. Eine wegen der Bullenübermacht in Panik geratene Frau rannte so an ein Verkehrsschild,daß sie laut vor Schmerzen geschrien hat. Die Bullenautos kamen blitzschnell aus der Gegenrichtung. Wir haben sie zu spät entdeckt, weil die Straße gekrümmt ist.

KKW-KURZGESTREIFTES

AUSSTELLUNG ÜBER ATOMENERGIE

FRANKFURT 2. März

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. bereitet zusammen mit dem AStA der Akademie der bildenden Künste Karlsruhe eine Anti-KKW-Ausstellung vor. Damit will man

– aufzeigen, daß sich auch Künstler um die Umweltproblematik, hier Atomenergie, nicht herumdrücken können,
– mit den Mitteln der Kunst einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz und zur Aufklärung leisten,
– vorhandene Arbeiten aus der Bewegung gegen die Atomenergie dokumentieren,
– die Arbeit der Bürgerinitiativen unterstützen.

Teilnehmen kann jeder, Informationen gibts bei:
AStA der Akademie der Bildenden Künste Karlsruhe
Reinhold-Frank-Str. 81, 7500 Karlsrühe

NOCH EINE AUSSTELLUNG ZUM SELBEN THEMA ...

...zusammengestellt hat bereits die Hamburger Galerie Schnekke und die Berliner Galerie 70 in Zusammenarbeit mit der BUU, unter dem Titel: „Lehrstück Brokdorf". Die Ausstellung wurde reproduziert und kann für mindestens 200,- DM bezogen werden bei

Galerie 70, Schillerstr. 70, 1000 Berlin 12

UND JETZT EINE PLAKATSERIE ...

... mit dem Titel „Lebensinteressen contra Profitinterssen", die aus Kassel kommt. Intention hierbei war nicht, das Angebot an Politpop-Plakaten zu vergrößern, sondern Initiativen und Bürgergruppen ein visuelles Aufklärungsinstrument für ihre Anliegen und Forderungen in die Hand zu geben, das den Rahmen ihrer Möglichkeiten von Broschüren, Aktionsankündigungen, Flugblättern und Transparenten ergänzt.

Die Abgabe der Serie erfolgt zum Selbstkostenpreis bei
Stadtzeitung in und um Kassel, Zeche-Marie-Weg 7,
3500 Kassel

G.A.U.

ist auch die Abkürzung für „Gesellschaft von Ärzten, Zahnärzten, Naturwissenschaftlern und Juristen zur Aufklärung der

Öffentlichkeit über Umweltgefahren e.V.". Diese Gesellschaft tritt mit Informationen und Veranstaltungen an die genannten Personenkreise, um dort die internationale Anti-KKW-Begegnung zu verbreitern. Kontakte über

Rechtsanwalt Ralph S. Ketelboeter, Am Lehmberg 3, 2000 Hamburg 73

WAS WIR WOLLEN – SONDERNUMMER

Die Zeitung der Wyhler Platzbesetzer, herausgegeben von der Initiativgruppe KKW Nein, hat eine Sondernummer zum Thema „Atomenergie und/oder Arbeitsplätze" fertiggestellt. Dabei geht es um die Demonstration F Ü.R Atomkraftwerke, Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung bei der KWU-Mutter Siemens; Gewerkschaften zur Atomenergie; Streiks in Atomfabriken und dazugehörige Themen. Kostet 1,- DM plus Porto und ist zu beziehen bei:

Nik Geiler, Hummelstraße 16, 7800 Freiburg

BIG BROTHER-PROPAGANDAABTEILUNG – ZUM ‚FALL TRAUBE'

FRANKFURT 3.März

Die Affäre hatte vor dem 19.2., den Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe begonnen:

„Wer jetzt kommt, will nur Gewalt" (aus Bild)

„Der harte Kern besteht aus reinen Terroristen,ja sogar Verbrechern" (Bild)

„Hausrat wird (aus Brokdorf) weggeschafft. Wertvolles wie Bilder, Schmuck, Fernseher, Pelzmantel liegen in den Autos der Bürger und sollen weggefahren werden". (‚Welt')

„Kleiner Junge betet: ‚Lieber Gott mach, daß alle Chaoten ertrinken." (BamS)

Die Propagandamaschine war auf ein Ziel ausgerichtet: die KKW-Bewegung zu spalten in gutwillige Bürger, die man glaubt, noch integrieren zu können und in gemeingefährliche Terroristen.

Am Montagmorgen (28.2.) wurde die Maschinerie wieder in Bewegung gesetzt. Den Anfang machte der Spiegel; er steckte den Rahmen ab: zunächst eingeleitet als eine Abhöraffaire, der ‚Spiegel' als Schützer unserer heiligen Grundrechte, entpuppte sich die ‚Affäre Traube' sehr schnell. als die Fortsetzung der Brokdorf-Politik mit geeigneteren Mitteln. Ziel hier: die Verschiebung von sehr realen Ängsten vor atomarer Selbstvernichtung auf das schon öfter so brauchbare Angst-Phantom ‚Internationaler Terrorismus'. Im Spiegel hört sich das dann so an:

„Was wie eine Drehbuch-Vorlage für einen Geheimdienst-Thriller anmutet, steht so, Zitat für Zitat, in Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und des Bundesinnenministeriums (BMI): Berichte, Vermerke und Protokolle einer geheimen Unternehmung , die keine Affäre des an Affären reichen BfV ist, sondern – Skandal oder nicht – eine Affäre des demokratischen Rechtsstaats im Atomzeitalter."

Ein paar Absätze weiter gehts dann los:

„Auch wenn die Kölner Beamten, anders als die Abhör-Klempner von Watergate-Präsident Nixon, einer vermuteten Gefahr von allergrößter Brisanz auf die Spur zu kommen suchten – ihre amtsintern so genannte ‚Operation Müll' ist rundum illegal."

Stellte Traube in diesem billigen Reisser den undurchsichtigen Spitzentechniker (Dr.Mabuse) mit Zugang zu den teuflischsten Vernichtungsmitteln dar, dessen Machtstellung allein ihn schon gefährlich macht, dann die Rechtsanwältin Inge Hornischer die notwendige Verbindung zu den „politisch motivierten Gewalttätern". Dazu muß natürlich eine „notorisch linke Anwältin" (Spiegel) zu einer zentralen Kontaktsperson zu ‚terroristischen Kreisen' umgelogen werden.

Mit der Spiegel-Veröffentlichung ist der Anfang gemacht. Am Montagmorgen steht die Presse schon in den Startlöchern. Jeder im Pressespektrum übernimmt seinen Part: die ‚Frankfurter Rundschau' würzt das Ganze noch mit einigen Schauerdetails über die finsteren Beziehungen der Terroranwältin, kommentiert dann wieder in tiefer Besorgnis um den Rechtsstaat. Die ‚Welt' haut gleich richtig rein: am Dienstag ziert die Titelseite eine Fotoreihe, die von Inge Hornischer über Böse und Klein bis zu dem Phantom ‚Carlos' reicht: erkennbar eine Linie.

Die ‚Welt' ist allerdings auch die einzige uns bekannte Zeitung, die eine Stellungnahme der BUU abdruckt: Wüstenhagen erklärte, daß all die Befürchtungen, die seitens der AKW-Gegner über die Notwendigkeit des Polizeistaats angesichts der Gefahren der KKW's geäußert wurden, sich bestätigt haben.

Die Legitimation „besonderer Maßnahmen angesichts außergewöhnlicher Situationen" besorgt die ‚Welt' sehr gründlich. Brechen noch andere Zeitungen in Krokodilstränen über das schreckliche Unrecht, das einem liberalen Spitzenverdiener geschehen ist, aus und legitimieren nur quasi selbstverständlich alle Mittel gegenüber den politisch motivierten Gewalttätern, zu denen natürlich als Exempel auch Inge Hornischer gehören muß, so billigt die ‚Welt' voll und ganz das Übertreten selbst der Notstandsgesetze auch in solchen Fällen wie dem Traubes: Angesichts der Möglichkeiten des ‚technologischen Terrorismus' (Kremp in der ‚Welt' am 2.3.) ist natürlich schon das nicht zu hundert Prozent angepaßte Privatleben eines Mannes an „sensibler Stelle" ein Sicherheitsrisiko ersten Ranges. So ergibt sich (nach dem Durchspielen anderer Formen von Science-Fiction-Krimis) notwendig: (Die Fälle) „genügen auch, um zu zeigen, daß die eigenartige Gefahr des technologischen Terrorismus Reaktionen der Sicherheitsbehörden notwendig macht, die im positiven Recht nicht gedeckt sind". Das abgeklapperte Sündenbock-Schema wird also wieder hervorgekramt:

Die Radioaktivität geht nunmehr von den ‚Terroristen' aus, nicht von den KKW's. Wer informierte eigentlich im Zusammenhang mit Traubes verlorener Stellung bei der ‚Interatom' über deren Arbeitsprodukt, den ersten deutschen ‚Schnellen Brüter', dessen Technologie noch weit unberechenbarer ist als die ‚normalen' AKW's?

Man kann davon ausgehen, daß heute keiner mit dem Grundgesetz unter dem Arm rumläuft und daß natürlich jeder angesichts solch einer totalen Bedrohung, jetzt verschoben von KKW's auf Terroristen, jedes Mittel billigt. Die Anwohner um Brokdorf dürften schon erfahren haben, wo dann der Terrorismus bereits anfängt. Das Hamburger Abendblatt artikuliert das am Montag sehr deutlich:

„Wer das Bedürfnis der Bundesbürger nach Sicherheit kennt, ganz besonders im Zusammenhang mit der Kernenergie, aber auch im Zusammenhang mit Terroristen, kann es eigentlich nur richtig finden, daß der Innenminister sofort tätig wurde."

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" geht weit subtiler vor. Am Mittwoch stehen im politischen Teil die notwendigen Neuigkeiten, eben nach FAZ-Manier gebürstete dpa-Meldungen. Daneben: ein vernünftiger Leitartikel, der die politische Marschrichtung signalisiert:

„Was sonst noch zu tun wäre? Eine Klärung der gesetzlichen Grundlagen – wie nach Höcherls Abhör-Affäre – wäre nicht schlecht, sofern dabei nicht, angesichts der politischen Lage, eine Schwächung des Verfassungsschutzes, einer notwendigen und von der Verfassung gewollten Einrichtung herauskommt und sofern nicht die – richtige – Trennung dieser Ämter von der Polizei verwischt wird."

In der Wissenschaftsseite der Mittwoch-FAZ dann ein Bericht darüber, daß unser großer Bruder Amerika schon längst an den Schutzmaßnahmen gegen Sabotage an Nuklearanlagen arbeitet. Die Nachricht, die keine andere Aktualität besitzt, als den Zusammenhang mit der Propagandakampagne, Aufhänger Traube — besagt, daß Sicherheitsplanspiele jetzt erfreulicherweise ausgedehnt wurden auf die mögliche Zusammenarbeit von KKW-Beschäftigten mit ‚Terroristen' von außen.

Wie so oft, taucht die Wahrheit doch noch auf: im Wirtschaftsteil findet sich dann die Schlagzeile: „Kernkraftwerks-Diskussion belastet die Börse — Aktienkurse auf Jahrestiefststand / Rentenmarkt noch freundlich." Diese Propagandakampagne hat mehr Aussicht auf Erfolg als die‚Aktion Wasserschlag' um Brokdorf, die nicht verhindern konnte, daß sich zigtausende Lebenswillige dort herumtrieben, wo die gefährlichen Gewalttäter die Wilster Marsch dem Erdboden gleichmachen wollten. Mehr Aussicht auf Erfolg hat die neue Kampagne, weil sie all die Ängste benutzen kann, die schon zur ersten Ostermarschbewegung gegen den Atomtod geführt hat. Die Ängste, die dem Stern Absatzerfolge mit einem Roman über eine mögliche atomare Katastrophe bescherten; Ängste, die eben angesichts der sehr realen Vernichtungspotenz von nuklearen Anlagen nur zu berechtigt sind. Es ist eben eine handgreifliche Notwendigkeit, daß der Atomstaat einer sein muß, der sich souverän über die eigenen Gesetze hinwegsetzen muß. Es können zwar, was zu erwarten ist und durch die Presse gut vorbereitet wird, juristische Vehikel eingeführt werden, die den „übergesetzlichen Notstand" zu einem Legalen machen; das ändert aber nichts daran, daß die Repression gegenüber allem, was sich gegen die Selbstvernichtungsgesellschaft sperrt (und da genügt schon das individualistische Privatleben eines überzeugten KKW-Technologen, wie der ‚Fall' Traube zeigt) im Atomstaat notwendig ungeheuerlich anwachsen muß. Der Kampf gegen den Atomtod kann jetzt nicht mehr vom Kampf gegen einen repressiven Staatsapparat getrennt werden.

SO EINFACH LÄSST SICH EINE TERRORISTEN–STORY AUFBAUEN

Die Tatsache, daß die Frankfurter Anwältin Inge Hornischer mit dem erst später sehr bekannt gewordenen Hans Joachim Klein befreundet war, daß dieser in ihrer Kanzlei angestellt war und daß sie kurz eine Mandatsübernahme von Wilfried Böse übernahme, verdrehte (und sponn vieles hinzu) der Staatsschutz zu einer Terroristen-Story mit internationalem Flair, in die der CISNU-Vertreter Mehdi Teherani geschickt mit hineingezogen wurde.

Welche Rolle in dieser ganzen Inszenierung die Presse spielt, zeigt sich vor allem am Spiegel, der die ihm bewußt oder unbewußt zugespielten Geheimunterlagen ohne Überprüfung (z.B. bei Inge) abdruckte und somit Inges Existenz als Anwältin bedroht. In welche Ecke Inge Hornischer vom Spiegel geschoben wird, läßt sich auch an folgendem Zitat gut erkennen: „Wurden bei Raabe, (Anwalt Traubes Anm.), dessen Telephon nicht abgehört wird und der auch nicht als Terroristenhelfer verdächtigt wird, ebenfalls irgendwelche Lauschmittel benutzt? Ist „die absolute Schranke, die das Anwaltsgeheimnis umgibt" (Adolf Arndt) gegenüber einem integren Anwalt durchbrochen worden?" Dazu hat Inge Hornischer folgende Presseerklärung abgegeben:

„Die leider nicht beispiellose Verunglimpfung meiner Person durch die Presse in den letzten Tagen zwingen mich, vorliegende Erklärung abzugeben:

Ich habe niemals einer wie immer gearteten kriminellen Vereinigung im Sinne von § 129 StGB angehört, noch eine solche unterstützt.

Nach dem OPEC-Überfall in Wien am 21.12.1975 wurde gegen mich ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet. Alleiniger Grund dafür war, daß ich Herrn Hans Joachim Klein gekannt habe und mit ihm auch befreundet war. Ich habe niemals auch nur versucht, diese Tatsache zu verheimlichen, im Gegenteil, dazu stand ich und dazu stehe ich.

Das Ermittlungsverfahren wurde vom Generalbundesanwalt durch Beschluß vom 15.11.1976 nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt. Durch Beschluß des OLG Frankfurt/Main vom 8.2.1977 wurde die Staatskasse verpflichtet, mir alle diejenigen Schäden zu ersetzen, die ich durch das Ermittlungsverfahren erlitten habe.

Daß das gegen mich eingeleitete Ermittlungsverfahren diesen Ausgang, d.h. meine volle Rehabilitation nehmen würde, daran habe ich niemals gezweifelt, da es nichts strafrechtlich Relevantes gab oder gibt, daß ich mir vorzuwerfen hätte, und ich annehmen konnte, daß auch in meinem Verfahren rechtsstaatliche Prinzipien Anwendung finden und nicht Sippenhaft, wie sie in der NS-Zeit an meinen Eltern verschiedentlich praktiziert wurde. (U.a. wurde meine Mutter mehrfach über Monate hinweg inhaftiert, weil mein Vater Hochverrat, d.h. Mitgliedschaft in der damals illegalen KPD vorgeworfen wurde, weswegen er alles in allem mehr als 5 Jahre in Konzentrationslagern und NS-Gefängnissen zubrachte).

Das justizförmige Verfahren hat sich seit dieser Zeit geändert, nicht jedoch die Reaktionen der Presse. Den Fall der Frau Hornischer hat es 1933 und 1935 in ähnlicher Form schon einmal gegeben."

Verschiedene Frankfurter Frauengruppen haben sich mit Inge Hornischer solidarisiert und dazu eine Presseerklärung herausgegeben:

„Die ‚Abhöraffaire' Traube, die allem Anschein nach durch eine gezielte Indiskretion des Verfassungsschutzes der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde, legt die Frage nach der Absicht nahe, die mit diesem Skandal verfolgt wird. Daß Polizei, Sicherheits- und Nachrichtendienste mehr oder weniger nicht-gesetzliche Mittel anwenden, wissen wir seit Watergate und den Ermittlungsmethoden im Zusammenhang mit diversen politischen Prozessen der bundesrepublikanischen Gegenwart. Es scheint nun, daß die Abhöraffaire Traube den Boden bereiten soll, die gesetzliche Grundlage für die legale Bespitzelung breiter Teile der Bevölkerung zu schaffen. Indem einem Atomwissenschaftler konspirative Kontakte zum internationalen Terrorismus — vermittelt durch eine Frau — angedichtet werden, erreicht man zugleich ein weiteres: den scheinbaren Nachweis, Atomkraftwerke seien durch Terroristen gefährdet. Erweiterte Kompetenzen für den Staat und die Kriminalisierung des Protestes gegen Kernkraftwerke sind die eine Seite.

Die andere Seite ist die Diffamierung der Rechtsanwältin Inge Hornischer. Durch die „Verbindung" Atomphysiker Traube — Frau Hornischer — Terrorist Klein wird eine konkrete Bedrohung aller Bürger durch Terroristen suggeriert. Dafür, daß man versucht, von der der realen Gefahr der Kernkraftwerke abzulenken, muß Inge Hornischer ihren Kopf hinhalten.

Wir wehren uns entschieden dagegen, daß hier wieder einmal eine Frau für eine Propagandakampagne benutzt wird, indem ihre persönlichen Beziehungen zur politischen Affaire hochgespielt werden. Auf die berufliche Existenz von Frau Hornischer wird dabei keine Rücksicht genommen. Verschwiegen wird, daß das Ermittlungsverfahren, das in Zusammenhang mit Jochen Klein gegen sie eingeleitet worden war, längst eingestellt ist und Frau Hornischer für den ihr entstandenen Schaden entschädigt werden muß. Die Veröffentlichung einer Gegendarstellung, mit der Frau Hornischer die diffamierenden Vorwürfe widerlegen wollte, wurde von der Presse bisher verweigert.

Wir werden es nicht hinnehmen, daß hier versucht wird, eine einzelne Frau durch massive Diffamierungen zu kriminalisieren und solidarisieren uns mit Inge Hornischer.

Frauen-Asta — Fra uenzentrum Nordend
Frauenbuchladen — Frauenzentrum Bockenheim
Frauentreff — Frauenzentrum Neu-Isenburg
Haus für geschlagene Frauen — und diverse andere Frauengruppen."

GESPRÄCH MIT EINEM „TERRORISTEN"

Frage (an Mehdi Khanbaba Teherani): Im Zusammenhang mit der „Lausch-Affaire" Dr. Traube tauchte in der Presse Dein Name auf — apostrophiert wirst Du als „maßgeblicher Funktionär der linksradikalen iranischen Studentenorganisation CISNU. Was glaubst Du, wird hiermit bezweckt?

Antwort: Zunächst einmal: Die Behauptung, ich sei „Funktionär der linksradikalen Studentenorganisation CISNU"

ist unrichtig. Richtig ist, daß die **Conföderation Iranischer** Studenten (Cisnu) ihrer organisatorischen **Struktur nach** Funktionäre nicht kennt. Mit dieser **Behauptung wollen sie** diese legale und offene Studentenorganisation **als eine Untergrundorganisation** darstellen.

Die Erfindung der Bekanntschaft zwischen **Dr. Traube** und mir ist ein ausgekochter Unsinn, die der **Verfassungsschutz** in die Welt gesetzt hat. Das Vergnügen, mit **Herrn** Dr. Traube Bekanntschaft zu schließen, verdanke **ich den** Massenmedien und seinem Auftritt im Fernsehen. Mit dieser Behauptung wird offensichtlich bezweckt, dem staunenden Publikum eine Neuinszenierung der alten Frankenstein-Story unter dem Titel „Dr. Traube und die Erschaffung eines erschröcklichen Atom-Terroristen-Monsters" zu bieten. Zu einem der unverzichtbaren Requisiten gehört in diesem Spiel der „internationale Terrorist", möglichst aus dem außereuropäischen Ausland, z.B. ein exotischer Perser – sonst bliebe ja alle s unter den Germanen, und es fehlte die Unterstützung der so mühsam zusammengebastelten „Einheitsfront" der bürgerlichen Klassen gegen den „internationalen Terrorismus".

Frage: Wurde vorher von je einer deutschen Behörde der Vorwurf des Waffentransports oder der geplanten Flugzeugentführung gegen Dich erhoben?

Antwort: Nein. Ich glaube vielmehr, daß hinter dieser völlig aus der Luft gegriffenen Behauptung die inzwischen offenkundige Zusammenarbeit zwischen deutschem Verfassungsschutz und dem persischen Geheimdienst SAVAK steht. Vor einigen Wochen starteten die persischen Medien eine Kampagne gegen die persische Opposition , besonders gegen die CISNU. In den Mittelpunkt dieser Verleumdungskampagne stellten sie meine Person. Aus dem Inhalt dieser Hetze geht deutlich hervor, daß die Grundinformationen, aus denen die SAVAK in der Manier orientalischer Märchenerzähler ihre Lügen gestrickt hat, vom deutschen Verfassungsschutz kommen. Mein bei einer Durchsuchung beschlagnahmter Ausweis der Frankfurter Stadtbad-Sauna taucht in der Kampagne in folgender Form auf: „Dieser Mann wurde am 6.10.75 Mitglied in einem Westdeutschen Nudistenclub unter der Mitgliedsnummer 230053".

Frage: In der Presse wird behauptet, Du seist mit Dr. Traube in Jugoslawien gewesen. Wie, glaubst Du, ist diese Behauptung zustande gekommen?

Anwort: Erstens, wie ich schon sagte, ich kenne Herrn Dr. Traube nicht. Zweitens: ich bin nie in Jugoslavien gewesen. Dies ist ein weiterer Beweis für die Weitergabe von falschen Informationen des deutschen Verfassungsschutzes an die SAVAK: über diese nie gemachte Jugoslavien-Reise – wie über weitere Phantasie-Reisen – berichtet auch die persische Presse.

Frage: Seit wann ist Dir die Zusammenarbeit zwischen der SAVAK und BfS bekannt?

Antwort: Mir persönlich seit 1962. In diesem Jahr wurde ich mit einem weiteren persischen Studenten in München unter dem Vorwand der Geheimnisbündelei und kommunistischer Umtriebe verhaftet. Nach viermonatiger Inhaftierung wurden wir aus der Untersuchungshaft entlassen und die persischen „Belastungszeugen" verschwanden spurlos. Unser Anwalt hatte inzwischen genug Material gesammelt, um die „Zeugen" als SAVAK-Agenten zu entlarven.

Heute ist diese Zusammenarbeit für die bürgerliche Öffentlichkeit keine geheime Angelegenheit mehr, nachdem vor einem Monat der persische Außenminister auf einer Pressekonferenz in Teheran diese Zusammenarbeit bekannt gegeben hat. Regierungssprecher Grünewald bestätigte dies mit einer weiteren Information, daß diese Zusammenarbeit bereits seit dem Jahre 1959 besteht. Es muß eine besorgniserregende Entwicklung in diesem Land im Gange sein, daß der Sprecher einer Regierung, die von sich behauptet, rechtsstaatlich zu sein, die Zusammenarbeit mit **einer Mörder-Organisation** zugibt, ohne den Protest einer **demokratischen** Öffentlichkeit fürchten zu müssen.

Frage: Warum *wirst Du als „maßgeblicher Funktionär"* ***der CISNU und gleichzeitig*** *als „Terrorist" aufs Korn ge****nommen?***

Antwort: Meine Person wird lediglich als Zielscheibe **für eine bestimmte Strategie genommen.** Indem man mich **als eines der ältesten Mitglieder der CISNU** zu kriminalisieren **versucht, will man die gesamte** Organisation kriminalisieren. **Die CISNU ist wie allgemein bekannt**, eine offene **studentische demokratische Organisation,** die seit nunmehr **17 Jahren in Europa und Amerika versucht** hat, die Öffentlichkeit **über die unmenschlichen Zustände** in Persien aufzuklären. **Es ist bis heute kein einziges** Mitglied der CISNU wegen **krimineller Tatbestände verurteilt** worden. Daß dieses Interesse **des persischen Regimes**, die CISNU zu kriminalisieren, **nun auch von deutscher** Seite aufgegriffen und verfolgt wird, ist **darin begründet**, daß die wirtschaftlichen und somit **politischen** Interessen der Bundesrepublik es erfordern, vor den **Wünschen** des Schahs in die Knie zu gehen. Das schwarze Gold **schwemmt alle** moralischen Prinzipien der so oft beschworenen freiheitlich-demokratischen Grundordnung hinweg.

Das Westberliner „Aktionskomitee gegen Berufsverbote", Altensteinstr. 59 1 Berlin 33, hat in einem offenen Brief an Dr. Traube gegen die Bespitzelungen protestiert und den Rücktritt von Innenminister Maihofer gefordert.

PROZEß GEGEN ROBERT JAROWOY UND WERNFRIED REIMERS

FRANKFURT
4. März

Zum Verfahrensablauf im Prozeß gegen die beiden Genossen (s. ID 165) schrieb die Frankfurter Neue Presse (FNP) am 23.2.1977: „Die Frankfurter Justiz scheut weder Mühe noch Kosten, um die angeklagetn mutmaßlichen Anarchisten Robert Jarowoy und Wernfried Reimers von Bauchschmerzen zu befreien und verhandlungsfähig zu halten". (Am 15. 2.1977 bezeichnete die FNP die Bauchschmerzen als Magenkrämpfe).

Der Reporter Tilliger konstatiert, daß für „zwei Angeklagte vier Professoren" bemüht werden und fragt anschließend: „Was will man also mehr? " "Einen versierten Krankengymnastiker z.B., der die Kreislaufbeschwerden des Angeklagten Jarowoy lindern helfen soll". (FNP 23.2.1977).

Die JVA Preungesheim als Sanatorium: „Von solch einer Intensivbehandlung können Kassenpatienten im Krankenhaus nur träumen". (FNP 23.2.1977). Die wirkliche Intensivbehandlung für beide: drei Jahre U-Haft, davon 20 Monate Isolationshaft. Entsprechend ist der Gesundheitszustand der beiden: durch die fehlende Muskelbeanspruchung z.B. funktioniert die Durchblutung nicht; der Kreislauf steht also immer kurz vor dem Zusammenbruch. Besonders wenn es wärmer wird, führt dann jede körperliche Anstrengung zur Ohnmacht. So setzt sich der körperliche Verfall immer mehr fort und zieht so nach und nach sämtliche Körperorgane und -funktionen in Mitleidenschaft.

Die Fragwürdigkeit der von den Gutachtern vorge-

schäden (bzw. der Verhinderung oder Hinauszögerung einer erforderlichen Haftverschonung) wird von der Presse ins Lächerliche verkehrt. Diese scheinbare Lächerlichkeit wird dann wiederum als Indiz dafür verwendet, die ruinierte Gesundheit lediglich als ‚Unbehaglichkeit' zweier „introvertierter und übersensibler Naturen" (FAZ vom 2.3.1977) darzustellen. An der Verhandlungsfähigkeit der beiden zweifelt die Presse natürlich nicht, sie stellt nur fest: „Prozeß geht nicht voran." (FNP 2.3.1977)

Die Anträge der Verteidigung am dritten Verhandlungstag werden als „Bombardements" dargestellt, „die die Staatsschutzkammer immer wieder ins Beratungszimmer zwang" (FNP 2.3.1977). Der erste Antrag der Verteidigung, Aussetzung des Verfahrens und sofortige Haftentlassung (§ 229 StPO) wegen eines Verfahrensfehlers wurde bereits abgelehnt. (Wenn die Verhandlung länger als 10 Tage unterbrochen wird, muß sie ganz von vorne aufgenommen werden). Der zweite → Antrag auf Erstellung eines neuerlichen Gutachtens durch Prof. Rasch (das zugrunde liegende Gutachten von Rasch liegt bereits 4 Monate zurück – damals hat er bedingte Verhandlungsfähigkeit bejaht) wurde vom Gericht zurückgestellt mir der Bemerkung, die Angeklagten seien ja verhandlungsfähig. Auch der dritte Antrag, der die vorläufige Einstellung des Verfahrens nach § 205 StPO und Haftentlassung fordert (über diesen Antrag werden wir in einem der nächsten IDs genauer berichten) wurde vom Gericht bis zur nächsten Woche zurückgestellt, da das Gericht erst noch einmal die anderen Gutachter hören will. **Am 8. März um 14.00 Uhr im Landgericht Frankfurt, Gebäude A, Raum 146 geht der Prozeß weiter !**

TÜRKISCHER ARBEITER VERURTEILT

WIESBADEN Februar 1977 *„Auf dem rechten Auge blind, auf dem linken wie ein Geier"*, so beschreibt die Rechtsanwältin Ulrike Hill die Zeugen, auf deren Aussagen sich das Wiesbadener Gericht bei seinem Urteil gegen Hassan Töreyen stützt. Hassan wurde zu viereinhalb Jahren verknallt, ein sehr hartes Urteil für „versuchten Totschlag". Ihm wird zur Last gelegt, nach dem Arbeitskampf bei der Strumpffabrik Eles in Bleidenstadt (siehe ID 121) auf einen Streikbrecher geschossen zu haben. Das Gericht behandelte den Fall politisch. Dementsprechend fiel das Urteil aus.

Hassan sitzt jetzt seit gut einem Jahr in dem U-Haft-Gefängnis in Darmstadt-Eberstadt. Als Beschäftigungstherapie stellt er Kugelschreiber her. Besuchserlaubnis kann beim Amtsgericht Wiesbaden, Gerichtstraße 2, Schwurgerichtskammer beantragt werden **(Aktenzeichen 8 KS 6/76)**
Es ist ratsam, daß Deutsche in Begleitung von Türken und Türken in Begleitung von Deutschen Hassan besuchen. Denn Hassan spricht nicht sehr gut deutsch und türkische Besucher (auch seine Angehörigen) müssen einen Dolmetscher mitbringen, der die Unterhaltung für die Bewachung übersetzen muß.

Wenn ein Ausländer in der BRD verurteilt wird, ist es üblich, daß er hier zwei Drittel seiner Strafe absitzt und dann ausgewiesen wird. Die Verteidigerin wollte erreichen, daß Hassan sofort in die Türkei entlassen wird, allerdings unter der Voraussetzung, daß ihm die türkischen Behörden Straffreiheit zusichern. Das haben sie nicht getan. Die einzige Hoffnung, die Hassan jetzt bleibt, ist, daß seine Revision Erfolg hat und bei einem neuen Verfahren eine geringere Strafe herauskommt. Die Aussichten für ein neues Verfahren stehen laut Ulrike Hill gut, weil sich das Gericht zahlreiche Formfehler hat zuschulden kommen lassen.

Wer näheres über Hassan wissen oder ihn unterstützen will, kann sich an das Eles-Solidaritätskomitee c/o G.Müller, Günthersburgallee 75, 6 Frankfurt wenden.

VERFAHREN GEGEN RAINER RECKE WURDE EINGESTELLT

GÖTTINGEN 2.März Am 24.2.1977 fand der Prozeß gegen Rainer Recke wegen „Nötigung" und „Widerstand gegen die Polizei" statt. Das Verfahren wurde eingestellt, jedoch muß Ray 200 DM Geldstrafe zahlen. Am 10.März soll Ray freikommen.

Anläßlich der Vorbereitung zum Prozeß sind Genossen/innen auf Mikis Theodorakis zugegangen, der am 20.2. in Göttingen ein Konzert gab. Auf diesem Konzert wurde eine Erklärung zum Fall von Ray vorgelesen und Flugblätter verteilt. Mikis Theodorakis widmete außerdem seine Lieder dem politischen Gefangenen Rainer Recke. Auch Dave Corner sang auf einer Veranstaltung für Ray Lieder. Im ID 151 haben wir bereits ausführlicher über Ray Recke berichtet (Psychiatrisierung eines politischen Gefangenen).

Göttinger Genossen haben uns vom Prozeß am 24.2. einen unheimlich langen Bericht zugeschickt, den wir jedoch nur auszugsweise wiedergeben können: In den ersten drei Stunden kämpften die Zuschauer um die Zulassung von mehr Öffentlichkeit und die Verteidigung lehnte den Richter (Stier) wegen Befangenheit ab.
Der Antrag wurde abgelehnt. „Zu donnerndem Applaus und Jubel im Gerichtssaal kam es, als eröffnet wurde,daß gerade ein Beschluß des OLG Celle in Rainers Vollstrekkungssache ergangen sei: der Beschluß über die lebenslängliche Verwahrung, den die 5.Strafkammer des Göttinger Landgerichts im September 1976 gefällt hatte – und den der heute verhandelte Prozeß nachträglich sichern sollte – war vom 1.Strafsenat des OLG Celle aufgehoben worden; der Senat hatte Rainers „bedingte Entlassung" für Mitte März beschlossen. Genossen ergriffen den Beschluß und lasen ihn für alle Anwesenden laut vor. In der Begründung – die unserer Ansicht nach ein Meisterstück an juristischen Verdrehungen und Verklausulierungen darstellt – hieß es:

„Gefahren für die Allgemeinheit sind nicht schon daraus herzuleiten, daß sich an Reckes politischer Einstellung und seiner Zugehörigkeit zu einer linksextremen Randgruppe nichts geändert hat ... Daß er, vor allem wegen seiner eigenen mißlichen Entwicklung,besonders sensibel für alles ist, was er aus seiner Sicht als sozial ungerecht, als Unterdrückung ‚unterprivilegierter' Personen und Gruppen empfindet, ist verständlich und ihm keinesfalls zum Vorwurf zu machen"

An dieser Stelle Unterbrechung durch lautes Gelächter der Genossinnen und Genossen...

„...Daß auf der anderen Seite die Bewältigung sozialer Veränderungen nicht störenden Extremisten anheimgegeben werden kann und darf, dieser Ansicht dürfte er sich bei seiner Intelligenz und seiner grundsätzlich kritischen (wenn auch wohl noch zu wenig selbstkritischen) Betrachtungweise auf Dauer nicht gänzlich verschließen können".
Der Staatsanwalt Göhmann erklärte, unter diesen Umständen sei die Staatsanwaltschaft mit einer Einstellung des hier verhandelten Verfahrens gegen Zahlung einer Geldstrafe einverstanden, wozu Rainer bemerkte, daß es denkwürdig sei, daß der Staatsschutz jetzt, wo er die lebendige Verwesung offenbar nicht vollstrecken lassen könnte, plötzlich auch in einer Sache auf ein Strafurteil verzichte, in der der Staatsschutz ihn zuvor noch als ‚psychopathischen Terroristen' und potentiellen Bullenmörder dargestellt hatte.

Nachdem sich die Verteidigung und Rainer Recke beraten hatten, erklärten sie sich mit einer Einstellung des Verfahrens

nicht einverstanden, weil klargestellt werden müsse, „daß Rainer Reckes Widerstand gegen die Isolationsfolter berechtigt und gerechtfertigt sei".

Gegen 12.15 konnte der SA Göhmann die Anklagen verlesen, justizielle Verdrehungen und Diffamierungen. Rainer wurde gefragt, ob er sich äußern wolle, wozu RA Tibbe gleich den Antrag stellte, ein Tonbandgerät der Verteidigung zur wörtlichen Protokollierung Rainers und seiner Erklärungen zuzulassen, was auch genehmigt wurde."

Mit Unterbrechungen (wobei er einmal besonders brutal in einen 2,5 m^2 ‚Pausenkäfig' geschleift wurde) las Ray dann seine Erklärung vor. Nach erneuten Auseinandersetzungen zwischen Zuschauern und Richter kam es zum Ausschluß der Öffentlichkeit. Mit Gewalt wurden die Genossen/innen hinausgeprügelt. Kurz danach stellte der Staatsanwalt den Antrag auf Einstellung des Verfahrens. Diesem wurde vom Richter nebst Geld‚buße' stattgegeben.

Wer Ray's Erklärung zur Person haben will, kann die über Archipel Buback c/o Rote Straße, Rote Straße 10, Göttingen gegen den Kopierpreis kriegen (102 Seiten,das wärn 10,5o + Porto.)

„...KEINE WAFFE IN DER HAND VON DR. ROTH GESEHEN"

KÖLN 3.März

DER 11.VERHANDLUNGSTAG - 18.FEBRUAR

Der 11.Verhandlungstag begann mit einem Befangenheitsantrag von Roland Otto, in dem er den Vorsitzenden Richter Draber wegen seiner offensichtlich willkürlichen Handhabung der Verteidigerdurchsuchung ablehnte. Karl-Heinz Roth schloß sich dem Antrag an.

Die Staatsanwaltschaft hielt den Antrag für unzulässig, weil die Angeklagten nur mit Unterstellungen und falschen Anschuldigungen arbeiteten, die nur der Verunglimpfung des ansonsten so souveränen Vorsitzenden dienen würden.

Wie von dem Gericht nicht anders erwartet, wies es den Antrag als teils unzulässig, teils unbegründet zurück. Zur willkürlichen Nichtdurchsuchung von Rechtsanwalt Hannover führte der Beschluß aus: „Die Maßnahme ist nicht von vorneherein sachwidrig oder falsch; wenn der abgelehnte Richter die Durchsuchungsanordnung nicht absolut schematisch handhabt, so handelt es sich um eine von ihm getroffene wertende Entscheidung, deren Zweckmäßigkeit oder Richtigkeit im Rahmen eines Ablehnungsantrages nicht überprüft werden kann."

Nach dieser Begründung stellte die Verteidigung den Antrag, die Hauptverhandlung für die Dauer von 10, hilfsweise 30 Tagen zu unterbrechen, um die Aufhebung der schikanösen Durchsuchungsanordnung durch das Bundesverfassungsgericht zu erreichen. Der Antrag wurde abgelehnt. Der Staatsanwalt Wilhelm beantragte daraufhin die Entpflichtung von RA Hannover als Pflichtverteidiger,weil dieser aus Protest der Hauptverhandlung ferngeblieben, d.h. nicht in den Sitzungssaal zurückgekeht war, sondern vor dem Saal wartete.

Anschließend wurde der Polizist Hoffmann zum Einsatz am 9.5.1975 weiter vernommen. Als zentraler Aussagepunkt läßt sich festhalten: „Ich habe keine Waffe in der Hand von Dr.Roth gesehen." Hoffmann korrigierte hiermit seine früheren Aussagen, in denen er sich nicht mit der gleichen Klarheit geäußert hatte. Er erklärte weiter,daß er auf den fliehenden Philip W.Sauber geschossen habe, da er seinen Kollegen Bruder gefährdet sah.

12.VERHANDLUNGSTAG – 24. FEBRUAR

Die Verhandlung begann mit der Verlesung der Beschwerde, die RA Hannover an das Bundesverfassungsgericht gerichtet hat, um die Diskriminierung der Verteidigerbehandlung auszuschließen. In der Beschwerde erklärte Hannover zum einen die politische Funktion der Verteidigerdurchsuchung und zeigte zum anderen die Hetzkampagne bestimmter Teile der Presse und der Staatsschutzorgane auf: „Ein Gericht, das in seinen eigenen Ängsten verstrickt ist, setzt Verteidiger, die es für potentielle Verbrecher hält, einem individuellem Terror aus, der bis zur Inkaufnahme der Verletzung ihrer körperlichen Integrität geht".

Im weiteren Prozeßverlauf wurde Polizeiobermeister (POM) Hoffmann weiter vernommen. Hoffmann beschreibt seinen Einsatz am 9.5.75 als Routinekontrolle,in deren Verlauf aus für ihn nicht einsehbaren Gründen (keine optische Wahrnehmung) die Schießerei begonnen hatte. Weiterhin erklärte er seinen Schußwaffengebrauch gegen Philip Sauber aus der Tatsache, daß er seinen Kollegen Bruder, bei dem er keine Waffe gesehen hat, in Lebensgefahr sah.

Besonders interessant die Umstände, mit denen in Köln Routinekontrollen von Polizisten in Zivil, nach Aussage von Hoffmann, durchgeführt werden können. POM Hoffmann erklärte, er ginge stets mit entsicherter und durchgeladener Pistole auf die mutmaßlichen Täter zu.(Wegen Eigensicherung")

14. VERHANDLUNGSTAG – 2.März

Am Anfang wurden die bei dem Polizeibeamten beschlagnahmten Unterlagen auszugsweise verlesen. In dem Aktendeckel befanden sich folgende Unterlagen:

1. Das 10 Seiten lange Vernehmungsprotokoll von Polizeizeuge Bruder am 15.5.75.
2. Ein Aufsatz aus einer bisher noch nicht bekannten Zeitung mit folgenden Überschriften: ‚Strafprozeßrecht und Strafverfahren / Situation von Zeugen und Sachverständigen, die der Polizei angehören." und „Prozesse gegen anarchistische Gewalttäter / Zur Stellung des Verteidigers in der Hauptverhandlung".
3. ‚Wichtige Hinweise', die als Anlage diesem Prozeßbericht wegen ihrer besonderen Bedeutung beigefügt werden, da es sich um spezielle Anweisungen an alle Polizeibeamten handelt, die in diesem Prozeß aussagen.

Die zu den Punkten 2 + 3 gehörenden Schriftstücke wurden von Draber verlesen. Die Verteidigung beantragte dann, die in Punkt 14 erwähnte Handakte zu beschlagnahmen. In Punkt 14 heißt es nämlich: „Im 1.K PP Köln (Polizeipräsident) liegt eine Handakte, auch die können sie (gemeint sind die Polizisten) einsehen."
Der Antrag wurde abgelehnt, da nach Auffassung des Gerichts ungeklärt war, ob durch das Bekanntwerden dieser Akte dem Wohl des Bundes oder einem deutschen Lande Nachteile bereitet würden (§ 96 StPO).

Dann wurde der Verfasser dieser Hinweise, der Polizeirat Sengespeik, der vorher von der Verteidigung benannt worden war, vernommen. Der Zeuge erklärte: „Am 11.1.1977 habe in Köln auf dem Polizeipräsidium eine Besprechung mit allen am 9.5.1975 beteiligten Polizeibeamten stattgefunden. Hierbei sei allen Zeugen ein Aktendeckel ausgehändigt worden, in dem sich die jeweilige Aussage vor der Kripo Köln und die unter zwei und drei bereits aufgeführten Aufsätze befanden.

Der Zeuge erklärte weiter, daß er die anwesenden Beamten auf die bereits erwähnte Handakte hingewiesen habe, in der sich alle Zeugenaussagen der Beamten vor der Kripo befinden. In dieser Akte würden sich auch weiterhin alle dem Gericht vorliegenden Lichtbilder befinden. Sengespeik erklärte die Motivation für sein Vorgehen sei seine Fürsorgepflicht gegenüber den Beamten gewesen, die

Beamten wären nämlich alle noch nicht in so einem Prozeß aufgetreten; in einem Prozeß, in dem Anwälte wie RA Hannover und ähnliche Verteidiger tätig sind. Wie diese Verteidigung eingeschätzt wird, zeigen Sengespeiks besondere Hinweise. Er wird am folgenden Verhandlungstag von der Verteidigung vernommen werden.

„Abteilung Schutzpolizei S I (G-2931/672) Köln den 7.1.1977. Wichtige Hinweise:

1. Ziehen sie bitte Zivilkleidung an; Ziffer 6 der VfdPO 14 (Anzugsordnung) läßt dies zu.
2. Nehmen sie keine Waffen mit, sie werden vor dem Gerichtssaal durchsucht.
3. Nehmen Sie Ihren Dienstausweis mit. Keinen Personalausweis. Vergessen Sie Ihre Vorladung nicht.
4. Hat das Gericht Ihre richtige Dienstanschrift? Wenn nein, sofort nachholen.
5. Hat Ihre Dienststelle ihre richtige Privatanschrift? Wenn nein, sofort nachholen.
6. Lassen Sie ihr Privatfahrzeug zu Hause. Wenn nicht, Sie müssen es nicht gerade unter den Augen möglicher Störer abstellen.
7. Lassen Sie sich nicht provozieren. Die Verteidiger werden dies versuchen, um Sie auch dadurch unglaubwürdig zu machen.
8. Sie müssen nicht auf alle Fragen antworten. Lehnen Sie ab , etwas über Ihr Geschlechtsleben,Ihre soziale Herkunft, Ihre Schulbildung, Ihre politische Einstellung zu sagen. Nutzen Sie die Möglichkeit, solche Fragen über den Vorsitzenden Dr.Draber stellen zu lassen.
9. Beachten Sie das Beiblatt ‚Aussagegenehmigung'. Sie müssen tatsächlich nicht immer antworten. Wenn Sie Zweifel haben, ob diese Frage Sie bei der Antwort in Kollision mit ihrer Begrenzten (!) Aussagegenehmigung bringt, verweigern Sie die Antwort und lassen Sie abklären, und zwar bei S I, ob diese Frage nicht zu einer Verletzung Ihrer Verpflichtung der Wahrung von Dienstgeheimnissen führen würde.
   Denken Sie daran, ein Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht die auch vor Gericht gilt, kann nicht nur nach § 64 iVm § 83 Landesbeamtengesetz disziplinarrechtlich, sondern unter Umständen auch strafrechtlich geahndet werden.
10. Haben Sie überhaupt Zweifel an der Zulässigkeit einer Frage, wenden Sie sich an den Vorsitzenden Richter mit den Worten: „Herr Vorsitzender, muß ich auf diese Frage antworten?"
11. Sagen Sie zu allem nach bestem Wissen und Gewissen aus. Wenn Sie etwas nicht oder nicht mehr wissen, sagen sie: „Das weiß ich nicht, darauf kann ich nicht antworten". Nicht kombinieren, Schlüsse ziehen oder etwas zusammenreimen, sie fallen damit bei diesen Verteidigern auf den Bauch.
12. Halten Sie sich im Gericht von anderen Zeugen fern, sprechen vor allem nach Möglichkeit nicht miteinander und wenn, dann über den 1.FC.Köln oder über den KSC. Sie werden vermutlich lange auf ihren Auftritt warten müssen, nehmen Sie ein Buch mit und lesen Sie.
13. Versuchen Sie nicht, zu leugnen, daß diese Vorbesprechung stattgefunden, sagen Sie aber auch wahrheitsgemäß, daß über den Gegenstand Ihrer Vernehmung nicht gesprochen wurde.
14. Es ist nicht verboten, daß Sie zur Erinnerung in Aufzeichnungen Einsicht nehmen, die in Ihrem Besitz sind. Beim 1.K PP Köln liegt eine Handakte, auch die können Sie einsehen!
15. Lesen Sie die beigefügten Anlagen. Sie erhalten wichtige Erkenntnisse.
16. Wichtig. Dieser Prozeß wird für Sie anders sein, als alle bisher erlebten. Dieser Prozeß ist anders! Aber: es darf Ihnen keine Angst machen, sie sind Polizeibeamter und stehen nicht zum ersten Mal vor Gericht oder im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Seien Sie sicher. Sie sind nicht Angeklagter! Auch wenn die Verteidiger versuchen werden, dies so zu verdrehen. Sie haben sich nichts vorzuwerfen. Sie haben rechtmäßig gehandelt. Sie sorgen mit Ihrer Dienstleistung für Sicherheit in unserem Staat, der es wert ist, daß Sie ihm dienen.
17. Wenn Sie Erkenntnisse, Schwierigkeiten oder Probleme haben, wenden Sie sich an mich, an das 1. oder 14.K oder an jede andere Polizeidiensstelle.

Im Auftrag Sengespeik Polizeirat".

Unterstützungsbüro für Roland Otto u. K.H. Roth
Glasstraße 80, 5000 Köln 30;Tel. 0221 / 52 05 79

GEPÄCKKONTROLLE IM MÜNCHNER HAUPTBAHNHOF

MÜNCHEN
März 1977

Dieser Tage schickte uns ein aufmerksamer Leser aus München einen Beitrag, den er in der „Süddeutschen Zeitung" (Nr. 35 vom 12. Februar) gefunden hat. Darin läßt sich SZ-Schreiber Günter Reder — ziemlich flach und müde — über den gar so schweren Dienst der Münchner Bahnhofspolizei aus, die sich dort als Plage von Pennern, Schwulen und Ausgeflippten profiliert. "Doch solche Eindrücke prallen halt auch nicht an unserer Uniform ab", klagt u.a. ein Beamter. „Die Kunden und die Aufgabe der Bahnpolizei: Es gilt, Fahrgäste ohne Ziel vom Bahnhof fernzuhalten, insbesondere 'Sittenstrolche'., die ihn zu ihrem 'Supermarkt' erkoren haben. Dazu kommt zunehmend auch der Service für die normalen Fahrgäste." (OjeOjeOje).

Daß sich die Beamten als Schwulenschreck ("Er stellt sich breitbeinig (der Polizist) neben den Eingang des Pissoirs, an den Rand des Waschbeckens und wartet dort eine Minute.") und als Kinderfänger. ("Am meisten haben sich die Beamten der Bahnpolizeiwache derzeit mit jugendlichen Ausreißern zu beschäftigen.") betätigen, ist zwar widerlich, aber nicht neu.

Daß sie ständig ihre Kompetenzen überschreiten, nimmt nicht wunder. (Laut Landesgerichtsentscheid endet ihr "Hoheitsgebiet" an der Bürgersteigkante des Hauptbahnhofs.) Dazu zitiert Reder den Polizisten Paul Plank: "Dessenungeachtet betreuen wir nach wie vor die Bahnhofsvorplätze . .. Niemand ist uns böse, wenn wir ihm die Arbeit abnehmen."

Daß die Bahnhofsbullen aber ein ganz neues Arbeitsfeld haben, erfährt der staunende Leser gegen Ende der Reportage:

„Aus vorhergegangenen Bombendrohungen hatten Bundesbahn und MVV schon vor einem halben Jahr ihre Konsequenzen gezogen: Einmal am Tag sperren Beamte der Bahnpolizei zu einem vorher nicht bekannten Termin alle fünf Eingänge zu den Schließfachräumen im Hauptbahnhof ab und durchsuchen jedes neu abgegebene Gepäckstück. Für die Bahnpolizisten nicht immer eine angenehme Pflicht: 'Manchmal stinkt es wie die Pest, wenn wir da aufmachen — verfaulte Lebensmittel, schmutzige Wäsche und weiß Gott was' erzählt ein Beamter."

Ja, wenn man seine Nase in alles stecken will, muß man sich auf was gefaßt machen. Also Leute, wenn ihr mal nicht mehr wißt, wohin mit euren dreckigen Socken: Ab damit, in den Münchner Hauptbahnhof.

POLIZEISCHNÜFFELEIEN BEI BUSSGELDVERFAHREN

WESTBERLIN
25. Februar

In Berlin wurde jetzt bekannt, daß auch Verkehrssünder in einigen Fällen ohne ihr Wissen polizeilich überwacht werden. Seitdem sich immer mehr herumgesprochen hat, daß man ein Bußgeldverfahren bei Verkehrsübertretungen abwimmeln kann, wenn man angibt, nicht selbst gefahren zu sein, schalteten die Richter die Polizei ein. Im letzten Jahr wurden in Berlin deswegen 40 % aller Bußgeldverfahren eingestellt. Das wurmte natürlich die Richter. In hektografierten Ermittlungsverfügungen wiesen sie die Bullen an, Hausermittlungen durchzuführen. Hausermittlungen heißt: die Polizei observiert das Haus, beobachtet, wann Herr X oder Frau Y gewöhnlich das Haus verlassen und mit dem Auto fahren, sie fragt bei Nachbarn nach, wer gewöhnlich wann mit dem Auto unterwegs ist und recherchiert auch beim Arbeitgeber (was natürlich einen sehr guten Eindruck für den Betroffenen macht). Was dabei sonst noch an Ermittlungsergebnissen herausspringt, ist bisher noch nicht bekannt. Woher auch, denn die Ermittlungen sollen hinter dem Rücken des Betroffenen stattfinden. Eine Befragung des Betroffenen sei „nicht erwünscht". Interessant auch noch,

daß das Gericht die Aussagen von Nachbarn, Polizisten oder Arbeitgebern als vertrauenserweckender einschätzt, als die des Angeklagten selbst. Auch wenn der Betroffene bestreitet, daß er gefahren ist, gilt die Aussage des Nachbarn, daß Herr X jeden Tag um diese Zeit mit dem Auto wegfährt. Protest gegen die Polizeistaatsmethode ist bisher nur von einigen Anwälten gekommen.

VIER SAVAK-AGENTEN IN BONN ALS RANGHÖCHSTE DIPLOMATEN GETARNT

BONN
3. März

In mehreren Städten der BRD hat die Conföderation Iranischer Studenten (CISNU) Aktionen des Protests gegen die Agententätigkeit des persischen Geheimdienstes SAVAK in der BRD und die Zusammenarbeit des bundesdeutschen Verfassungsschutzes mit dem SAVAK durchgeführt. In Hannover wurde am 3. März, in Bonn wird z.Zt. ein Hungerstreik durchgeführt, in Frankfurt ketteten sich CISNU-Mitglieder auf der Zeil an die eisernen Durchfahrtssperren einer Passage und verteilten Informationsblätter, in Hamburg wurde am selben Tag demonstriert, sechs Demonstranten wurden verhaftet.

Der unbefristete Hungerstreik in Bonn begann am 28. Februar in den Räumen der evangelischen Studentengemeinde. Die konkreten Forderungen lauten:
– sofortige Ausweisung der bisher erkannten, als Diplomaten getarnte SAVAK-Agenten in Bonn, Dadsetan, Parsakia, Djawan und Amir Khalili!
– Unterbindung der Tätigkeit des SAVAK in der BRD!
– Einstellung aller Kontakte der westlichen Behörden mit dem SAVAK!
– Einstellung aller Repressalien gegen die CISNU-Mitglieder!
– Freie und ungehinderte politische Tätigkeit für die CISNU!

Wenn die Bundesregierung von illegalen und kriminellen Betätigungen spricht, so verdeckt sie in Wirklichkeit ihre eigenen terroristischen Praktiken:
So hat z.B. die westdeutsche Polizei die Namensliste der Iraner, die an einer Protestaktion gegen das iranische Konsulat in München teilgenommen hatten, dem SAVAK übergeben. Am Tag darauf wurden alle diese Namen in der lateinischen Reihenfolge des Alphabe ts in den iranischen Zeitungen veröffentlicht. Nur die westdeutsche Polizei, die die Iraner bei dieser Aktion festgenommen hatte, war im Besitz dieser Namen.

In der iranischen Botschaft in Bonn sitzen seit Jahren SAVAK-Agenten, von denen 4 uns namentlich bekannt sind. Dadsetan, Parsakia, Djawan und Amir-Khalili, alle als hochrangige Diplomaten getarnt, sind im Führungsstab des westdeutschen Filiale des SAVAK; Dadsetan, ein Armeegeneral, ist der Chef dieser Filiale.

Daß es sich bei diesen 4 nicht um Diplomaten, sondern um Agenten des SAVAK handelt, geht aus geheimen SAVAK-Dokumenten, die die CISNU veröffentlicht hat, hervor. Ein Verdienst dieser Personen ist es, daß heute viele CISNU-Mitglieder in den Kerkerzellen des Schah sitzen und bestialisch gefoltert werden. Die Bonner Regierung, die natürlich von Anfang an die wirkliche Funktion der 4 „Diplomaten" kennt, gewährt ihrer Agententätigkeit den unantastbaren „Diplomatenschutz".

Die CISNU gibt offen zu, ein „Feind des Schah-Regime, das u.a. 60 000 Agenten unterhält, um im In- und Ausland jeden Widerstand mit brutalsten Methoden zu unterdrücken. Ihre Versuche, eine Öffentlichkeit herzustellen für ihre Situation und in ihren Aufenthaltsländern über deren wirtschaftliche und politische Interessenverflechtung mit dem Iran aufzuklären, sind in der BRD bereits keine politischen Freiheiten mehr: der Verfassungschutzbericht von 1975 führt die CISNU unter ‚sonstige terroristische Gruppen'.

NEUE KONFLIKTE IM JUGENDSOZIALWERK – zum Beispiel im Raum Frankfurt 1977 schon zehn Kündigungen –

Frankfurt (ID)
27. Januar

Die hier dokumentierten aktuellen Konflikte zeigen einmal mehr das typische Vorgehen des Verbandes 'Internationaler Bund für Sozialarbeit e. V. Jugendsozialwerk (IB)'. Ohne jedes Konzept ist der Verband unfähig, differenziert auf Problem- und Konfliktsituationen einzugehen. Statt Schwierigkeiten zu lösen, schreitet er jedesmal zur Radikalkur – Liquidation von Mitarbeitern und/oder totale Auflösung der Einrichtung. Dies alles geschieht nach der Devise, die als einzige deutlich zu erkennen ist: überleben um zu expandieren. Das heißt neue Arbeitsfelder werden nach ökonomischen Notwendigkeiten übernommen, aber auch wieder fallengelassen, schneller als in anderen Verbänden. Der Zusammenhang mit der Industrie wird nicht nur anhand der Namen im Vorstand deutlich, sondern auch sehr stark bei den Betriebswohnheimen, einer recht starken Finanzquelle des Verbandes (z. B. Opel, Ford). Wo es aus öffentlichen Geldern neue Mittel gibt, entstehen sofort neue Einrichtungen, beispielsweise für Arbeit mit „Spätaussiedlern" (Jugendgemeinschaftswerke werden über Bundesjugendplanmittel finanziert) oder mit jugendlichen Arbeitslosen (Förderlehrgänge, vom Arbeitsamt getragen).

Dies bedeutet für die Einrichtungen unter dem Druck der Hauptgeschäftsführung des IB (HGF) zum einen Wohlverhalten, ansonsten Stop der Bezuschussung, zum anderen bei Kürzung der Gelder für die Mitarbeiter Verlust des Arbeitsplatzes und damit einhergehend eine ständige Verunsicherung. In diesem Zusammenhang hat sich der IB jetzt durchgerungen, speziell für Kündigungen einen Rechtsanwalt einzustellen.

Neben den aktuellen Konflikten, die wir hier aufzeigen wollen, werden wir Material sammeln, was als Information über den IB veröffentlicht werden soll. Das Material bitten wir an den ID (nicht IB!!!) zu schicken, es wird dann weitergeleitet werden.

DIE AKTUELLE SITUATION IM FRANKFURTER RAUM

Januar 1977: Kündigung eines Mitarbeiters im Förderlehrgang „Baseler Platz", weil er sich angeblich 'verbandsschädigend' verhalten habe. Dieser hat Herrn Dominik, den Leiter des Baureferats innerhalb des IB, auf einer Betriebsversammlung kritisiert und später auf einer SPD-Wahlveranstaltung demals links eingestuften Juso Erhard Polzer, ehemaliger Einrichtungsleiter des Jugendwohnheims Zingelswiese in Frankfurt (ID Nr. 126 bis 128), der inzwischen nicht mehr im Verband arbeitete, widersprochen, der behauptete, Förderlehrgänge würden jugendlichen Arbeitslosen Perspektiven für die Arbeitswelt eröffnen: „Förderlehrgänge produzieren qualifizierte Hilfsarbeiter, mehr nicht!", worauf Polzer der HGF brieflich Mitteilung über das „Fehlverhalten" des Mitarbeiters machte.

Am Mittwoch nachmittag wurden in Frankfurt zwei besetzte Jugendhäuser mit großem Bullen- und Feuerwehraufgebot geräumt. Das Haus am Ziggelhüttenweg war von den ehemaligen Bewohnern seit Oktober besetzt und wurde in Selbstverwaltung geführt. Zehn Leute waren im Haus als die Bullen kamen und flüchteten aufs Dach, Dort wurden sie von den Bullen mit Feuerwehrleitern heruntergeholt. Alle zehn wurden vorläufig festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, einen Typen vom Jugendamt am Dienstag krankenhausreif geschlagen zu haben. Als offizielle Begründung für die Räumun g haben sie sich aisgedacht, daß das Haus akut „brand- und explosionsgefährdet" sei. Kein Wunder, der alte Träger, die katholische Kirche hatte sich seit Monaten geweigert, notwendige Reparaturen machen zu lassen.

Fotos: ID-Bilderdienst



Februar 1977: Schließung der „Zingelswiese"
Nachdem es den Jugendlichen und Mitarbeitern des Jugendwohnheims im Mai 1976 gelungen war, die Kündigung eines Mitarbeiters zu verhindern und ihren Heimleiter E. Polzer rauszuschmeißen (siehe auch ID 126 bis 128), wurde die Zingelswiese von der HGF mit Unterstützung der zuständigen Ämter buchstäblich ausgetrocknet:

1. Die schon unter Polzer längst fällige Renovierung wurde hinausgezögert, angeblich wäre kein Geld da, so daß sich der Zustand und die Atmosphäre im Haus zusehends verschlechterten.
2. Das Landesjugendamt verfügte im Mai 1976 einen Einweisungsstop für Jugendliche, so daß das Haus ständig unterbelegt war. Zum einen hatte dies finanzielle Folgen, zum anderen argumentierte die HGF später, sie könne kein Geld für die Renovierung, Umbau und Einrichtung locker machen, solange der Einweisungsstop noch bestehe. Das Landesjugendamt wiederum weigerte sich, den Einweisungsstop aufzuheben, solange keine baulichen Maßnahmen erfolgen würden (ID Nr. 163). Der Einweisungsstop wurde bis heute nicht aufgehoben.
3. Die Mitarbeiter machten den Fehler, von ihrer im Mai 1976 aufgestellten Forderung nach kollektiver Heimleitung abzugehen und sich als neuen Heimleiter von der HGF Ulrich Ginzel auf's Auge drücken zu lassen, der bis zu seiner Kündigung Ende 1976 im wesentlichen nichts anderes machte, als Spitzeldienste für die HGF.

Bei der Schließung des Jugendwohnheims zeigte sich einmal mehr die Politik des IB:

1. Den Jugendlichen, die bis zum 26. Februar das Haus hätten verlassen müssen, wurden zum großen Teil Ersatzplätze angeboten, die nicht existierten, und Wohnkollektive, die schon belegt waren. Oder es wurde ihnen zugemutet, wieder zu ihren (Groß-)Eltern zurückzukehren, zu denen sie schon seit einigen Jahren keinen Kontakt mehr hatten.
2. Bei der Kündigung der Mitarbeiter befand sich der IB in Beweisnot: allen acht Mitarbeitern wurde nicht 'betriebsbedingt' sondern 'verhaltensbedingt' gekündigt. Das heißt die ganze Misere der Sozialarbeit mußte herhalten, um daraus Gründe für das 'individuelle Fehlverhalten' jedes Mitarbeiters zu liefern, zum Beispiel 'Billigung von Beischlaf Jugendlicher', 'Fälschung von Quittungen', 'Billigung von Gewalttätigkeiten' und was sich die HGF noch so aus ihren Köpfen quetschen konnte. Als Clou hat sich nachträglich die HGF einfallen lassen, einer Mitarbeiterin zusätzlich fristlos zu kündigen. Daß auch dieser Grund an den Haaren herbeigezogen ist, zeigt sich an einem weiteren Mitarbeiter, dem aus demselben Grund fristlos gekündigt werden sollte. Der Kündigungsgrund konnte nicht aufrechterhalten werden, da der Mitarbeiter zur fraglichen Zeit nachweislich krank war (und das ist kein Trick!), so daß dieser Kündigungsgrund sogar der HGF zu absurd erschien und die Kündigung zurückgezogen wurde. Zu erwähnen ist noch, daß die fristlos entlassene Mitarbeiterin Sprecherin des Vertrauensleutekörpers der ÖTV-Betriebsgruppe Frankfurt ist. Inzwischen sind Renovierung und Umbaukosten für das Haus genehmigt — geplant ist ein Altenwohnheim.

Februar 1976: Kündigung von Mitarbeitern im Förderlehrgang Offenbach.
Anlaß: Die Schüler einer Gruppe des IB Förderlehrgangs — hier werden jugendlichen Arbeitslosen Grundfähigkeiten vermittelt, um sich an verschiedene Arbeitsvorgänge und einfachste Tätigkeiten flexibel anzupassen — demonstrierten zusammen mit Schülern der Berufsschule August Bebel (ABS) während der Unterrichtszeit gegen die Entlassung bzw. Versetzung zweier ihrer Lehrer. Die Schulleitung der ABS reagierte daraufhin mit Verweisen gegen einzelne Schüler. Die Gruppenbetreuerin dieser Gruppe und der Lehrer der ABS haben daraufhin die Eltern und Schüler ihrer Klassen eingeladen, um mit ihnen ein gemeinsames Vorgehen zu besprechen. Die betroffenen Schüler waren sich gemeinsam mit den anderen Schülern der Klasse, den Lehrern und einer Mutter als Delegierter einig, die Verweise zu verurteilen, und beschlossen, am nächsten Tag zum Schulleiter der ABS, Herrn Hartwig, zu gehen, um die Zurücknahme der Verweise zu fordern. Allein die Tatsache, daß die Gruppenbetreuerin mit der Klasse während der Unterrichtszeit zur Berufsschule ging, war der Anlaß für ein Dienstgespräch in der HGF mit der Kollegin, der 6 Stunden später ergangenen Suspendierung vom Dienst und Hausverbot sowie der späteren fristlosen Kündigung. Wie haben die Schüler darauf reagiert?
In einer Vollversammlung haben sie beschlossen, den Unterricht so lange nicht aufzunehmen, bis die Suspendierung und die Verweise zurückgenommen sind. Mit massiven Drohungen und Einschüchterungen wollte die Leitung des Förderlehrgangs die Jugendlichen von ihren Forderungen abbringen und zur Aufnahme des Unterrichts bewegen. Da es nicht gelang, die Empörung der Schüler gegen die Suspendierung einzudämmen, wurde der Lehrgang kurzerhand für eine Woche geschlossen. Der guten Verbindungen der HGF ist es zuzuschreiben, daß darüber in der „Offenbach Post" nichts veröffentlicht wurde.

Inzwischen wurde gegen die gekündigte Kollegin ein Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gestellt; ein Mitarbeiter, der sie unterstützte, wurde ebenfalls fristlos gekündigt, eine weitere Mitarbeiterin vom Dienst suspendiert, ein Hausverbot wurde ausgesprochen.
Wie reagierten die anderen Mitarbeiter in Offenbach?
Ein Großteil der Mitarbeiter — unter ihnen Mitglieder der DKP — scheuten sich nicht, das schmutzige Geschäft der HGF zu betreiben. Nicht nur, daß sie nicht den Kündigungen widersprachen, sie setzten sich sogar hin und sammelten emsig weiter Kündigungsgründe für die schon gekündigten drei Kollegen. Ihr Vorgehen begründeten sie mit „pädagogischen Differenzen". In einem Papier, das an HGF, Betriebsrat und andere Kollegen ging, steht's dann schwarz auf weiß: „Die Kollegen sind unpünktlich, unzuverlässig, wälzen Arbeiten auf andere Kollegen ab, halten sich nicht an Beschlüsse der Mitarbeiterbesprechung. Sie verschleppen Arbeitsaufträge, sabotieren sie, sind außerdem noch KBW-Mitglieder, rundrum pädagogisch unfähig, unverantwortlich, unkollegial usw. usw." Die gleichen Mitarbeiter, die dieses Papier verfaßten, und an anderer Stelle „Berufsverbot" auf ihre Fahne schreiben, scheuen nicht davor zurück, auch den Mitarbeitern der Zingelswiese pädagogische Unfähigkeiten und Chaotentum zu unterstellen und damit von Mitarbeiter-/Arbeitnehmerseite aus auch diese Kündigungen zu unterstützen.

Zum Schluß ist noch hervorzuheben, daß diese hier geschilderten aktuellen Konflikte im Raum Frankfurt nur ein ganz kleiner Teil der Machenschaften des IB sind. Ein Großteil der Unterdrückung, Disziplinierung und Bespitzelung, z. B. in den Opel, Ford und anderen angeschlossenen Wohnheimen ist zwar massiver, aber die Angst der hauptsächlich ausländischen Mitarbeiter dort verhindert, auch diese Konflikte zu veröffentlichen und sich zu wehren.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

Anschließend wurde das Heim an der Zingelswiese geräumt. **Auch hier hatten sich die Leute,** alte Heimbewohner und Leute vom Drop-In, einer Drogenberatungsstelle, die nicht wissen, wo sie pennen sollen, aufs Dach geflüchtet. Nach drei Stunden Verhandlung mit den Bullen und dem Jugendamt erzwangen sie sich freien Abzug. **Auf dem unteren Bild** steigen die Besetzer auf einer Feuerwehrleiter vom Dach runrunter. Im Haus sind schon lange die Bullen (Am Fenster im im dritten Stock). Zu den Hintergründen dieser Räumung siehe Artikel über **Jugendsozialwerk.**

DIE STADT VERKAUFT DAS JUGENDHAUS

WERTHEIM 20. Februar

Seit dem 22.3.76 besitzen wir von der Aktion Jugendhaus Wertheim kein Jugendhaus mehr. Das Haus in der Mühlenstraße 7 brannte damals aus (vgl. ID 118) und wir selbst wurden immer stärker vereinzelt, weil wir unser gemeinsames Zentrum, das das Jugendhaus trotz aller Mängel war, verloren hatten. Die Aktion Jugendhaus existierte bis zum 18. November 1976 nicht mehr als Jugendhausbewegung, sondern nur in einer Kerngruppe von 6 Leuten.

Bei einer Vollversammlung am 18.11.76 zu der über 50 Jugendliche erschienen waren, wurde uns von Seiten des Vorsitzenden des städtischen Trägervereins mitgeteilt, daß die Stadt kein Haus für die Jugendlichen habe. Vorausgegangen war eine dreimalige Terminverschiebung: zuerst wurde das ehemalige Gaswerk der Stadt (das ist das Gebäude, um das es geht) uns für Herbst 1975, dann für Frühjahr 1976 und letztlich für Herbst 1976 als Jugendhaus versprochen. Damals war dieses Haus der Vorwand, womit die Stadt es begründete, das besetzte Haus in der Mühlenstraße nicht auszubauen. Bei unserer Vollversammlung am 13.1.77 wurde ein erneuter Termin – nämlich der 10. März 1977 – genannt, zu dem in einer Stadtratsitzung über das Haus entschieden werde. Daß es sich hierbei um die in Wertheim bereits seit Jahren bekannte Hinhaltetaktik handelte, wurde spätestens am 24.1.77 klar: bei einer Bürgerversammlung fragten wir – nachdem wir an die Stadträte einen Offenen Brief mit der Geschichte der Verzögerungen, Versprechen und Lügen der Stadt verteilt hatten – wann wir das Gebäude des Gaswerks endlich als Jugendhaus bekämen. Die Antwort von Seiten des Oberbürgermeisters Scheuermann war, das Haus würde verkauft und die Stadt bemühe sich in einem bereits erschlossenen Sanierungsgebiet um neue Räume. Das heißt im Klartext: Vor zwei Jahren wieder kein Jugendhaus. Durch dieses Vorgehen wollen sie uns völlig aufreiben. Vorausgegangen waren etliche Widersprüche, die auch die Öffentlichkeit stutzig machen:

- o Am 13.1.77 besichtigte die SPD-Fraktion des Stadtrates das Gaswerk und erklärte der Presse das Haus sei für ein Jugendhaus geeignet, während Scheuermann (SPD) eine Woche später erklärte, das Haus würde verkauft. Öffentlichkeitsrummel und dann heimlicher Verkauf?
- o Die Stadt erklärte sie habe kein Geld für eine Sozialarbeiterplanstelle und für das Jugendhaus, während sie zur gleichen Zeit 200000 DM zum Fenster hinauswirft, indem sie ein im Zuge der Stadtsanierung für 350000 DM erworbenes Haus für 150000 DM verkaufte.

Die Stadt hat auch in diesem Jahr Angst vor einer Hausbesetzung, was in dem traditionellen 2-Jahres-Rhythmus die vierte wäre. Deshalb ist die Repression in diesem Jahr größer als die Jahre zuvor:

- o Uns wurde eine Öffentliche Halle für ein Embryo-Konzert verboten, mit der Begründung, die Stadt könne nicht kontrollieren, was mit den Gewinnen gemacht werde.
- o In den Schulen wurden die Lehrer angewiesen, unsere Flugblätter wieder einzusammeln, während der Vorsitzende vom Trägerverein freien Zutritt zu den Klassen hatte, um dort einen Fragebogen ausfüllen zu lassen, der als Argument gegen uns verwendet werden soll (z.B. nachweisen daß das Interesse an einem Jugendhaus gar nicht so groß sei, und deshalb die Stadt auch keines zu eröffnen brauche).
- o In einer Lokalzeitung werden Leserbriefe von uns verfälscht und Artikel zur Vollversammlung nicht abgedruckt
- o Zur gleichen Zeit läuft eine Integrationskampage in der Öffentlichkeit: die ASF (SPD-Frauen) verkaufen Kinderkleidung für Einrichtungsgegenstände im Jugendhaus und schauten sich JZ in Mannheim und Ludwigsha en (städtische) an

Durch diese vielen Widersprüche ist es für uns in diesem Jahr schwerer, eine neue Jugendhausbewegung in Gang zu bringen, zumal ein „Generationswechsel" innerhalb der Gruppe zusätzlich erschwerend hinzukommt.

Auf die Ankündigung des Verkaufs des Jugendhauses haben wir ein Flugblatt verteilt, einen Leserbrief geschrieben und wollen am 26.3.77 eine Aktion starten. Wir wollen dabei das Gaswerk bemalen und ein Fest dazu veranstalten. Den Verkauf werden wir nicht tatenlos hinnehmen, sondern unseren Anspruch an das Haus, damit zum Ausdruck bringen. Die Öffentlichkeit wollen wir durch die Stellwände und Presseerklärungen informieren. Am 5.März 1977 findet um 19 Uhr eine Rockfete in Wertheim (Turnhalle Luisenstraße)statt. Der Rock-Fete vorausgehen wird ein Treffen der JZ-Initiativen der Region Franken-Hohenlohe, das um 15 Uhr im ‚Waldhaus' stattfindet.

Für andere interessierte Gruppen haben wir ein Info-Blatt geschrieben, das gegen Porto 1,– DM (in Briefmarken) bei uns erhältlich ist. (DIN A 3 Format). Außerdem gibt es noch Exemplare unserer Dokumentation, die gegen 5;– DM + 1,– DM Porto (Vorauszahlung auf Konto Nr. 3806379 der Sparkasse Wertheim) erhältlich ist.
Kontaktadresse: Aktion Jugendhaus, Postfach 14, 6980 Wertheim.

WEITERE ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN GÖTTINGER STUDENTEN

GÖTTINGEN 1. März

Die Methode wird immer offensichtlicher: Die Abrechnung mit den Göttinger Streikaktivitäten (s. ID 158/159) gegen das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG, Ordnungsrecht, Bafögbeschränkungen etc.) läuft auf mehreren Gleisen. Zum einen richtet sie sich direkt gegen die, die die Bewegung mitgetragen haben, zum anderen soll sie durch Einschüchterungen vorbeugend auf neue Aktivitäten wirken und drittens werden die Ereignisse von der CDU im Hannoveraner Landtag ausgenutzt, um das ins Haus stehende NHG noch zu verschärfen: Durch den Landtag geisterte die story – erzählt von einem CDU-Abgeordneten – bei der Kuratoriumsaktion am 12.1. seien die Studenten in Massen über die Dächer ins Haus geströmt (tatsächlich war nur ein Student auf ein Vordach geklettert, um den Fachbereich Wirtschaftswissenschaften auf die draußen auf Öffentlichkeit wartenden Studenten mit Klopfen ans Fenster aufmerksam zu machen.

Nachdem nun zunächst gegen 7 Studenten wegen der Sprengung des Fachbereichsrates Wirtschaftswissenschaften Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet wurden, sind mittlerweile gegen 5 AStA-Vorsitzende aus den Jahren 1971 bis 1974 und die jeweiligen Finanzreferenten Ermittlungen wegen Untreue (Höchststrafe: 5 Jahre) eingeleitet worden. Es geht um die Finanzierung von Flugblättern „allgemein-politischen Inhalts, also um einen Angriff auf das Politische Mandat der Verfaßten Studentenschaft. Vorausgegangen sind „Beanstandungen" des Landesrechnungshofes, nachdem ein RCDSler sich an eine der höheren Stellen gewandt hatte und seine Mutterpartei ihn dabei unterstützte. Zum ersten Mal in der BRD werden ehemalige AStA-Referenten wegen Wahnehmung des Politischen Mandats mit Strafverfahren bedroht, bislang wurde „nur" auf zivilrechtlicher Ebene vorgegangen (strafrechtlich: im Verurteilungsfall gilt man als vorbestraft).

Als auch noch die Mitglieder des letzten AStA zur politischen Polizei vorgeladen wurden wegen Zeugenaussagen in einer Sachbeschädigungssache (es handelte sich um die Kennzeichnung des gelben Käfers von RCDS von Schkopp mit roter Farbe) waren nun schon mehr als 2 Dutzend Studenten betroffen.

Eine Demonstration durch die Göttinger Innenstadt mit Masken und bemalten Gesichtern als Spitzelschutz wurde von rund 2000 Demonstranten am letzten Semesterdienstag mit der For-

derung nach Einstellung aller Ermittlungsverfahren gemacht. Aus einer anschließenden symbolischen Begehung des Rektorats wurde nichts, der Rektor war mal wieder nicht anwesend. Stattdessen rückten mehrere Mannschaftswagen der Bullen mit voller Kampfmontur an. Die Studenten zogen daraufhin um den Block vor das Kuratorium und 2 Leute beseitigten mit Zangen den Nato-Stacheldraht, der nach dem „massenhaften Eindringen über die Dächer" auf dem kleinen Vordach angebracht war. Als einer der Demonstranten die Forderung „Weg mit den Ermittlungsverfahren" unter das Fenster schreiben wollte, schoß ein Bulle mit der Chemical Mace. Daraufhin flog Blumenbeeterde und vier kleine Scheiben gingen zu Bruch.

Der Stacheldraht wurde noch für weitere Aktionen benutzt — auf der Abschlußkundgebung drapiert um den Gänselieselbrunnen, das Göttinger Warzeichen, zur Ausmalung der Einschränkung der Rechte und am nächsten Tag vor der neuen Mensa zur Mobilisierung für die Demo in Brokdorf.

Der Aufhänger in der Lokalpresse ein Kurator-Auswurf:„Ich bin erschrocken über die noch nie dagewesene Gewalt." Ganz beiläufig wird dann noch erwähnt, von wem die Provokation ausging:„Die Polizei setzte die Chemische Keule ein. Daraufhin schmissen einige Studenten mit Steinen." Fotos mit maskierten Demonstranten wurde zum Anlaß genommen nach 5 Jahren zu spekulieren:„Anscheinend fängt die Angst vor den Berufsverboten nun auch in Göttingen an, um sich zu greifen."

ZUM GEPLANTEN GEW-AUSSCHLUSS VON PROF. SIGRIST

BOCHUM
März 77

Prof. Christian Sigrist soll aus der GEW ausgeschlossen werden. Der Landesausschuß fordert dieses mit der Begründung, daß Sigrist Mitglied des „Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der Bundesrepublik Deutschland" sei. Sigrist lasse das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung vermissen, er leugne in seinen Äußerungen den kriminellen Charakter der RAF, und das sei gewerkschaftsschädigend.

Der GEW-Stadtverband Münster protestierte gegen den Ausschlußantrag und gegen die „in der Tendenz gewerkschaftsschädigende Weise" des Landesverbandes, den Ausschluß „von oben' durchsetzen zu wollen.

Dieser Schritt ist eine weitere Attacke gegen Sigrist, die sein Berufsverbot vorbereiten soll.Das Verfahren wegen „Verunglimpfung der Bundesrepublik" läuft jetzt in der 3. Instanz. Sigrist hatte in einer Presseerklärung (am 29.6.74) die „Aufklärung des Mordes an Günter Routhier" gefordert. G. Routhier war bei der polizeilichen Räumung einer Arbeitsgerichtsverhandlung in Duisburg Anfang Juni 1974 als Zuschauer von der Polizei schwer verletzt worden und an den Folgen der Verletzung gestorben. Dies ist inzwischen durch das gerichtsmedizinische Gutachten von Prof. Krauland (Berlin) nachgewiesen. Dazu kommt ein Disziplinarverfahren durch das Wissenschaftsministerium von Nordrhein Westfalen.

Es ist bemerkenswert, daß der „Fall" Sigrist im Ausland besonders aufmerksam beobachtet wird. Auf einer Pressekonferenz am 24. Februar in Düsseldorf zeigte sich, daß die Presse in Holland und Skandinavien offenbar interessierter ist als die in der Bundesrepublik.Es kamen u.a. „Dagens Nyheter", „Arbeted" und das „Sydsvenska Dagbladet".

Anläßlich dieser Pressekonferenz wurde die neue „Dokumentation über die Angriffe gegen Prof. Sigrist" verteilt, die inzwischen über die ESG Bochum bezogen werden kann.

Adresse: Evangelische Studentengemeinde Bochum Sigrist-Solidaritätskomitee, Querenburger Höhe 287, 4630 Bochum.

STUDENTEN BESETZEN WOHNHEIM

TÜBINGEN
2. März

Seit Sonntag, dem 27. Februar 1977, halten etwa 100 Studenten das Martinsstift, Münzgasse 13, in Tübingen besetzt.

Das Haus gehört der Corbian-Fickler-Stiftung , die es dem Studentenwerk in Erbpacht für 75 Jahre überlassen hat. Die Uni will das Haus illegal in Besitz nehmen — laut Stiftungszweck soll es jedoch ausschließlich zur Unterstützung von „sozial schwachen" Studenten genutzt werden.

Die Universität Tübingen plante mit einem Aufwand von 1,5 Mio DM dieses Wohnheim in der Tübinger Altstadt in ein Seminargebäude umbauen zu lassen. Zwar stimmen wir mit der Universität in der Auffassung überein, daß für ein sinnvolles Studium entsprechende räumliche und personelle Möglichkeiten notwendig sind, aber die Alternative Wohnraum oder Lernraum, wie sie Universitätspräsident Adolf Theis in einer dpa-Meldung formulierte, muß als bewußte Falschmeldung interpretiert werden. Angesichts der Tatsachen, daß in Tübingen Wohnraum für über 5.000 Studenten fehlt, die Mieten für Zimmer in der Stadt teilweise über 150,-- DM liegen oder bei einem Zimmer außerhalb wegen miserabler Verkehrsverbindungen die Anschaffung eines Autos notwendig wird, muß die geplante Vernichtung von Wohnraum durch die Universität Tübingen nicht nur auf's Schärfste verurteilt werden, sondern hier tritt eine Pflicht zum aktiven Widerstand ein.

Um einer polizeilichen Räumung des Hauses, wie sie der Vertreter der Universität Tübingen, Dewes, angekündigt hat, vorzubeugen, hat das Studentenwerk e. V. trotz der ungeklärten Rechtslage Mietverträge mit den Besetzern des Hauses abgeschlossen, die die Besetzung legalisieren. Dennoch ist die Gefahr der polizeilichen Räumung noch gegenwärtig, zumal in den beiden Nächten, besonders aber in der Nacht von Montag auf Dienstag Provokateure durch Lärm während der ganzen Nacht (bis sie gegen 4.00 Uhr morgens freiwillig im Streifenwagen der Polizei verschwanden) ein Klima zu schaffen versuchten, das die Isolierung der Besetzer von den umliegenden Hausbewohnern ermöglicht und eine illegale Räumung durch die Polizei rechtmäßig erscheinen lassen könnte. Neben lautem Krakelen terrorisierten diese Provokateure die Hausbesetzer und die Nachbarschaft des Hauses durch das Einwerfen von Fensterscheiben mit faustgroßen Steinen über die Dauer von mindestens 1 1/2 Stunden, obwohl die Polizeiwache nur 200 m entfernt liegt.

Die Besetzer versuchen, mit dem Bau von Sicherungsanlagen im Haus einer illegalen polizeilichen Räumungsaktion entgegenzuwirken.

DEKAN EINGESPERRT — SITZUNG GESPRENGT ASTA BESETZT

BIELEFELD
22. Januar

Ein Bielefelder schreibt:
Wenn ich den ID so lese, habe ich oft das Gefühl, in der Provinzmetropole Bielefeld passiert so gut wie nichts, obwohl wir mittlerweile eine riesige pothäßliche, neuerbaute Uni haben, es ein Frauenzentrum, ein selbstverwaltetes JZ, das STADTBLATT und eine ganz gute Kneipe gibt. Nun, folgendes tat sich Mitte Februar:

An der Soziologie-Fakultät sollte ein neuer Mitarbeiter ausgewählt werden. Um zu verhindern, daß der Dekan seinen Favoriten der Auswahlkommission schmackhaft macht bzw. dieselbige unterDruck setzt, wurde er von Soziologiestudenten über 4 Stunden in seinem Dekanat eingesperrt. Kurz vor der Auswahlsitzung gings mit Gesang und Guitarre zum Sit-

zungsraum, wo der Dekan stinksauer mitansehen durfte, wie der Kandidat der Studenten das Rennen machte.

Das Oberstufenkolleg (OS), einziger staatlicher Versuch der „Schule der Zukunft" in Nordrhein Westfalen, sollte eine neuer Satzung kriegen. Bisher gehts bei uns relativ demokratisch zu, die Kollegiaten haben weitgehende Mitbestimmungsrechte und Freiheiten. Das soll anders werden: Am Mittwoch (16.2.) wollte der Senat der Uni (das OS ist ein Institut der Uni) eine neue, den Forderungen der Prof's und Ministerien Rechnung tragende Satzung verabschieden, gegen den Willen und die Änderungsanträge des OS. Um die Anträge des OS, die die jetzt bestehenden Rechte aller Mitarbeiter sichern, etwas zu unterstützen, besuchten ca. 500 der 700 am OS arbeitenden Kollegiaten und Lehrenden die Sitzung — und siehe da, was vorher unmöglich und „juristisch" nie machbar war, ging plötzlich ganz einfach — alle unsere Forderungen wurden erfüllt. Vorangegangen war dieser Aktion eine breite, gründliche und inhaltliche Mobilisierung der Kollegiatenschaft, mit Erfolg, wie's aussieht!

Der Bielefelder ASTA (MSB, SHB) wollte sich trotz eines Beschlusses von 300 zu 70 bei einem Teach-In, nach Brokdorf und nicht nach Itzehoe zu fahren, nicht so recht an diesen Beschluß halten und lieber nach Itzehoe mobilisieren. Er berief sich dabei auf eine Fachschaftsleiterkonferenz vom Montagabend, auf der eine Mehrheit für Itzehoe war Das Irre ist, daß der ASTA zu Beginn der Teach-Ins erklärt hatte, er werde sich an den Beschluss halten, nachher sah das alles ganz anders aus. Am Mittwoch Mittag zogen daraufhin ca . 70 Leute zum ASTA-Büro, beklebten die 8 m lange Scheibenfront des Büros mit Brokdorf Plakaten und besetzten den ASTA. Bei der anschließenden Diskussion in der Uni-Halle hat der Asta derbe einen drüber gekriegt, er versprach, für Brokdorf aufzurufen (allerdings auch für Itzehoe) und eine VV einzuberufen. Der Aufforderung der ca. 300 versammelten Studenten, zurückzutreten, kam er bis jetzt leider nicht nach! Noch ein Tip: Bei solchen Aktionen ist's gut, sich ein Megaphon zu besorgen, weil die ASTA-Typen immer eins haben und euch dann niederbrüllen!

Daher die aktuellen Forderungen aus Bielefeld:
1. Wenn Euch die Dekane dumm kommen — einsperren, toben lassen!
2. Wichtige Sitzungen, wo's gegen Euch geht: Alle hin, sprengen!
3. Macht der MSB-ASTA wieder mal Mist, besetzen, eins drüber, nix gefallen lassen!

Falls sich irgendwelche Pädagogen oder so für oben angesprochenes Oberstufenkolleg interessieren, Kontaktadresse:
Hartmut Ciesla, Wertherstr. 432, D - 4800 Bielefeld 1

KIRCHE VON FRAUEN BESETZT

AACHEN
3. März

Am 25. Februar, dem 2. „Jahrestag" der Urteilsverkündung des BVG zum § 218 hielten 50 Frauen der Aachener Frauengruppe und einige Männer eine Kirche in der Aachener Innenstadt symbolisch für drei Stunden besetzt. Sie schickten uns folgenden Bericht:

„Wir wollten damit an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) erinnern, mit dem vor zwei Jahren die Neufassung des § 218 als Fristenregelung für verfassungswidrig erklärt wurde.
— Wir wollten zeigen, daß unser Kampf gegen den § 218 trotz dieses reaktionären Urteils des BVG und trotz des sogenannten „neuen" Paragraphen nicht zu Ende ist.
— Wir wollten deutlich machen, welche Rolle der Institution Kirche in der Auseinandersetzung um die Beibehaltung des 218 gespielt hat und in der Handhabung des „neuen" § 218 weiter spielt.

Die meisten Aachener Krankenhäuser sind konfessionell gebunden und weigern sich, Abtreibungen durchzuführen. Nur in der Uni-Klinik werden zur Zeit Schwangerschaften abgebrochen. Der Chefarzt der Gynäkologie akzeptiert als Gutachter nur „Ärzte seines Vertrauens". Jede Indikation wird nochmals überprüft und auch wenn sie akzeptiert wird, kann der Arzt sich weigern sie durchzuführen.

In der Zwischenzeit sind mehrere Fälle bekannt geworden, wo Frauen, die eine Indikation bekommen haben, vom Klinikum abgelehnt worden sind. Im Klinikum werden Schwangerschaftsabbrüche durch Ausschaben bei Vollnarkose durchgeführt, danach müssen die Frauen noch ca. 4 Tage im Krankenhaus bleiben.

Im benachbarten Holland zum Beispiel wird in den ersten drei Monaten die wesentlich ungefährlichere und schonendere Absaugmethode angewandt. Das beweist, daß auch nach Inkrafttreten der Indikationsregelung Frauen ein Schwangerschaftsabbruch so schwer wie möglich gemacht wird. Sie finden häufig keinen Arzt, der ihnen eine Indikation ausstellt, geschweige denn ein Krankenhaus, das die Abtreibung durchführt.

Wir versuchten nicht nur mit der Kirchenbesetzung auf diese Tatsache hinzuweisen, sondern standen auch mit Transparenten und Megaphonen vor der Kirche und sangen Frauenlieder. Dadurch gelang es uns, die Aufmerksamkeit und Neugier der Vorübergehenden auf uns zu ziehen, so daß die Flugblätter, die wir auf den umliegenden Strassen verteilten, auch gelesen wurde.

Wir werden uns auch weiterhin nicht mit der „Neuregelung" des § 218 zufrieden geben, sondern fordern die ersatzlose Streichung des § 218. Für das Selbstbestimmungs recht der Frau.

Anmerkung: Die Dauer der Besetzung war von Anfang an klar, also ungefähr drei Stunden. Die Kirchenleitung hat versucht, zunächst uns auf ein Jugendheim abzuwimmeln un d dann mit der Polizei gedroht. Die erschien auch in Gestalt einiger Ziviler und Fotographen, die eifrig ihrem Job nachgingen. Gewalt haben sie aber nicht angewandt."

Kontaktadresse: Frauengruppe Aachen, 51 Aachen, Schmiedstr. 3, Tel.: 0241/35519

POLIZEI GEGEN ZIVILDIENSTLEISTENDE

FRANKFURT
24. Februar

Der Bürgermeister Gräf Haus (BGH) in Frankfurt ist ein städtisches Alten-, Pflege- und Kinderheim, indem zur Zeit ca. 17 Zivildienstleistende beschäftigt sind. Sie werden in den verschiedensten Arbeitsbereichen eingesetzt. Zum Beispiel in der Gärtnerei, in der Spülküche, in der Küche und im Versorgungsdienst für das Haus. Der Hauptteil der ZDLs wird jedoch im Altersheim eingesetzt — entweder auf den sogenannten Rüstigenstationen oder auf Pflegestationen. Weiterhin gibt es noch drei Stellen im Bereich Kinderheim.

Die Situation der Zivildienstleistenden zeichnete sich schon immer durch ein ausgesprochen schlechtes Verhältnis zur Verwaltung des Heimes aus, die gleichzeitig vorgesetzte Dienststelle ist. Sanktionen wie interne Versetzungen, Entzug des Nachtausganges nach 23 Uhr, Entziehung der Heimschlaferlaubnis und willkürliche Anordnung von Überstunden gehören zum Alltag aller Zivildienstleistenden im BGH.

Man kann also zusammenfassen, daß es genug an Konfliktpotential im BGH gibt, und die Zivildienstleistenden immer mehr begreifen, daß man sich gegen diesen ständigen Druck nur durch eine geschlossene Zusammenarbeit zur Wehr setzen kann. Um zu einem Informationsaustausch zu kommen, wurden und werden demnächst unverbindliche Zusammenkünfte

unter den ZDLs organisiert, weiterhin die Zusammenarbeit mit der SO (Selbstorganisation der Zivildienstleistenden) verstärkt ebenso wie die Mitarbeit im Arbeitskreis der pädagogischen Mitarbeiter in der ÖTV-Betriebsgruppe im Kinderheim

Daß dies nicht so einfach ist, wurde sehr deutlich am 16.2. Zwei Zivildienstleistende, die innerhalb ihrer Freizeit an einer Sitzung der ÖTV-Betriebsgruppe im Kinderheim teilnahmen, wurden, so unglaubwürdig das auch klingen mag, von ihrem Dienststellenleiter aufgefordert, diese Sitzung zu verlassen. Da sie dieser Aufforderung nicht nachkamen, wurden sie schließlich mit Hilfe von zwei Polizeibeamten gezwungen, die Sitzung zu verlassen.

Nachdem zwei Tage später diese Maßnahmen auf ihre Rechtsgrundlage hin überprüft wurden, stellte sich sehr schnell heraus, daß Zivildienstleistende sehr wohl ein Recht auf gewerkschaftliche Betätigung während ihrer Freizeit haben, — was auch der kleinlaute Dienststellenleiter des BGH einräumen mußte.

Wichtig hierbei ist nur eines: Anhand dieser übereilten Maßnahme, nämlich ZDLs mit der Polizei aus Gewerkschaftsveranstaltungen rauszuholen, wird klar, daß es eine panische Angst davor geben muß, wenn sich Zivildienstleistende organisieren.

Dagegen hilft nur eins: Sich organisieren. Und weiterarbeiten in den Bereichen die oben bereits genannt wurden: Im BGH selbst, in der Selbsthilfeorganisation der Zivildienstleistenden und in der Betriebsgruppe der ÖTV im Kinderheim.

SOZIALE PARTNERSCHAFT BEIM toom-MARKT — MIT GÄNGSTERMETHODEN GEGEN BETRIEBSRAT

TAUNUSSTEIN
23. Februar

Der Fall ist durch die bürgerliche Presse gegangen: der 23 Jahre alte Walter Zaschke, Warenannahmeleiter bei der Lebensmittelfilialkette toom in Taunusstein bei Frankfurt, Betriebsratsvorsitzender, sollte mit Hilfe einer fingierten Rauschgift-Affäre entlassen werden. Ein Detektiv, früher Hauptmeister bei der Frankfurter Kripo, stellte die Falle. Er legte in ein Schließfach im Frankfurter U-Bahnhof Hauptwache eine Tasche mit einem geladenen Trommelrevolver, Morphium und Spritzen. In der Innentasche steckte ein Zettel mit der Adresse von Walter Zaschke. Dann verständigte er die Polizei. Als er später selbst reingefallen war, nannte er seine Hintermänner: den „toom"-Geschäftsführer Siegfried Hübner und dessen Assistent Dieter Hoffmann: „Die haben mich gerufen und gesagt, wenn ich den Kerl wegkriege, kriege ich 3000 Mark und Anschlußaufträge im Wert von mindestens 50000 Mark." Am 1. Februar entließ die Rewe Handelsgesellschaft Leibbrand OHG, der „toom" gehört, die Übereifrigen mit der Begründung:

„(...) wenngleich die geschäftsleitung nach dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen annehmen muß, daß beide Mitarbeiter keine strafrechtlich relevanten Tatbestände zu vertreten haben werden, so bleibt für sie der begründete Verdacht, daß beide Mitarbeiter direkt oder indirekt den Detektiv beauftragt haben, den Betriebsratsvorsitzenden des toom-Marktes Taunusstein zu beschatten und ihn zu belastendes Material zu sammeln ..." (Auszug aus einem Aushang der Geschäftsleitung)

Über die Hintergründe des mißlungenen Rausschmisses haben Leute vom ID mit Walter Zaschke gesprochen: In den meisten Berichten, sagt Walter Zaschke, die in den Medien erschienen sind, sind die Hintergründe nicht berücksichtigt worden. Immer ist es als Fall dargestellt worden, immer ging es nur um die Sensation. Der Hintergrund wird dargestellt durch die Arbeit der Betriebsgruppen im Bereich der Handelskette, zu denen auch die toom-Märkte gehören. toom-Märkte gibt es 25, der größte Teil ist in Hessen, der Rest übers ganze Bundesgebiet verstreut. Sie existieren erst seit etwa 1970, seither haben sie sehr stark expandiert. Die toom-Verbrauchermärkte gehören zur Rewe-Handelsgesellschaft (RHG) Leibbrand OHG-Gruppe. Dazu gehören noch weiter Penny, Bon, HL-Märkte und Latscha. Verbunden sind Penny, Bon und HL-Märkte zusammen, Latscha und toom sind organisatorisch eigenständig. Doch alle Märkte sind zentral organisiert. Inhaber ist Willy Leibbrand. Der jährliche Gewinn wird aufgeteilt zwischen ihm und der REWE-Handelsgesellschaft. Es gibt nur noch wenig große Marktketten wie die RHG, eine davon ist Tengelmann, zu der noch Kaisers gehört.

Die Entwicklung der Betriebsgruppen bzw. deren Aktivierung hat vor drei, vier Jahren begonnen, als auf dem Gewerkschaftstag der HBV (Handel, Banken und Versicherungen) festgelegt wurde, daß die Betriebsgruppen eine größere Funktion übernehmen sollten, insbesondere auch die Arbeit der Vertrauensleute. Im Rhein-Main-Raum ist daraufhin insbesondere von der Wiesbadener Gewerkschaftsstelle eine ziemlich starke Aktivität ausgegangen. (Gerade in der HBV waren die Betriebsgruppen noch nicht so weit entwickelt wie in vielen anderen Gewerkschaften). Jetzt gibt es im Raum Wiesbaden innerhalb der HBV die meisten Betriebsgruppen.

Die Forderungen, die von der Betriebsgruppe bei toom-Taunusstein gestellt worden sind, so Walter Zaschke, sind nach dem Betriebsverfassungsgesetz korrekt; die Forderungen gehen darauf zurück, daß das Betriebsverfassungsgesetz erst einmal ausgeschöpft werden soll.

STREIT UM DIE BETRIEBSVERSAMMLUNG

Einer der Streitpunkte ist die Betriebsversammlung. Sie kann nach dem Betriebsverfassungsgesetz (BVG) während der Ladenöffnungszeiten abgehalten werden. Dabei ist der Unterschied zwischen Arbeitszeit und Ladenöffnungszeit wichtig, weil die Arbeitszeit über die Ladenöffnungszeit morgens und abends hinausgeht und es gerade darum ging, die Betriebsversammlung während der Ladenöffnungszeit abzuhalten. Es gibt ein Urteil des Berliner Arbeitsgerichtes, das diese Auslegung des BVG bestätigt. Aber selbst Berliner Gewerkschaftsgruppen haben Schwierigkeiten, dieses Urteil an Ort und Stelle durchzusetzen. Die Haltung der Geschäftsleitung ist die, daß die Belegschaft die Betriebsversammlung zwischen acht und neun Uhr morgens oder eben abends nach Ladenschluß abhalten könnte. Ein anderer Vorschlag der Geschäftsleitung war: die Betriebsversammlung nicht mit der ganzen Belegschaft durchzuführen, damit der Laden ständig geöffnet bleibt. Die Gewerkschaftler hielten dagegen, daß die meisten Arbeitnehmer nur während der Ladenöffnungszeiten da sind und daß es wichtig ist, mit der ganzen Belegschaft zusammen die Betriebsversammlung abzuhalten und nicht nur mit Teilen. Ein weiteres Argument der Geschäftsleitung war daß die wirtschaftliche Situation ein solches Verfahren nicht zuläßt. Doch solange der Sohn von Leibbrand, der Auszubildender in der Zentrale in Rosbach ist, seinen 924er Porsche fährt, kann die wirtschaftliche Situation nicht so schlecht sein.

WER WÄSCHT DIE ARBEITSKLEIDUNG

Ein weiterer Konflikt entstand dadurch, daß die Geschäftsleitung durch Bekanntgabe verfügt hat, daß die Arbeitnehmer ihre Kittel selbst waschen und auch mehrere Kittel selbst kaufen und zahlen sollen. Das war im Frühjahr 1976, da kam diese Arbeitsanweisung. Diese Entscheidung ist aber mitbestimmungspflichtig, und der Betriebsrat hat es abgelehnt. Es ist auch so, daß im Augenblick ständig Sozialleistungen abgebaut werden im Handel, zum Beispiel bei Hertie, Karstadt oder Horten werden die Personalrabatte drastisch gesenkt und von Kollegen ist zu erfahren, daß bei Tengelmann auch die Arbeitskleidung selbst gewaschen werden soll, wenns nach der Geschäftsleitung geht. Der Betriebsrat kann dies, wie bei toom aber verweigern. Aber nur vier toom-Märkte im Raum Hessen haben es abgelehnt, die Arbeitskleidung selbst zu waschen, die meisten haben es stillschweigend eingesteckt.

DIE INVENTUR

Dann gab es eine Anweisung der Geschäftsleitung betreffs die Inventur am Jahresende. Und zwar sollte die Inventur am 31.12. und am 2.1. stattfinden. Der 2.1. war ein Sonntag. Der Betriebsrat hat beide Termine abgelehnt mit dem Argument, daß im Dezember bereits vier volle Samstage durchgearbeitet worden ist und daß diese Arbeit am Sonntag unzumutbar ist. Walter Zaschke: „Da hab ich rumtelefoniert, wie die anderen Märkte dazu stehen. Dabei ist rausgekommen, daß Leute von der Geschäftsleitung hingelaufen sind zu den einzelnen Märkten und immer gesagt haben, es seien schon zehn andere Märkte, die zugestimmt hätten und da könnten sie ja nicht zurückstehen. Die Geschäftsleitung ist dann auf meine Aktivität aufmerksam geworden und hat gesagt, ich soll die Telefoniererei lassen und mich um meinen eigenen Markt kümmern. In einem Gespräch mit Vertretern der Geschäftsleitung wurde mir gesagt, es gäbe Zeugen, daß ich die Märkte aufgewiegelt hätte, überhaupt keine Inventur zu machen. Ich hab aber nicht aufgegeben und das Ergebnis war, daß sich 15 Märkte geweigert haben, an diesen beiden Tagen wie gewünscht Inventur zu machen, ein paar waren unentschlossen, haben die Forderung aufgestellt: 120 Mark bar auf die Hand für den Sonntag, ein paar haben gesagt, auf der Ebene von Freiwilligkeit sollte das gemacht werden nur ein Markt war für Sonntagsarbeit. Am 15.12. gabs dann eine Fachausschußsitzung der SB-Warenhäuser in der Leibbrand-Zentrale in Rosbach und dort kamen die gegensätzlichen Standpunk te raus. Der letzendliche Kompromiß war dann: am 31.12. wird um 13 Uhr zugemacht und jeder Markt hat bis zum 3. Januar 14 Uhr Zeit, seine Inventur zu machen, kann das aber selbst organisieren; und daß für den 31. Dezember 75 % Überstundenzuschlag gezahlt wird und für den Sonntag, falls da gearbeitet wird, anstatt der tariflichen hundert Prozent 150 % Überstundenzuschlag. Dies ist ein wichtiger Punkt, wenn man bedenkt, daß der Markt wie toom Taunusstein am Tag 10000 bis 20000 Mark Umsatz macht, dann ist es bei 25 Märkten, wenn die nur eine Stunde zumachen, ein ziemlich hoher Verlust.

Das ist für Zaschke einer der hauptsächlichen Hintergründe, der entscheidend ist, was dann passiert ist. Zaschke: „Mir ist gedroht worden, die machen dich fertig, und ich hab halt immer gedacht, die machen was, aber nicht mit Rauschgift oder so, eben halt mit Unterschlagung, da ich ja in der Warenannahme arbeite. Ich hab deshalb abends, wenn ich rausgegangen bin, immer in meine Tasche geschaut, weil ich dachte, vielleicht legen sie was rein."

DIE FINTE MIT DEM RAUSCHGIFT

Was den eigentlichen „Fall" betrifft, das ging so: die Kripo kam in das Marktleiterbüro, es waren drei Männer und eine Frau, ich dachte, es seien Kunden, die sich beschweren. Einer der Männer zeigt seinen Ausweis und sagte, ich sei vorläufig festgenommen wegen des Verdachts des Verstoßens gegen das Betäubungsmittelgesetz, von der Pistole hat er nichts gesagt. Dann haben sie meinen Schrank durchsucht, haben in meinen Armen nach Einstichen gesucht, haben mir eine Tasche gezeigt und gefragt, ob ich die kenne (es war die Tasche, die im Schließfach gefunden worden war), da war innen mein Name reingeklebt, aber die Tasche hat mir nicht gehört. Dann haben sie noch mein Auto auf dem Parkplatz durchsucht. Der Manager hat gesagt, er müsse die Zentrale informieren. Sie sind dann mit mir in meine Wohnung gefahren und haben ohne Durchsuchungsbefehl die Wohnung durchsucht und haben gemeint, als ich danach gefragt hab, daß sie wegen Dringlichkeit oder so keinen bräuchten.

Dann gings nach Frankfurt auf Polizeipräsidium ins Rauschgiftdezernat zum Verhör. Dort haben sie mir die Sachen gezeigt, die in der Tasche drin waren, also Morphiumampullen, zehn Stück, geladener Revolver, Spritzen und Kanülen, und gesagt: ich könnte ruhig schon auspacken, ich sollte es ruhig sagen und nicht damit zurückhalten, wo denn der Schlüssel zum Schließfach wäre. Dann sagten sie, daß sie mich in Untersuchungshaft nehmen müßten bis zur Vorführung vor den Haftrichter. Da kam ich dann in eine kleine Zelle, dort waren noch vier andere Leute drin und mußten da warten. Am selben Tag gabs nochmal ein Verhör, wo sie auch gefragt haben, ob ich Feinde hätte. Da hab ich gesagt, der einzige, der mir was machen würde, ist vielleicht der toom, aber ich glaube nicht, daß die es mit solchen Sachen machen. Der eine von der Kripo hat gesagt, es gäbe da so einen Verdacht und er meinte auch, es könnte durchaus nochmals passieren. Zum Schlafen sollte ich abtransportiert werden in ein anderes Gefängnis. Wir waren schon im Aufzug, da mußte ich nochmals zurück zum Verhör. Da wurde dann gesagt, ja nehmen wir mal an es wäre so wie sie gesagt haben, dann gehen sie mal arbeiten und sagen, die Kripo hätte eine andere Spur. Das hab ich dann auch gemacht, ich bin am nächsten Tag arbeiten gegangen und hab das so gesagt.

Am 12. Januar hab ich mir dann auch einen Anwalt genommen, vorher hab ich gedacht, ich brauch einfach keinen, weil alles klar war von mir aus. Am 14. kam dann von der Personalabteilung ein Brief, da stand so sinngemäß drin, wir nehmen an, daß der Haftbefehl nur vorläufig aufgehoben ist, es handelt sich um ein Rauschgiftdelikt, das gegen sie vorliegt, und Rauschgiftdelikte zählen zu den schwersten Delikten und es würden Überlegungen angestellt, mich zu entlassen bzw. in eine andere Stelle zu versetzen. Und da hab ich mit dem Rechtschutz der Gewerkschaft, dem Rechtsanwalt und der Kripo zusammen einen Antwortbrief formuliert. Mitte der folgenden Woche, so am 23. Januar, gabs eine Gesamtbetriebsratssitzung in Rosbach in der Zentrale. Da habe ich dann eine Erklärung abgegeben, weil schon Gerüchte umliefen, was meine Verhaftung betraf und ich dachte es wäre besser, das erst einmal so klarzustellen. Der Betriebsrat hat dann beschlossen, gegen den Brief der Personalabteilung Beschwerde einzulegen, den Brief habe ich aber nie gesehen.

Interessant ist am RAnde dann auch noch, daß der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates Jakob Wetzel mich bei dieser Sitzung beiseite genommen hat und mich gefragt hat, ob ich eine Ahnung hätte, ob die Geschäftsleitung was damit zu tun hätte, denn die Kripo hätte einen Glatzel verhaftet, ob ich den kenne, den ich aber nicht kannte. Zu Wetzel ist zu sagen, daß er als Gesamtbetriebsrat recht stark die Interessen der Geschäftsleitung vertritt, was man beispielsweise daran sehen kann: wenn der Geschäftsleitung Beschlüsse vom Betriebsrat nicht gefallen und sie schickt ihre Vertreter um darüber zu reden, nimmt sie immer Wetzel als Vertreter der Gesamtbetriebsräte mit.

Es gab bei uns zum Beispiel einen Konflikt gerade über die Belegschaftsversammlung während der Ladenöffnungszeiten und auch daß wir „Ran" bestellen wollten, diese Gewerkschaftsjugendzeitung, und da hat er uns den faulen Kompromiß angeboten, so auch wieder am Rand, er würde sich dafür einsetzen, daß wir die „Ran" abbonnieren könnten, wenn wir auf Belegschaftsversammlungen während der Ladenöffnungszeiten verzichten würden. Das haben wir natürlich abgelehnt. Das nur zur Person von Wetzel.

Am Freitagmorgen kam dann in der Zeitung, in der FAZ und in der Abendpost/Nachtausgabe, der Neuen Presse Berichte, ohne daß wir wußten wo die herkamen; dies hat sich auch nachträglich nicht geklärt. Daraufhin haben wir mittags rumtelefoniert und abends ist in „passiert-notiert" (Hessischer Rundfunk Magazin) auch ein ziemlich guter Bericht gekommen, wo auch alle Namen erwähnt wurden. Soviel zu dem „Fall".

Die Verhaftung ist kaum bekannt gewesen und die Kollegen haben es erst erfahren, als es dann in der Zeitung stand. Es hat auch Sympathieeintritte in die Gewerkschaft gegeben, in meinen Bereich, wo ich arbeite, sind vier Leute direkt eingetreten, von 15. Dann gabs noch eine kurzfristige Betriebsversammlung, wo klargemacht wurde, daß alle hinter mir stehen. Klar ist auch, daß daß sobald die Schuldigen strafrechtlich feststehen, wir auch Anklage erheben wegen Verleumdung und auf Schadensersatz. Der

„Fall" ist eben nur die Spitze eines Eisberges; man kann ja wirklich nicht sagen, wie oft das schon versucht worden ist, auf so oder so einer ähnlichen Tour – und es ist halt nicht rausgekommen, weils funktioniert hat. Was hier läuft ist eigentlich die Alltagsarbeit, man muß als Betriebsrat alles was im Betriebsverfassungsgesetz steht einklagen, das erzählen auch andere Kollegen: das Telefon, jedes Buch, alles was man halt zur Arbeit braucht muß man einklagen. Insofern hängt alles auch sehr stark von der Arbeit dieser Betriebsgruppen in der HBV ab und das wichtigste ist, daß wir da nicht zurückstecken.

MIT FREUNDLICHEN GRÜSSEN
IHRE GESCHÄFTSLEITUNG

Dokumente, die für sich sprechen:

Der toom-MARKT ist ein Riesenmarkt.
Ein Riesenmarkt, der für die Zukunft konzipiert ist.

An alle Manager der Firma toom-Markt GmbH & Co KG

Sehr geehrte Herren,
bedingt durch die ständige Erweiterung der Gesetzgebung zugunsten der jugendlichen Mitarbeiter (mehr Urlaub, mehr Pausen, mehr Freizeit, begrenzte tägliche Arbeitszeit und dgl.) müssen wir Sie auffordern, zukünftig auf die Einstellung von Jugendlichen zu verzichten, bzw. nicht mehr zu forcieren.

Mit freundlichen Grüßen
toom-Markt GmbH & Co KG
PS - Burk

KAUFHOF AG
Kundendienstleitung

NOTIZ
Frau ... i.Hs.
Betrifft: Zusammenarbeit mit Vorgesetzten

Wie Sie sicher wissen werden, sind Sie seit Ihrer Tätigkeit in ... meiner Person unterstellt.

Heute traf ich Sie mit einer gefüllten Tasse im Flur vor der Kantine. Meine Frage an Sie, ob dies in der ... (Abteilung) üblich sei, nahmen Sie mit einem Achselzucken zur Kenntnis und gaben mir wörtlich zur Antwort: „Ich trinke den Kaffee hier im Gang".

Ich mache Sie hiermit darauf aufmerksam, daß Sie mit Ihrem Benehmen gegenüber Vorgesetzten schon des öfteren aufgefallen sind.

Ab sofort ist es Ihnen, so wie jedem anderen Mitarbeiter meiner Abteilungen untersagt, Getränke oder Geschirr jeglicher Art aus dem Kantinenanwesen zu entnehmen!

LANGENER MASCHINENFABRIK FEUERT BETRIEBSRAT, DER ZU VIEL WUSSTE

Frankfurt
2. März

Am 9. Februar hat die Langener Drehautomatenfabrik Pittler den Konzern-Betriebsratsvorsitzenden Bruno Belawa fristlos entlassen. (Über Pittlers Praktiken, sich durch Entlassungen und Kurzarbeit die Profite zu sanieren, war schon 1975 im ID 69 einiges zu lesen.) Belawa war seit 1970 ein unbequemer Betriebsrat gewesen, der die Belegschaft und die Öffentlichkeit informierte, wenn sich die Firma über Kurzarbeit vom Arbeitsamt subventionieren ließ, wenn Entlassungen oder Überstunden mit nachweislich falschen Begründungen angeordnet wurden. (Ausführlicher Bericht demnächst im ID!)

Die IG Metall hat Belawa Rechtsschutz gewährt. Auch die Kollegen des Betriebsrats, die mehrheitlich der Entlassung zugestimmt haben, werden zu dem Arbeitsgerichtsprozeß Belawas wohl als Zeugen erscheinen müssen.

Prozeßbeginn: *Montag, 7. März 1977, 11.45 Uhr, Arbeitsgericht Offenbach, Marktplatz 8 Sitzungsraum 3*

Kontaktadresse: *Gunter Hippler*
Friedhofstraße 16
6070 Langen – Tel. 06103 / 2 16 82
Bruno Belawa
Sophienstraße 33
6070 Langen

CHILE–VERANSTALTUNG IN FRAGE GESTELLT

ESSEN
3.März

Für Freitag, den 22.April 1977, war eine Chile-Veranstaltung geplant. Ob die Evangelische Studenten-Gemeinde Bochum und die DGB-Stiftung Mitbestimmung diese Öffentlichkeitsarbeit für die unterdrückten Chilenen jetzt durchführen können, ist fraglich.

Denn seitens des Kreisvorstands DGB Bochum, in dem die IG Metall die stärkste Kraft darstellt, soll die Stipendien-Organisation ‚Stiftung Mitbestimmung' nicht mit der ESG Bochum zusammen aktiv werden. Denn: Die ESG Bochum habe die Gruppe Oppositioneller Gewerkschafter in der IG Metall unterstützt.

INTERNATIONALES

HUNGERSTREIK GEGEN AKW FESSENHEIM

FESSENHEIM
24. Februar

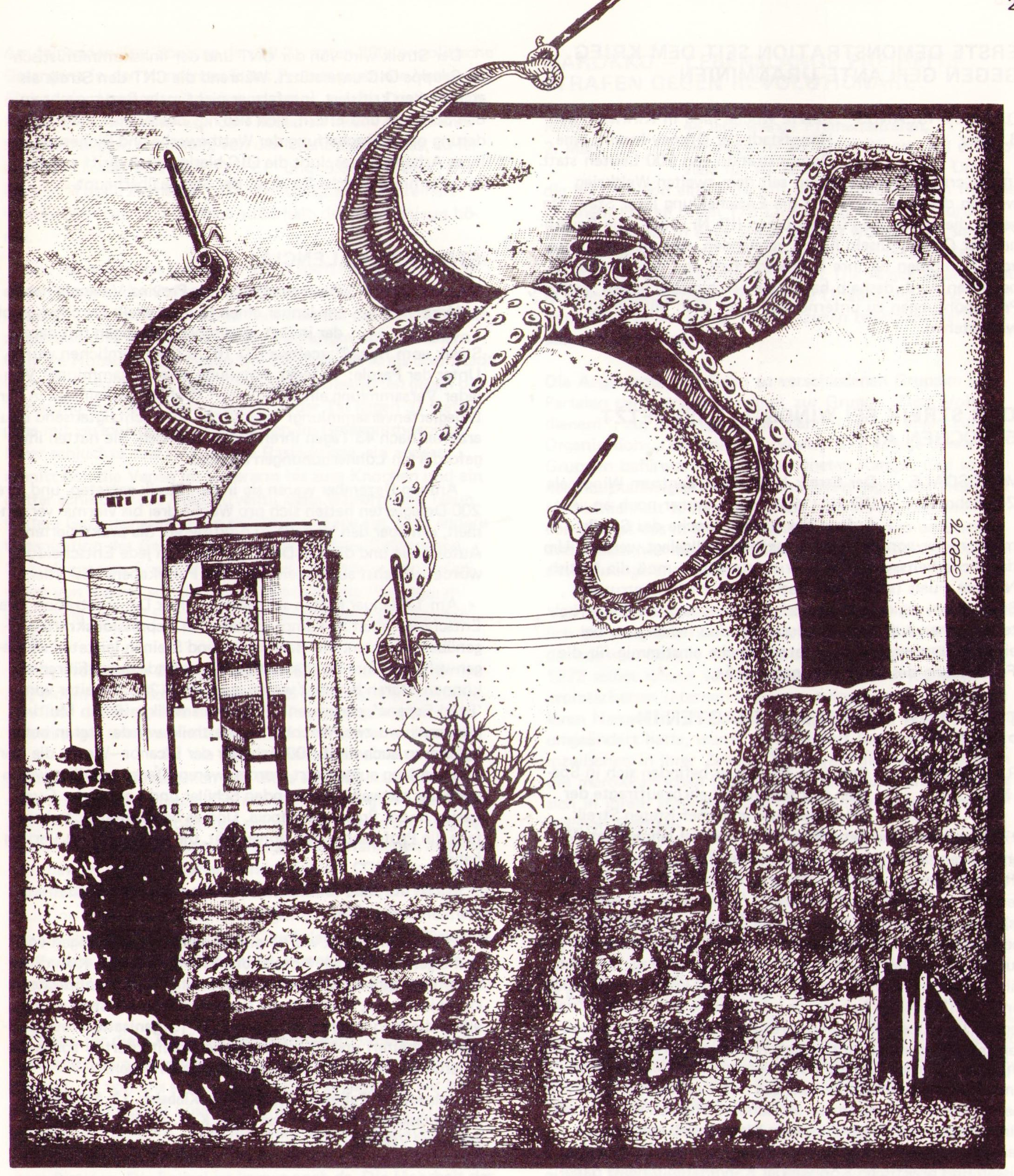
Die Inbetriebnahme des Reaktors Fessenheim im Elsass ist wieder verschoben worden. Auf Anfang März diesmal. Am 10.2. haben 7 militante Kämpfer für das Leben ein unbegrenztes Fasten in Roggenhausen bei Fessenheim angefangen. Hier Auszüge aus ihrer Erklärung vom 6. Fastentag:

„Warum wir fasten: Wir wollen elementare Garantien vor dem Anlaufen von Fessenheim. Jetzt wird es ernst in Fessenheim. Eine Aktion „Elementare Garantien" ist ins Leben gerufen worden, um die Bevölkerung der Umgebung zu schützen Sie soll erreichen:

– die Veröffentlichung des Katastrophenplans
– die Organisation von Katastrophenübungen
– die Anhörung der vom Plan betroffenen Personen
– die Bildung einer neutralen Kontrollkommission

Es dreht sich ganz einfach darum, die Geheimnistuerei aufzuheben und die Bevölkerung einzuweihen. Es soll also ein Prozeß der Demokratisierung erreicht werden.

Angesichts dieser Situation, die sich ändern muß, haben wir ein unbegrenztes Fasten begonnen."



KEIN "SCHNELLER BRÜTER" IN MALVILLE!

Freiburg
24. Februar

Von der Redaktion „Was Wir Wollen" (Zeitung der Anti-KKW-Bewegung um Whyl) erhielten wir folgenden Bericht:

In Malville geht's wieder los. Am 19./20. Februar hat in Morestel bei Malville ein Vorbereitungstreffen für neue direkte Aktionen im nächsten Sommer gegen den Schnellen Brüter Super Phönix stattgefunden. Näheres demnächst.

Wenn ihr euren nächsten Sommerurlaub noch nicht verplant habt, haltet euch den Juli und August für Malville frei. Alle anderen Urlaubspläne schleunigst umschmeißen. Es gibt jede Menge hervorragende Zeltplätze in der Region. Reger und enger Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung und den Ordnungskräften gewährleistet. Vorbereitende Öffentlichkeitsarbeit läuft seit letztem Sommer. Immer mehr Gemeinden, Bürgermeister und Abgeordnete solidarisieren sich mit den Nukleargegnern. Bauern sabotieren laufend kleinere Vorbereitungen der Baufirmen. Kurz, es erwartet euch ein einmaliger Aktivurlaub im nächsten Sommer in Malville. Wir brauchen 100.000 (hunderttausend) Leute. Bringt noch ein paar Freunde mit.

Zum Abschluß des Vorbereitungstreffens haben am Montag, dem 21. Februar, etwa 300 Leute versuchsweise den Bauplatz besetzt. Nach einigen Stunden wurden sie allerdings von der Polizei verjagt. Es gab ein paar Verletzte auf seiten der Besetzer.

ERSTE DEMONSTRATION SEIT DEM KRIEG GEGEN GEPLANTE URANMINIEN

ORKNEY ISLANDS
3. März

Letzte Woche fand in Kirkwall, der Hauptstadt der Orkney-Inseln, eine Demonstration von 200 Leuten statt. In der ersten Demonstration seit dem zweiten Weltkrieg wollten die Demonstranten die Entscheidung ihrer Stadträte gegen die Uranminen unterstützen (ID Nr. 166). Die Bewohner der Orkney-Inseln haben verstanden, was die Eröffnung von Uranminen für ihre Landwirtschaft und den Tourismus bedeuten wird; deshalb haben sie beschlossen, jedem Versuch, Probebohrungen zu unternehmen, mit allen Mitteln zu widerstehen.

DER STREIK BEI WINDSCALE IST JETZT 5 WOCHEN ALT

WINDSCALE
24. Februar

Der Streik beim KKW-Zentrum Windscale (ID Nr. 166) dauert immer noch an. Am Anfang der fünften Woche des Streiks mußten vier von den fünf Reaktoren stillgelegt werden. Um das Sicherheitssystem in Betrieb zu halten, muß die British Nuclear Fuels (staatlicher Besitzer des KKW-Zentrums) Strom vom regionalen Elektrizitätswerk kaufen. Die Arbeiter bestehen auf ihren Forderungen und haben sich bei einer Massenversammlung letzte Woche einstimmig für die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen.

STREIK DER LEHRBEAUFTRAGTEN IN SPANIEN

FRANKFURT
2. März

Seit dem 18. Januar befinden sich in Spanien fast sämtliche Lehrbeauftragte der Sekundarstufe im unbefristeten Streik. 177 Gymnasien sind betroffen, ihr Betrieb ist lahmgelegt. Verhandlungen der nationalen Kommission der Lehrbeauftragten mit der Regierung sind bis jetzt ergebnislos geblieben. In Spanien gibt es 13.000 Lehrbeauftragte (professores no numerarios), d.h. sie bilden die Mehrheit der Lehrer in diesem Bereich überhaupt; diese Lehrbeauftragten erhalten nach einem Studium von 5 - 6 Jahren einen befristeten Lehrvertrag, in vielen Fällen existiert nicht mal dieser Schutz. Sie können willkürlich von einem Ende des Landes ins andere versetzt werden, je nach Bedarf. Ihre Übernahme in das reguläre Dienstverhältnis vollzieht sich über einen Wettbewerb (concurso-oposicion), den die einzelnen Schulen für jede freigewordene Planstelle organisieren. Dieser Wettbewerb besteht aus zwei praktischen und einer theoretischen Prüfung (mehr als hundert Themen sind hierbei Minimalvoraussetzung). Für jeden Wettbewerb melden sich Kandidaten zuhauf, die meisten bleiben auf der Strecke. Das Wissen und praktische Können der Kandidaten scheint dabei nicht das ausschlaggebende Moment zu sein. Unterwürfigkeit ist gefragt und wird benotet.

Die wenigen, die es schaffen, können mit hohen Gehältern lebenslanger Sicherung des Arbeitsplatzes und brillantem sozialem Status rechnen.

Ebenso streiken die Lehrbeauftragten an der Uni, die denselben Bedingungen auf einer anderen Ebene unterworfen sind wie ihre Kollegen in den Gymnasien.

Dagegen verfügte die Regierung am 22. Febr. zwei Tage Lohnentzug für jeden weiteren Streiktag. Die Polizei räumte an verschiedenen Orten Versammlungen der Streikenden. Faschistische Elternorganisationen reden von Instrumentalisierung berechtigter Forderungen für dunkle politische Zwecke, der Angriff auf die Autorität und die Hierarchie in der Gesellschaft sei abzulehnen.

Der Streik wird von der CNT und der linkskommunistischen Gruppe OIC unterstützt. Während die CNT den Streik als ständischen kritisiert, insofern er nicht mehr Bezug sucht zu den Schülern und Eltern, sich also nur beschränkt auf die Forderung nach Abschaffung der Wettbewerbe und Sicherung ihres Arbeitsplatzes, lobt die OIC hierin den Angriff auf die aktuelle hierarchische Struktur der Schule überhaupt.

STREIK IN VALENCIA

VALENCIA
1. März

Die Bauarbeiter der Provinz Valencia haben im Januar einen Generalstreik durchgekämpft, der in den spanischen Zeitungen mit dem Streik vom Roca/Barcelona (ID 161/62/64) verglichen wurde. Unter der Parole: 'In jeder Abteilung eine Versammlung! Von jeder Versammlung ein Delegierter! Und alle gemeinsam in der Delegiertenversammlung!' beendeten etwa achtzigtausend Bauarbeiter nach 43 Tagen ihren Streik siegreich. Sie hatten ihre geforderten Lohnerhöhungen erreicht.

Anfang Dezember waren sie in den Streik getreten, und ihre 200 Delegierten hatten sich pro Woche drei bis viermal versammelt, um über den Verlauf zu diskutieren. Sie praktizierten Autonomie und direkte Demokratie, denn jede Entscheidung wurde zunächst auf Abteilungs- und Fabrikebene diskutiert.

Am 14. Januar hatten sie während einer Demonstration ihre Entschlossenheit zu kämpfen auch den Repressionskräften gegenüber bewiesen. Mit Barrikaden und Steinen leisteten sie Gegenwehr, um ihre Straßenaktion bis zu Ende durchführen zu können. Daran beteiligt waren auch die 6.200 Arbeiter von 'Ford Espana', der neuen Filiale des amerikanischen Multikonzerns, wo zwei Wochen lang gestreikt wurde. Daran beteiligt waren auch die 1.600 Arbeiter der Elcanor–Werft, die vier Wochen lang ausgesperrt worden waren. Daran beteiligt waren auch die zeitweilig streikenden Schüler und Lehrer der Gymnasien in der Provinz Valencia. Und es beteiligten sich ebenfalls die Professoren der Universität, die keinen festen Vertrag haben.

Nicht nur die Produktion, sondern auch der Lehrbetrieb war zeitweilig völlig lahmgelegt.

Der Generalstreik wurde organisatorisch mitgetragen von den eigens gebildeten Komissionen für Solidarität, Koordination, Verhandlungen und Presse. Beteiligt waren politische Organisationen, die links von der spanischen KP stehen, vor allem die maoistischen Gruppen ORT (Organisation revolutionärer Arbeiter) und PTE (Spanische Arbeiterpartei) sowie die Anarchisten der CNT und unabhängige Gruppen.

Kontaktadresse: Politische Buchandlung, Kibbelstr. 12, 4300 Essen Solidaritäskonto: Stadtsparkasse Essen, K.Nr. 155754, C. Ruiz, Stichwort Valencia.

37 GEFANGENE DROHEN MIT KOLLEKTIVEM SELBSTMORD

MADRID
27. Februar

Nach dem Versuch eines Aufstandes am 22.1.77 im Männergefängnis von Carabanchel (Madrid), gründeten die Strafgefangenen die Organisation COPEL (Komission dür die Organisierung der spanischen Gefangenen im Kampf), deren Ziel es ist, die Lebenverhältnisse im Gefängnis zu verbessern. Um diese Organisation zu zerschlagen, ordnete das Justizministerium am 19.2. die Verlegung von mehr als 50 Gefangenen in zwei andere Anstalten an. 34 davon kamen in das Ocana–Gefängnis, wo sie in totaler Isolation eingesperrt worden sind. Den Anwälten wurde der Besuch ihrer Mandanten untersagt. Die 18 anderen kamen in das abgelegene, kalte und mittelalterliche Provinzgefängnis von Zamora.

Am folgenden Tag, Sonntag den 20.2., traten 300 'unpolitische' Gefangene in den Hungerstreik aus Protest gegen die Verlegung. Einigen der Hungerstreikenden gelang es, auf das Dach des Gefängnisses zu klettern. Von dort ließen sie zwei Transparente hinunterhängen, auf denen, von der Nachbarschaft aus, zu lesen war: 'Totale Amnestie, COPEL' und 'S.O.S.–Presse'. Die Parolen 'Totale Amnestie' und 'Gerechtigkeit und Freiheit' konnte man laut und deutlich außerhalb des Gefängnisses hören.

Die Räumung des Daches, erfolgte nach Angaben verschiedener Anwälte der Gefangenen mit 'extremer Härte'. Die verhaßte und berüchtigte Guardia Civil besetzte das Gebäude, umzingelte es und verhinderte jeden Neugierigen sich zu nähern. Mehrere Hubschrauber flogen wie die Geier im Kreis über Stadtviertel und Anstalt. Andere Gefangene protestierten gegen die Verlegung mit Selbstverletzungen. In der Tat liegen 31 Gefangene mit verschiedenen Verletzungen im Gefängnishospital. Einer schluckte eine zerstückelte Rasierklinge, ein anderer schnitt sich die Venen im Unterarm bis zum Knochen und ein dritter schluckte das Absperrventil eines Wasserhahns. Neun weitere Gefangene schlossen sich in eine Zelle ein. Eine andere Organisation der Gefangenen, der Verband der Gefangenen, Ex-Gefangenen, Freunde und Familienangehörige der Gefangenen von Madrid schickte ein TElegramm des Protestes an den König mit der Forderung, die Verlegungen zurückzunehmen.

Am Freitag den 25.2. gab die COPEL ein Kommunique heraus, indem die Falschheit des Inhaltes der offiziellen Erklärungen über die Ereignisse der letzten Tage angeprangert wird. Das einzige, was man mit diesen Erklärungen erreichen will, ist 'die Gefangenen als asoziale und unangepaßte Wesen darzustellen und diese schuldig zu erklären für eine Verschwörung gegen die Institution Gefängnis'. Das Comunique ruft die Öffentlichkeit auf eine tiefe Untersuchung der Methoden, die diese Institution gegen die Gefangenen angewendet hat, zu fordern. Weiter wendet sich die COPEL an die Internationale Kommission für Menschrechte und ruft sie auf, die Situation in den spanischen Gefängnissen und insbesondere die von Carabanchel zu verurteilen. Geschrieben auf der Rückseite des Papiers einer Schokoladentafel, konnte man eine andre Erklärung der COPEL aus dem Gefängnis schmuggeln. Hier der vollständige Text:

'Wenn ihr diese Erklärung bekommt, wird unsere Lage unmenschlich sein, wie jetzt. Wir werden nicht als Menschen betrachtet. 71 von uns sind in Kellerzellen eingesperrt, wir können nicht einmal mit unseren Rechtsanwälten reden. Wir frieren sehr und hungern. Jedes mal, wenn die Bediensteten die Tür aufschließen, erscheinen sie bewaffnet mit Knüppeln und sogar Pistolen. Die Polizei ist immer noch da. Die Mehrheit der Gefangenen der COPEL werden schärfer bewacht als die anderen. Wir wissen nicht was wir tun sollen, entweder wir töten uns oder lassen uns töten. Macht alles was ihr könnt da draußen und sagt unseren Familien, sie sollen uns Ärzte schicken. Und wenn heute (26.2.) in einer Woche wir keine gerechte Lösung sehen und man uns nicht wahrnimmt, haben wir beschlossen uns alle auf einmal selbst zu töten. Wir bitten euch aus vollem Herzen alles zu unternehmen was ihr könnt.
37 von der COPEL'.

MAROKKO – LEBENSLANGE FREIHEITSSTRAFEN GEGEN REVOLUTIONÄRE

RABAT 2. März — 44 lebenslange Freiheitsstrafen, 21 Verurteilungen zu 30 Jahren Knast und ebensoviele für 10 Jahre – dies sind die Urteile, die kürzlich von einem Gericht des marokkanischen Regimes in einem Prozeß gegen 178 Linke ausgesprochen wurden. Der Prozeß war in einer Weise geführt worden, der selbst die von den Behörden ernannten Pflichtverteidiger dazu brachte, die Mandate niederzulegen. Die Angeklagten selbst wurden ausgeschlossen, so daß die Urteilsverkündung schließlich in einem nur mit Polizisten besetzten Gerichtssaal verlesen wurde.

Die Angeklagten gehörten zu verschiedenen Gruppen und Parteien der extremen Linken: zur Gruppe „Dem Volke dienen!", zur „Bewegung 23. März" und vor allem zur Organisation „Ilal Amam" („Vorwärts"). Einige dieser Gruppen befürworten den bewaffneten Kampf, und so war der Hauptanklagepunkt "Verschwörung gegen das Regime". In Wirklichkeit sollten sie jedoch bestraft werden, weil sie den Kampf des in der Sahara lebenden Volkes unterstützt und zusammen mit der POLISARIO in Marokko Sabotageakte durchgeführt hatten.

Von der marokkanischen Repression werden fast ausschließlich die Mitglieder der revolutionären Linken betroffen – die kommunistische Partei Marokkos, die noch 1972 und 1973 selbst schwer verfolgt wurde, hat heute jeglichen proletarischen Internationalismus aufgegeben; nachdem sie ihren Namen in „Partei des Sozialismus und des Fortschritts" umgeändert hatte, wurde sie legalisiert (und veröffentlicht inzwischen in ihrer Zeitung "Al Bayan" die Ankündigungen des marokkanischen Innenministeriums) und unterscheidet sich in ihrem antialgerischen Haß kaum von der monarchistischen Rechten.

nach: lotta continua vom 17. Februar 1977

290 JAHRE GEFÄNGNIS IM NAP–PROZEß

NEAPEL 23.Februar — Die Staatsanwaltschaft forderte insgesamt 302 Jahre und 7 Monate Gefängnisstrafe für die 22 ‚Napisten' (NAP = Nuclei Armati Proletari = Bewaffnete Proletarische Zellen), während draußen vor dem Gericht eine Schar von Faschisten ruft: „Nappisti frei, wir hängen sie auf" und „Mörder,Todesstrafe für die NAP" (siehe Repubblica vom 11.2.77).

Die NAP-Anführer bekommen die höchsten Strafen, d.h. 20 - 22 Jahre. Darunter Fiorentino Conti,Giorgio Pannizzari. Staatsanwalt Lucio di Pietro schließt sein Plädoyer: „Ich wollte kein unerbittlicher Ankläger sein, sondern der Anwalt des Gesetzes." Im Gerichtssaal war kein Nappist und nur drei NAP-Anwälte anwesend. Die NAP entstanden aus der Lotta Continua-Spaltung Ende 1973. Die ersten Zellen bildeten sich in Neapel und traten in Erscheinung, als sie Faschisten verprügelten. Später verübten sie drei Entführungen, um ihre politische Tätigkeit zu finanzieren. Die NAP rekrutierten sich aus Studenten und Gefangenen: die meisten NAP-Militanten kommen aus bürgerlichen Familien: Giovanni Schiavone, Adoptivsohn eines pensionierten Managers; er studierte Medizin mit den besten Noten. Nicola Pellecchia, Sohn eines Rechtsanwalts in Salerno, studierte Jura; Domenico Veneri, Sohn eines Industriellen in Benevento, studierte Ingenieurwesen; Alfredo Papale, Sohn eines pensionierten Generals, war Kunststudent; Maria Pia Vianale, auch sie Studentin, ist aus dem Gefängnis in Pozzuoli ausgebrochen.

In ihren Plädoyers betonten zwei der Anwälte der Angeklagten, daß die Verhandlung keinerlei Beweise für die Behauptungen der Staatsanwaltschaft erbracht hätten. Insbesondere fehlten alle Beweise für eine Teilnahme an den Entführungen. Zudem sei die Anklage derTeilnahme an einer bewaffneten Bande fallenzulassen, denn „eine bewaffnete Bande ist eine Organisation militärischer Art, deren Mitglieder Kriegs- oder Guerillaaktionen durchführen. Jedoch wurden nur einige der Angeklagten mit einer Pistole vom Kaliber 9 mm verhaftet." In einer Erklärung teilten die Nappisti mit, daß sie eine gemeinsame politische Verantwortung für ihre Aktionen tragen wollen und einen politischen Prozeß verlangen.

Am 11.Februar erklären 5 Angeklagte, daß sie nicht zu den NAP–Militanten gehören und daß sie nicht akzeptieren, in einem Prozeß zu erscheinen, der als faschistisch zu bezeichnen ist und vor einem Sondertribunal geführt wird.

Am Mittwoch, den 16.Februar geht der Prozeß zu Ende, ohne daß die Angeklagten von Rechtsanwälten von der ‚Roten Hilfe' verteidigt werden konnten, da diese aus Protest gegen die Behinderung ihrer Arbeit gemeinsam ihr Mandat niedergelegt hatten. Das Urteil lautet auf 290 Jahre Gefängnis für die 22 Angeklagten. Keiner wird freigesprochen. Damit folgt das Gericht fast vollständig dem Antrag des Staatsanwalts. Die schwersten Strafen gingen an die anerkannten Führer der NAP, die aus der napoletanischen Uni und aus bürgerlichen Familien stammen. Die Höchststrafe erhält Giovani Schiavone (22 Jahre); 21 Jahre und 5 Monate für Nicola Pellecchia; 13 Jahre und 5 Monate für die abwesende Maria Pia Vianale. Die niedrigste Strafe, 4 1/2 Jahre, bekommt Pasquale Abbatangelo.

Während Staatsanwalt Di Pietro keinen Einspruch gegen das Urteil einlegt, reichen 21 Nappisten (Maria Pia aus den bekannten Gründen ausgenommen) Berufung ein.

(aus der italienischen Tagespresse)

FBI UNTERWANDERT US-FRAUENGRUPPEN

NEW YORK
2. März

Die große Enthüllung geht weiter. Seit der Watergate-Affäre vergeht kein einziger Tag, wo nicht die eine oder andere Untersuchung eine erneute Einmischung des CIA, des FBI oder des militärischen Geheimdienstes in das Leben der Amerikaner aufdeckt. Keine Bevölkerungsschicht blieb bisher davon verschont, und sogar nahe Bekannte von Henry Kissinger wurden abgehört. Neulich feuerte die American Federation of Teachery einen wichtigen Gewerkschaftler, Sheli Lulkin. Seit mindestens 1970 arbeitete der Agent 436 für die „Police Intelligence", Abteilung Chicago, besser bekannt unter dem Namen „Rote Schwadron". Anfang Januar war ein Professor der Politik im Brooklyn College, Michael Selzer, dran — seine Beziehung zum CIA wurde aufgedeckt. Ebenso entdeckte man im Unterrichtswesen, daß das berühmte College Antioch in Yellow Springs, Ohio, das als Nährboden für die neue Linke gilt, Zielscheibe einer raffinierten Diskrimlnierungskampagne des FBI geworden war, welche die ganze Stadt betraf. Dies geschah im Rahmen des Cointelpro-Projektes, das von den einzelnen Zweigstellen des FBI erarbeitet wurde, um sehr aktive Militante zu ermorden (Black Panthers), störende Elemente zu diskreditieren, beobachten zu lassen, zu provozieren und zu manipulieren. Der FBI arbeitet so, daß er die in diesem College erhaltenen Diplome entwertete, indem er viele anonyme Briefe schickte und fingierte Artikel in verschiedene Zeitungen setzte. Jetzt hat der FBI genau 1377 Seiten aus seinen Akten über die Frauenbewegung veröffentlicht. Die Namen der Informanten erschienen nicht in diesen Dokumenten, sie zeigen aber, daß die Frauengruppen völlig unterwandert sind. Der FBI schickte sogar seine Agenten direkt zu den Gruppen, um Berichte zu erhalten, die für sich sprechen, z. B.: „Die Frauen sahen allgemein wie Hippies oder Angehörige anderer Randgruppen aus, die meisten trugen bunte Kleider, die Mehrheit jedoch verwaschene Jeans. Die meisten versuchten wirklich, sich unattraktiv zu machen. . . . "

aus: Libé vom 8. 2. 1977

ITALIEN: EINE NEUE STUDENTENBEWEGUNG

DIREKTE KONFRONTATION MIT DEM REFORMISMUS, DER KPI UND DEN GEWERKSCHAFTEN

ROM
2.März

Das, was an Italiens Universitäten als Protest gegen die technokratische Hochschulreform des Ministers Malfatti (dessen Name auf deutsch übersetzt etwa heißt: ‚Schlechtgemacht') begann und in dem Angriff der Faschisten auf die Uni von Rom und den tags darauf folgenden Schüssen der Polizei auf eine Demonstration (siehe ID 164) einen ersten Höhepunkt hatte, ist inzwischen zu einer breiten, nationalen Studenten- und Jugendbewegung mit wesentlich erweiterten Inhalten geworden. Es geht nicht mehr nur gegen die von Malfatti geplanten Maßnahmen wie:

- Differenzierung der Studienabschlüsse in Elite- und Massendiplome
- stärkere Ausrichtung der Studieninhalte an den kapitalistischen Verwertungsinteressen (Abschaffung aller Inhalte, die „nicht zum kulturellen und sozio-ökonomischen Wachstum des Landes beitragen")
- Rationalisierung der Studiengänge
- Stärkung der Macht der Ordinarien
- Entlassung einer riesigen Zahl von — eh unterbezahlten — Hilfsassistenten etc.

sondern gegen die Regierungspolitik überhaupt und gegen diejenigen politischen Kräfte, die sie seit den letzten Parlamentswahlen unterstützen (vor allem die KPI).

Dieser Bewegung haben sich vielfach auch die Schüler angeschlossen, die das, was jetzt geplant wird, ja später zu erleiden haben. Weiter die arbeitslosen Akademiker, die es in Italien zu Hunderttausenden gibt, was wiederum die Verbindung mit der — bereits existierenden — allgemeinen Arbeitslosenbewegung ermöglicht hat.

Da es aber nun nicht mehr nur gegen die zukünftige, geplante Politik der Regierung geht, sondern eben gerade um die aktuellen Lebensbedingungen überhaupt, haben sich Forderungen durchgesetzt, die abzielen auf die „Wiederaneignung des Lebens — Jetzt!" Gegen die tristen Lebensbedingungen, unter denen die Jugendlichen und Arbeitslosen zu leben gezwungen sind:

Arbeitslos sein ist in Italien — in viel stärkerem Maße als in der BRD — immer noch gleichbedeutend mit kein Geld haben; wodurch man/frau zumeist gezwungen ist, weiter bei den Eltern in den entsprechenden Abhängigkeiten zu leben. Das heißt, zwangsläufig unterbezahlte Aushilfsjobs annehmen zu müssen, um zu überleben — und das heißt,Leben in den Betonghettos der Großstädte.

Die Bewegung hat zudem antiautoritäre Formen und Inhalte wiederentdeckt, die bei den verschiedenen revolutionären Gruppen inzwischen größtenteils in Vergessenheit geraten waren: sie wendet sich explizit gegen das Delegations-

prinzip und auch gegen die Führungsansprüche eben jener Gruppen und es ist ihr gelungen, ohne diese Gruppen eine nationale Koordinierung zu erreichen.

Inzwischen ist sie auf das ganze Land über verteilt. In fast allen Großstädten, aber auch in vielen kleinen und mittleren Städten ist es zu Universitäts- und Fakultätsbesetzungen gekommen, zu Streiks, Demonstrationen und dergleichen mehr. Auch einige Schulen sind besetzt worden.

Da der Reformismus der KPI und der Gewerkschaften auf diese Art von Forderungen keine überzeugende Antwort weiß, ist er kein Freund dieser neuen Bewegung und hat dementsprechend innerhalb der Unis im Laufe der Streiks und der Besetzungen seinen Einfluß völlig verloren und innerhalb der Versammlungen überhaupt kein Bein mehr auf den Boden gekriegt. (So ist zum Beispiel in der Uni von Rom ein Journalist der KP-Zeitung 'L'Unita' auf zahlreichen Versammlungen aufgrund seiner verleumderischen Berichte heftig kritisiert worden und öfters rausgeschmissen worden.)

Dementsprechend war die Stimmung in der besetzten Uni von Rom sehr gespannt, als der Vorsitzende der KPI-nahen Gewerkschaft CGIL, Lama, eine Kundgebung in der Uni abhalten wollte. Denn die Position Lamas und der KPI war aufgrund der diffamierenden Artikel des KPI-Organs L'Unita hinreichend bekannt (siehe ID Nr. 165). Dennoch wurde in allen Versammlungen beschlossen, die Kundgebung zu einer politischen Diskussion zu benutzen und das Rederecht für die autonomen Kollektive zu fördern. Man sprach sich ausdrücklich gegen die Position aus, die Lama erst gar nicht in die Uni hineinlassen wollte.

Gegen 9 Uhr morgens also kamen dann die Gewerkschafter in die besetzte Universität: etwa 2000 Leute mit dem Gewerkschaftsausweis an den Mantel geheftet. Fahnen und Spruchbänder tragend — einige wußten, was sie zu tun hatten, die meisten jedoch kamen, um zu sehen, was in der besetzten Uni los ist und um zu diskutieren. Auf dem Platz vor dem provisorischen Podium sind etwa 10 000 Studenten versammelt.

Eine Gruppe unter ihnen, die sich „Indianer der Metropolen" nennt, empfangen den Gewerkschaftschef mit ironischen Slogans wie : „Mehr Arbeit — weniger Lohn!" oder „Gegen Häuser — für Baracken" (diese Parolen beziehen sich auf den sogenannten 'Sozialpakt', der zwischen der Arbeitgeberorganisation 'Confindustria' und den drei großen Gewerkschaften vor kurzem abgeschlossen wurde und der einzig den Interessen der Kapitalisten entspricht).

Auf diese Sprüche hin fangen die Studenten an zu lachen, einige der Gewerkschaftsmitglieder lächeln und die Mienen des Ordnungsdienstes der KPI und der CGIL verfinstern sich. Von KP-Leuten wird diese Gruppe als erste angegriffen: Ironie und 'Sozialpaket' vertragen sich nicht gut!
Der Ordnungsdienst der KPI fängt an zu rangeln, provoziert und drängt die Studenten von dem Podium weg.

Lama beginnt zu reden und der Schwerpunkt seiner Rede geht gegen die „Parasiten" und gegen die, „denen es nur um sinnloses Zerstören geht und die offen bekämpft werden müssen!" Immer mehr Leute beginnen zu pfeifen und schließlich übertönen die Slogans seine Rede. Der Ordnungsdienst der KPI geht gegen die Studenten vor und benutzt dazu Feuerlöscher, Farbsprühdosen und Knüppel. Die ersten Steine fliegen. Es herrscht eine irre Spannung. Und es kommt zu den ersten Verletzten. Die Studenten sind wütend — solch ein Vorgehen kennen sie bislang nur von der Polizei und so beginnen sie zu rufen: „Geht zurück zu Andreotti!" (dem derzeitigen Regierungschef). Sie bilden Ketten, um die Schlägereien einzudämmen und es gibt weitere Verletzte. Lama bricht seine Rede ab und flüchtet.

Erste Polizeieinheiten umstellen die Universtität, die im Laufe des Nachmittags weiter verstärkt werden, auch von Einheiten aus der Umgebung Roms. Ein Augenzeugenbericht von der Räumung durch die Polizei: „Es ist 16.30 Uhr als ich zur Uni zurückkomme. Die Polizei ist mit Spezialeinheiten und einem Bulldozer angerückt — es ist also klar, daß sie räumen wollen; nur noch eine Frage der Zeit. In der Uni befinden sich ungefähr noch 1 500 Genossen.
Es wird kurz diskutiert: einige sind dafür, Widerstand zu leisten, der größte Teil der Genossen meint jedoch, daß dies zu einem Massaker führen würde. Es wird beschlossen, daß nur einige hundert Genossen bis zur Räumung drin bleiben sollen; die anderen sollen dafür sorgen, daß die Polizei nicht den einzigen Ausgang versperrt. So ist es dann auch völlig unangemessen gewesen, als die 500 bis 700 Polizisten, zum Teil in kugelsicheren Westen und Tränengaspatronen verschießend, vorrücken. Die Genossen treten den Rückzug an."

Zwei Tage später dann, am Samstag, den 19.Februar, kommt es zu einer enormen Demonstration von etwa 50 000 Studenten und Schülern, Arbeitslosen, Unterbezahlten, Jugendlichen und Frauen. Es werden Slogans gegen die Bildungsreform, aber auch gegen die KPI und das widerliche Manöver Lamas von vor zwei Tagen gerufen — zum Beispiel: „Lama, du bist schlimmer als die Polizei!"
Die Gruppe der „Indianer der Metropolen" tritt in Kriegsbemalung auf und vollführt entsprechende Tänze und Gesänge. Überhaupt ist eine große Kreativität und Spontaneität spürbar. Die Leute, die an den Bürgersteigen stehen und diese massenhafte Demonstration an sich vorbeiziehen sehen, sind etwas verwirrt, da sie von allen bürgerlichen Massenmedien — die der KPI eingeschlossen — immer gehört hatten, daß es gar keine Bewegung gibt, sondern nur die Provokationen einiger Dutzender, bestenfalls einiger Hunderter von 'Provokateuren', Extremisten, Schlägern, Chaoten und dergleichen mehr. Auf der Piazza Navona endet die Demonstration schließlich in einer Art Happening, mit Gesängen, Tänzen,in denen sich die Spannung der letzten Tage erst mal Luft macht.

P.S. Inzwischen hat der Bildungsminister Malfatti verlauten lassen, daß er über seinen Vorschlag mit sich verhandeln lassen will, um eine „positive und konstruktive Antwort auf die Beunruhigung (!) der Studenten zu geben", und er ist im übrigen der Meinung, daß „eine Gesellschaft, die nicht in der Lage ist, ihren Kindern ein Vertrauen in die Zukunft zu vermitteln, in fataler Weise vor dem Urteil der Geschichte stehen würde". — Zum Glück gibt's immer wieder welche, die nicht auf die Geschichte warten!

nach: Lotta continua
centro d'informazione (Bologna)

****

KOMMUNALWAHLEN IN FRANKREICH

PARIS 12. Februar Anläßlich der französischen Kommunalwahlen hielten die beiden wichtigsten linksradikalen Parteien, die PSU und die LC (Ligue Communiste - Trotzkisten) am 29./30 Januar ihre Kongresse ab. Die schon länger geplante Zusammenführung der beiden Parteien scheint heute nicht mehr möglich zu sein. Links von den beiden Volksfrontparteien PC und PS gibt es mindestensvier politische Richtungen.

1.) Die PSU, die in mindestens einem Drittel der Städte von mehr als 300 000 Einwohnern Einheitslisten mit der Volksfront aufstellt, z.B. in Seine-Saint-Denis, wo die kommunistischen Gemeinden von nun an öfters einen oder zwei PSU-Leute im Gemeinderat haben werden, wobei die PSU jedoch keinen nennenswerten Einfluß auf das Gemeindeprogramm bekommt. In den Großstädten wie Paris und Marseille läßt der politische Kampf zwischen der PC und der PS der PSU keine Möglichkeit, auf eine gemeinsame Liste zu kommen.

2.) Die LCR, die mit LO (Lutte Ouvriere) und der OCT (neue Zusammenführung von GOP und Revolution) „revolutionäre Einheitslisten" vorschlägt. Dieses Kartell der drei Organisationen ist jedoch problematisch. Die LCR ist isoliert, weil die PSU mit ihr keine gemeinsamen Listen bilden will.

Marseille ist ein charakteristisches Beispiel für den Versuch dieser Einheitslisten und deren Scheitern. Während zu Beginn der Wahlkampagne eine kurze Einheit zwischen Unorganisierten (Frauengruppen, Schülerkomitees, Randgruppen) und diesen linksextremen Organisationen zustandekam, scheiterte es jedoch später an folgenden Punkten:
– die organisierten Linksradikalen hatten für die Wahlen ein Basisprojekt vorgeschlagen. Es kam zu mehreren Diskussionen, wo die Differenzen innerhalb der Organisationen einerseits und zwischen den Unorganisierten andererseits wieder zur Zersplitterung führten.
Fazit in Marseille: Die Unorganisierten lehnen das Kartell der LO, LCR, OCT ab und wollen die Initiative behalten.

3.) Die vereinzelt auftauchenden Listen von Unorganisierten (listes „autogestionnaires"), die sich aus verschiedenen Gruppen zusammensetzen: Frauengruppen, Autonomisten, linksradikale Gruppen usw. Es gibt Tendenzen in der LCR und PSU, die diese Sammelbewegungen unterstützen und in einigen Städten wie Bordeaux, Reims oder Grenoble werden diese LCR und PSU-Genossen wohl versuchen, die nationalen Richtlinien ihrer Parteien ihrer Vorliebe für jene Listen der „Bewegung" anpassen.

4.) Die Ökologiegruppen, die mittlerweile in Frankreich als die Störenfriede dieser Kommunalwahlen bezeichnet werden. Die Meinungsforschungsinstitute geben ihnen 7% - 9%. im ersten Wahlgang. Der Aufschwung der Ökologie-Bewegung läßt sich von den 2,3%, die Rene Dumont als ihr Kandidat anläßlich der Präsidentschaftswahlen im Mai 1974 erhielt, über die 7% von Brice Lalonde, einem weiteren Ökologie-Vertreter, im 5. Arrondissement in Paris im November 1976 (Teilwahlen zur Legislative) deutlich erkennen.

Es wäre jedoch falsch, von einer homogenen Ökologie-Bewegung zu sprechen. Auseinandersetzungen über die Fragen, ob man im zweiten Wahlgang freiwillig zurücktritt (zugungsten der großen Linksparteien) oder nicht usw., hatten oft ernsthafte Spaltungen in der Bewegung zur Folge.

Am Beispiel Paris soll hier das Spektrum der Ökologie-Tendenzen dargestellt werden. Das Wahl-Kartell 'Paris-Ecologie' umfaßt drei Richtungen:

– das Koordinationsbüro von Umweltschutzgruppen in der Region Paris unter der Führung von Jean-Claude Delarue. Diese Gruppen haben bisher einen relativ traditionellen institutionellen Kampf geführt, insbesondere im Rahmen von Verbraucher-Organisationen.
– die 'Amis de la terre' (Freunde der Erde), die vor allem im 5.,6.,7. und 14. Arrondissement vertreten sind. Diese Gruppe kommt aus der libertären Linken und aus der PSU.
– schließlich das 'Mouvement ecologique' /Ökologie-Bewegung, die politisierte Freaks umfaßt und die Kampagne im 13. und 20. Arrondissement führt.

Ihr Programm ist ziemlich radikal, besonders was die öffentlichen Transportmittel anbelangt. Das erklärt sich aus der Anwesenheit von J.C. Delarue, der auch Vorsitzender der 'Vereinigung der Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel' ist.

Die Reaktion der großen politischen Parteien auf die Ökologiebewegung reicht von der Vereinnahmung ihrer Umweltthemen, bis hin zur heftigen Kritik. So setzt der Kandidat von Giscard, d'Ornano, einige Wochen vor den Wahlen ebenfalls auf 'grün' und spricht verstärkt von der Verbesserung der Lebensverhältnisse und vom Umweltschutz. Die PC in ihrer Wahlzeitung 'Paris Hebdo' den Ökologie-Gruppen, wie auch der PSU und den linken Radikalen die Möglichkeit, Artikel zu veröffentlichen - denn der PC ist alles recht, um den Aufstieg der PS (Mitterand) zu stoppen. Nur die PS, die sich sehr arbeiternah gibt, regt sich auf: 'Ihr seid Kleinbürger, die die Interessen des Proletariats nicht kennen.'

Auf den Vorwurf, sie seien unpolitisch und machten keinen Unterschied zwischen Links und Rechts, bestätigen einige Mitglieder von 'Paris-Ecologie' die sich zumindest in Paris durchsetzende Haltung der Ökologen, beim 2. Wahlgang nicht freiwillig zurückzutreten (zur Unterstützung der Volksfront–Parteien). 'Wenn wir schon jetzt unseren Rücktritt im 2. Wahlgang zugunsten der Linken erklären würden,' erklärt ein Ökologe, 'dann könnten wir auch schon im 1. Wahlgang gemeinsame Listen aufstellen. Die Wahlprognose, die der Nouvel Observateur (links-liberal-sozialistisches Wochenmagazin) veröffentlicht hat, zeigt, daß die Hälfte der potentiellen Wähler von 'Paris-Ecologie' von der PS und von den Linksradikalen kommen. Deswegen wirft man uns eine Aufsplitterung der Stimmen vor. Aber woher kommt die andere Hälfte? Von der traditionellen Rechten und von Unpolitischen; diese zu mobilisieren ist doch nicht schlecht, oder?

Und Brice Lalonde meint: 'Es würde schlecht zu unserer Vorstellung von autonomen Kämpfen passen, wenn wir unseren Wählern für den 2. Wahlgang ein bestimmtes Verhalten vorschreiben würden. Sie sind groß genug, um selbst in jedem Stadtteil aufgrund der konkreten Wahlvorschläge zu entscheiden, wem sie im 2. Wahlgang ihre Stimme geben.'

Falls der Ökologie–Wählerstamm nur minimal vereinigt werden kann, dann wird 'Paris–Ecologie' nicht nur eine kurzfristige Stimmenfängerei bleiben. Sicherlich spürt man manchmal eine gewisse Distanz zwischen den Freaks vom 'Mouvement ecologique', die für die direkte Demokratie eintreten, und den Funktionären der 'Vereinigung der Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel'. In der Ökologie–Wahlzeitung entdeckt man jedoch eine Reihe von Punkten des gemeinsamen Kampfes.

Bleibt noch der Punkt zu berücksichtigen, den ein Mitglied des 'Mouvement ecologique' betont: 'Die Ökologie—Bewegung hat Erfolg gehabt, weil sie nicht offen politisch ist.' René Dumont erklärt dazu: 'Das Komitee, das meine Kandidatur im April—Mai 1974 unterstützt hat, ist eine politische Ökologie—Initiative gewesen. Es gab ein doppeltes Ziel: einerseits die politischen Parteien zu 'ökologisieren', d.h. ihnen die Bedeutung der ökologischen Probleme klarzumachen; aber andererseits auch, die Ökologisten zu politisieren, d.h. diesen klar zu machen, daß eine Initiative zur Verteidigung der Natur und zum Kampf gegen die Verschmutzung eine völlige Veränderung unserer ökonomischen Vorstellungen verlangt, und daher letztlich eine klare antikapitalistische politische Position erforderlich macht.'
(wird fortgesetzt)

Aus: Liberation und Politique Hebdo

ZENSUR IM BELGISCHEN RUNDFUNK

BRÜSSEL 18. Februar Die Autonomie der Redakteure und des gesamten französischsprachigen Rundfunks ist in Gefahr. Auslösende Momente scheinen ein Bericht über die Besetzung des Arbeitsamtes von Charleroi durch arbeitslose Frauen und eine Reportage über die Innenpolitik der Bundesrepublik zu sein (Vergleich mit 1933).

Das Amt des Ministerpräsidenten hat jetzt die Rundfunkanstalten aufgefordert, ihm die Texte von allen Nachrichtensendungen zu übermitteln (ähnliches Prinzip wie beim NDR in Sachen Brokdorf). Hinter dem Erlaß Tindemans scheint außerdem die Absicht zu stehen, den 'liberalen' Generaldirektor des Rundfunks, Wangermee, zu entlassen.

Inwieweit Rücksichten auf die Deutschen bzw. Interventionen der deutschen Regierung wegen der Analyse der deutschen Innenpolitik in der 'europäischen Hauptstadt' eine Rolle gespielt haben, läßt sich nur ahnen.



SELBSTHILFEINITIATIVE BESETZT LEERES HAUS

Stuttgart-Mitte, Alexanderstraße
Am 21. Februar, 1977, 11 Uhr, wurde dieses Haus besetzt. Ein öffentliches Café erwartet die die Besucher.

Das Haus stand seit 4 Jahren leer, und sollte abgerissen werden. Vermutlich um die Abrißgenehmigung durchzusetzen, wurde dieses Spekulationsobjekt der Baufirma Eger früher unter Wasser gesetzt, wurden Wände herausgerissen, und Teile des Daches abgedeckt.
(Siehe auch ID 166)

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.



Bewiesenermaßen verbotene Propagandamethode auf Geldscheinen.

